

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Schule und Haus.

„Nacht mich zum Herrn des Unterrichts, und ich will auch die Welt umgestalten!“ So meinte vor 200 Jahren der preussische Philosoph Leibniz. Es kam darin die alte Ueberschätzung der geistigen Faktoren in der Entwicklung des Menschengeschlechts gegenüber den materiellen zum Ausdruck, wie sie der bürgerlichen Wissenschaft eigen ist. Die Kirche ist während des ganzen Mittelalters „Herr des Unterrichts“ gewesen, aber sie hat die Welt nicht umgestaltet. Jedenfalls kann man die in der Reformation vor sich gegangene Umgestaltung nicht gut als eine von der katholischen Kirche gewollte bezeichnen. Der Staat ist später, bis heute, unter liebevoller Unterstützung durch die Kirche „Herr des Unterrichts“ gewesen. Aber auch von ihm kann man nicht sagen, daß er die Welt in seinem Sinne umgestaltet hätte. Staat und Kirche haben noch in diesem Jahre eine Umgestaltung des Unterrichts in den preussischen Volksschulen vorgenommen, durch die sie eine Umgestaltung der Welt nach der reaktionären Seite hin beabsichtigen. Die Folgezeit wird ihnen sehr bald zeigen, daß sie sich verrechnet haben.

Die Schule vermag viel, und ein begeisterungsfähiger Lehrer mit starkem Willen und richtigem psychologischen Verständnis kann vorübergehend auf seine Schüler einen Einfluß gewinnen, der den des Elternhauses matt setzt. Aber solche Fälle sind Ausnahmefälle. In der Regel steht der Einfluß der Schule selbst während der Schulzeit weit hinter anderen Einflüssen zurück. Wohl spielt die Schule im kindlichen Gemüt eine wichtige Rolle, aber mehr eine als störend und lästig empfundene, sodas ihr nicht mehr Zeit und Kraft gewidmet wird als unbedingt notwendig ist. Mit Liebe, mit freiwillig geöffnetem Herzen steht die Jugend der Schule nicht gegenüber, und damit fehlt dem Einfluß der Schule das wichtigste Element zur Beeinflussung der Kinder.

Daraus geht schon hervor, daß der Einfluß der Schule größer sein würde, wenn die Schule den Kindern nicht als die ihnen feindlich gesinnte, öde Kaserne und Drillanstalt erschiene. Erziehungsanstalten, wie sie dem sozialistischen Schulideal entsprechen, werden von den Kindern mit Begeisterung besucht werden, weil sie den berechtigten kindlichen Neigungen entgegenkommen, weil sie nicht nur Dressuranstalten für den Geist sein werden, sondern weil sie dem Bedürfnis der Kinder nach körperlicher Betätigung durch einen reichgegliederten Arbeitsunterricht Rechnung tragen werden. Und noch ein wichtiger Umstand kommt hinzu: die Erziehung der Zukunft wird wirkliche Volkserziehung sein. Die Masse des Volkes selbst wird bestimmen, wie die Schulen eingerichtet sein sollen, nicht mehr wird wie heute eine kleine herrschsüchtige Minderheit dem Volke Schulen aufdrängen, die das Volk nicht als Volksschulen anerkennen kann.

Dem darin beruht der wichtigste Grund, der den Einfluß der heutigen Volksschule auf die geistige Entwicklung der Kinder lähmt, daß die Eltern der Volksschüler der Volksschule selbst feindlich gegenüberstehen. Die Masse des Volkes, die die Volksschule besucht hat und deren Kinder wiederum die Volksschule besuchen, wird selbst von jedem Mitbestimmungsrecht über das Was und Wie in der Volksschule ausgeschlossen. Statt dessen muß sie es mit gebundenen Händen über sich ergehen lassen, daß in der Volksschule den Kindern systematisch und in bestimmter Absicht eine dem Wesen und Streben des Volkes feindliche Gesinnung imputiert wird. Dadurch wird ein Gegensatz zwischen Elternhaus und Schule geschaffen, der die Schularbeit außerordentlich erschwert. Darüber sind sich auch die Pädagogen im Klaren. Selbst in der im positiv-christlichen Sinne redigierten „Encyclopädie des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens“, herausgegeben von dem Prälaten Dr. A. A. Schmid, wird über das Verhältnis von Haus und Schule ausgeführt: „Es ergibt sich hieraus, und zweckwidrig und verwerflich es ist, wenn die Eltern sich geringfügig über die Lehrer und ihren Beruf äußern, ihre Schwächen geistlich hervorheben, die Schulen nur als ein notwendiges Uebel hinstellen. . . . Andererseits fehlen auch die Lehrer durch abschätzige Urteile über das Recht des Hauses, ja leider zuweilen über den Stand oder die Religion der Eltern. So erscheint der Lehrer nicht als der Verbündete, sondern als der Gegner des Hauses und kommt hierbei verdientermaßen zu kurz. Denn der Schüler hängt doch zuerst den Eltern an, ja, er wird in manchen Fällen die Betrachtung anstellen, daß der Lehrer die Dinge, die er hier dem Sohne sagt, wohl schwerlich dem Vater ins Gesicht zu sagen den Mut hätte.“ Und der bekannte Pädagoge Willmann führt einmal aus:

„Nur wenn das Haus seinerseits die Erweiterung des Wissens, Könnens und Wollens, welche die Schule stiftet, mit Teilnahme verfolgt und den Eindrücken der Schule gleichsam einen Resonanzboden gewährt, in dem sie ausklingen können, und wenn andererseits die Schule ihre Lehren und Antriebe einzusenken weiß in den daheim begründeten Anschauungskreis des Schülers; nur dann reichen die vereinten Wirkungen beider bis in die Tiefen der Seele hinab, in denen die Gesinnungen reifen und die Keime des Charakters schlummern.“

Man vergleiche mit diesen theoretischen Forderungen der berufenen Pädagogik die heutige Praxis! Wie oft werden streberhafte Lehrer in der Aera Studt über den Stand und die Religion der Eltern ihre Glossen machen! Wie oft wird ein aufgeweckter Proletarierjunge, wenn er seinen Lehrer über

die Sozialdemokratie schimpfen hört, innerlich denken: Wenn Du das meinem Vater sagtest, wie würde der Dich zurechtstrafen! Die Felten bietet heute das Proletarierheim einen Resonanzboden für die guten Lehren und Sprüche der herkömmlichen „religiös-sittlichen“ Schulerziehung! Wo sollen in dem ärmlichen Heim eines Arbeiters schöne Lehren über Zufriedenheit, über Gottvertrauen, über Vaterlandsliebe, über Kaisertrere, über Dankbarkeit für erwiesene Wohlthaten ausklingen? Wo endlich wird ein Lehrer es wagen, seine Lehren und Antriebe einzusenken in den Empfindungs- und Gedankenkreis, in dem das Proletarierkind zu Hause erzogen wird und in dem es tagtäglich lebt? Er müßte ja geradezu über den Klassenkampf und die aus ihm erwachsenden sittlichen Postulate, über Solidarität, Mut und Unbeugbarkeit auch dem Häßten und Reichsten gegenüber, Verachtung aller byzantinischen Speichelleierei, Ablehnung der augenverdrehenden Dankbarkeit und ähnlliche Dinge reden, die der heutigen herrschenden Gesellschaft ein Greuel sind. Von einem Zusammenwirken zwischen Haus und Schule kann sonach heutzutage keine Rede sein. Bei dem Kampfe zwischen Haus und Schule muß aber, wie die Dinge heute liegen, die Schule den kürzeren ziehen.

Ist das schon gegenwärtig der Fall, so wird dieser Kampf in noch weit ausgesprochenerem Maße zugunsten des Hauses ausfallen, wenn sich die proletarischen Eltern mehr als bisher ihrer Erzieheraufgaben bewußt werden. Bis jetzt war auf diesem wichtigen Gebiete alles mehr oder weniger dem Zufalle überlassen, die Partei kümmerte sich wenig darum, ob und wie die sozialdemokratischen Eltern im einzelnen ihre erzieherischen Pflichten erfüllten. Erfreulicherweise ist aber in den letzten Jahren in ständig zunehmendem Maße das Interesse der Parteigenossen an der heranwachsenden Generation erwacht. Auf dem bevorstehenden Parteitag wird durch die Referate über die Volkserziehung und durch die sich anschließende Diskussion die Aufgabe der Partei gegenüber der Erziehung sowohl in theoretischer wie in praktischer Hinsicht festgelegt und damit den Bestrebungen auf diesem Gebiete sowohl eine feste Grundlage als auch der nötige Arbeitsplan gegeben werden. Vor allen Dingen sind wir uns innerhalb der Partei darüber im Klaren, daß wir uns die frechen Attentate, die die herrschende Reaktion vermittelst der Schule auf den Verstand und das Gemüt unserer Kinder Tag für Tag ausübt und die sie mit Hilfe des letzten preussischen Volksschulgesetzes für die Zukunft in noch verstärktem Maße beabsichtigt, nicht länger gefallen lassen. Es werden Mittel und Wege gefunden werden, um die proletarischen Eltern in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben gegenüber ihren Kindern fürderhin erfolgreicher als bisher erfüllen zu können.

Ist der Einfluß der Schule auf die schulpflichtigen Kinder schon verhältnismäßig gering, so ist er noch viel unbedeutender auf die schulentwachsene Jugend, obwohl er nicht nur für diese, sondern überhaupt für das ganze spätere Leben bestimmend sein sollte, wenn das eingangs zitierte Wort Leibniz richtig wäre. Und auch auf diesem Gebiete wird die Partei in Zukunft tätiger sein als bisher. Hoffentlich gelingt es dem Parteitag, auch für die Organisierung und Aufklärung der „jungen Garde“ die richtigen Wege aufzufinden, wie sie in den Leitfäden der Referenten bereits vorgezeichnet sind.

Wohl sollten unter normalen Verhältnissen Schule und Haus zusammenarbeiten, und es wird auch eine Zeit kommen, in der es geschehen wird. In einer durch Klagengegensätze zerrissenen Gesellschaft aber, in der sich die Schule für die unterdrückten Massen in den Händen der unterdrückenden Minderheit befindet, also ein Herrschaftsinstrument in der Hand der herrschenden Klasse darstellt, ist an ein erzieherisches Zusammenarbeiten von Schule und Haus nicht zu denken. Erst die Befreiung des Volksschul- und volksbildungsfeindlichen Klassenstaates wird auch den heutigen Gegensatz zwischen Volksschule und proletarischem Elternhaus aus der Welt schaffen.

Die russische Revolution.

Siedlee.

Von einem Augenzeugen des Pogroms zu Siedlee erhalten wir folgendes Material mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die im Bericht genannten Zeugen — angesehene und zuverlässige Personen — mit vollem Namen genannt werden dürfen, da sie bereit seien, eventuell vor Gericht zu erscheinen und ihre Angaben zu bekräftigen. Sie fügen hinzu, daß dieser ihr Entschluß der Erwägung entspringe, daß sie doch nichts mehr verlieren können als ihr nacktes, qualvolles Leben; denn alles andere haben ihnen die Nordbrenner von Siedlee geraubt.

Der Bericht des Augenzeugen lautet:
 I. Anspruch der ersten Pistolenhülle der angeblichen „Revolutionäre“. Der Hausbesitzer S t e l m a n n W i s n i a sah, wie ein Genbarn, versteckt hinter dem Hause seines (Wisnia's) Hauses, seine Pistole abfeuerte. Er lief sofort zu seinem Mieter, einem Beamten der Polizei, einem Russen G a m b u r t s e f f, und führte ihn zu dem Genbarnen, um vor einem Zeugen die probatorische Tat festzustellen. Auf die Frage des Beamten antwortete der Genbarn, daß er seine neue Pistole untersucht und zu diesem Zwecke geschossen habe.

Ferner bezeugen verschiedene Einwohner, daß ein früherer Gymnastik namens K u l a n i c k i (welcher in der letzten Zeit im Verdachte stand, Spitzel zu sein), ebenfalls geschossen habe. Sodann bezeugen die Einwohner, daß die Frau des seinerzeit durch eine Bombe der Revolutionäre getöteten Polizeimeisters Golceff aus dem Fenster auf die Straße geschossen hat. Die Befangenen bezeugen, daß die Polizisten während des Transports zum Gefängnis hinter den Rücken der Befangenen Pistolenschüsse abgegeben haben und dabei lachend und scherzend bemerkten: „Hört Ihr das Schießen der Revolutionäre!“

II. Ausfagen der Ueberlebenden. R a t y s R u b i n s t e i n Hausbesitzer und Wirt eines kleinen Hotels und Kaufmann, erzählt: Die Soldaten drangen in seine Wohnung ein, demolierten sämtliche Gegenstände seiner Wohnung, mißhandelten ihn und wollten ihn schließlich töten; er erkaufte jedoch sein Leben mit 150 Rubeln. Beim Kaufmann S e g a l drangen acht Soldaten in den Laden ein, verlangten das Geld, nahmen sämtliche Wertgegenstände, zerstörten diejenigen, die sie nicht mitnehmen konnten und bereitwilligsten seine Verkäuferin.

III. Die Fälle der Vergewaltigung von Frauen und jungen Mädchen waren sehr häufig, jedoch schämten sich die meisten, es zu bezeugen.

IV. Die „Hausdurchsuchungen“ gestalteten sich folgendermaßen: Es drangen in die Wohnungen Offiziere und Soldaten ein und verlangten Geld. Dann raubten sie alle Wertgegenstände, und zwar beteiligten sich dabei in gleichem Maße Soldaten wie Offiziere. Oft konnte man sich mit Geld von Mißhandlungen loskaufen, dann kamen aber andere Soldaten und Offiziere, welche wieder Geld verlangten und die, wenn sie nichts Wertvolles zum Mitnehmen mehr voranden, die Bewohner mißhandelten und töteten. Manchmal kamen auf diese Weise in eine und dieselbe Wohnung fünf bis sechs solcher „Strafteilungen“.

A b r a m T s c h a r n a b r o d a (lebt noch) hatte einen Laden. Er erzählt: Ein Offizier des Dragonerregiments „Marwa“ (Chef Kaiser Wilhelm II!) hat ihn seiner Wertsache und seiner Ware beraubt und verlangte von ihm noch seine goldene Uhr! Der Kaufmann weigerte sich aber, diese zu geben, und auf die Drohung des Offiziers, ihn totzuschießen, sagte er ihm: „Sind Sie hierher gekommen, im Namen des Kaisers zu rauben? — Schießen Sie, wenn Sie wollen“ — und entlöhnte dabei die Drust. Der Offizier wandte sich und ging.

Der Uhrmacher S t r e b r n i k wurde vollständig ausgeraubt und fürchterlich mißhandelt. Eine einzige wertvolle goldene Uhr, die er erst einen Tag vorher zur Reparatur erhalten und noch nicht fortgelegt hatte, trug er bei sich in der Westentasche. Nach dem jüdischen Krankenhause gebracht, fand er dort den ebenso schwer mißhandelten E i g e n t ü m e r dieser Uhr und tief, seine Schmerzen vergehend: „Ihre goldene Uhr habe ich noch, sonst bestyge ich nichts mehr.“

Frau L i p s c h ü h, Zigarrenhändlerin, wurde vollständig beraubt. Zahlreiche Zeugen behaupten, gesehen zu haben, daß die Offiziere ihre Taschen voll Zigarren gepackt haben.

In den Schusterläden haben die Soldaten ihre Schuhe aus- und neue angezogen. Auf diese Weise sind in einer ganzen Reihe solcher Läden die Soldatenschuhe mit Regimentstempel als Zeugen des Raubes geblieben.

A b r a m L e w i n, 16 Jahre alt, wurde bei der Hausdurchsuchung verwundet und durch eine Abteilung unter Leitung von Offizieren zum Gefängnis geführt. L e w i n behauptet, daß er von einem der beiden Offiziere, deren Namen W a r i n k i n und W a s i l e f f sind, seiner Wertsache — elf Rubel zwanzig Kopeken — beraubt wurde. Die Offiziere gehören ebenfalls dem Dragonerregiment „Marwa“ an. Dieselben Offiziere wollten bei dem Notar Rechtsanwält M i l l o w s k i eine Hausdurchsuchung veranstalten, entschuldigten sich jedoch, nachdem sie gesehen hatten, daß M. C h r i s t i s t. Sie äußerten dabei: „Wir wollen nur die Juden schlachten.“

Hausbesitzer E n g l a n d e r erhielt für eine größere Geldsumme Militärschutz, der ihn bis zum Bahnhof begleiten sollte. Ein Soldat, welcher beim Eingang zum Bahnhof stand (vom Libauer Regiment zu Fuß), erklärte, er werde ihn nur dann durchlassen, wenn er gut bezahle, andernfalls würde er schlehen! Der Hausbesitzer hatte kein Geld mehr; sein kleinstes Kind fand noch zwanzig Kopeken in der Tasche, warf sich vor dem Soldaten auf die Knie und flehte ihn an, für 20 Kopeken seinen Vater am Leben zu lassen. Der Soldat tat dies.

Von einer Frau, deren Name bis jetzt nicht festgestellt wurde, verlangten die Soldaten drei Rubel, um sie und ihre Familie am Leben zu lassen. Die Frau hatte jedoch nur zwei Rubel Bargeld. Die Soldaten töteten ihren Mann, ihre Mutter und verwundeten sie selbst.

R e i e r W o l f, sehr angesehener jüdischer Geistlicher, 40 Jahre alt, wurde von dem Obersten T s c h a n o w s k i h, dem Kommandeur der Garnison (vom Dragonerregiment „Marwa“) in seiner eigenen Wohnung durchsucht. „Sie sind Revolutionär“, sagte der Oberst. — „Nein“, antwortete Wolf, „ich kann nicht Revolutionär sein, da ich Geistlicher bin.“ Als Antwort darauf gab ihm der Oberst Tschanowsky eine so kräftige Ohrfeige, daß Wolf zu Boden fiel. Er wurde den Soldaten übergeben, welche ihn in kurzer Zeit ins Jenseits beförderten. Später stieß der Oberst in seiner viehischen Wut mit dem Fuße einen Stuhl um, sodas er beinahe ein kleines Kind erdrückt hätte. Die Mutter sprang auf und sagte: „Was tun Sie? Sie sind ja selbst Vater.“ Darauf antwortete er: „Es wird nicht schaden, wenn ein jüdisches Vieh weniger da ist.“ Die Witwe des Wolf (mit 4 Kindern) ist irrsinnig geworden.

Die Soldaten haben auf der Straße vor einer kleinen Druckerei auf größere Geldsummen, bis zu zehn Rubel, gespielt, ohne daß dies den Vorgesetzten verdächtig erschien.

Bei dem Rauben und Morden haben sich folgende Offiziere des Dragonerregiments „Karwa“, dessen Chef — wie gesagt — Kaiser Wilhelm II. ist, ausgezeichnet: Bietloff, Wiesoloff, Manikin, Westhoff.

Ehrlich und brav haben sich die Offiziere und Soldaten des später aus der Stadt Viala hinzugezogenen Dubenski-Infanterieregiments erwiesen. Die Kaufmannsrau Kubinstein erzählt, daß ein Offizier dieses Regiments, namens Grigoroff, den Soldaten des Kavallerieregiments die geraubten Schmuckgegenstände und Beschel abnahm und sie der Eigentümerin zurückgab. Ueberhaupt haben die Soldaten und Offiziere des Dubenski-Regiments sehr viel zur Verhütung und Schaffung der Ordnung in der Stadt beigetragen.

Das Alter der bis jetzt begrabenen Leichen betrug: 16, 40, 38, 40, 24, 36, 22, 40, 26, 27, 32, 50 (Frau), 45, 27, 17, 18, 17, 4, 65, 56, 65, 70 Jahre. Eine Leiche war derart zerstückelt, daß man das Alter nicht feststellen konnte! —

Es sind noch viel mehr Personen getödtet worden. Der Zahnarzt Dubonski und der Kaufmann Schulim Segal haben gesehen, daß viele Leichen nach dem Walde befördert wurden. Es ist unmöglich, sämtliche Leichen, Verwundete und Mißhandelte zu rekonstruieren, da sehr viele aus der Stadt flüchteten und ihren Aufenthaltsort geheim halten, sodaß man nicht feststellen kann, welche von den in der Stadt Behnenden tot oder verwundet sind. An Verwundeten sind einige hundert, an Mißhandelten über 500 festzustellen.

Die Verwundeten stehen — wie die Getödteten — in verschiedenen Lebensjahren: von 3 bis 70 und sogar 80 Jahren!

Noch ist vielleicht erwähnenswert, daß die ganze Zeit über das jüdische Krankenhaus so stark beschossen wurde, daß die Ärzte und Heilgehülfen sowie die Schwestern nur auf dem Boden liegend unter größter Lebensgefahr die Verwundeten behandeln konnten! Die Verwundeten wurden zusammen mit den Toten auf Fuhrn nach dem Krankenhaus befördert. Dabei ist es nach den Aussagen intelligenter Soldaten und der Bewohner vorgekommen, daß die noch Lebenden von den Soldaten getödtet wurden!

Diesen erschütternden Darlegungen gegenüber wissen wir aus eigenem nichts hinzuzufügen, außer daß Nachrichten, die anderen — bürgerlichen — Blättern zugehen, die geschilderten Schaulustigkeiten von Siedlee vollaus bestätigen.

„Nichts bekannt!“

Petersburg, 18. September. (B. Z. B.) Wie die Blätter melden, erklärte Ministerpräsident Stolypin dem Baron Günsburg und Rechtsanwalt Sliosberg, die bei ihm erschienen waren, daß ihm von der hierher gemeldeten Absicht, die in Siedlee verhafteten Juden dem Feldgericht zu übergeben, nichts bekannt sei. Er halte eine derartige Maßnahme auch nicht für wünschenswert und werde in diesem Sinne dem Generalgouverneur von Siedlee Anweisungen geben.

Dieses Telegramm ist so vorsichtig gefaßt, daß es weniger als nichts besagt. Wird der Herr Generalgouverneur Stolypin „Anweisungen“ auch befolgen? Und wünscht Stolypin, daß seine „Anweisungen“ befolgt werden? Es kann keinem Zweifel unterliegen: Stolypin ist von einem Reaktionär russischsten Kalibers nicht mehr zu unterscheiden. Von Stolypin hat Rußland nichts Gutes zu erwarten und seinen Erklärungen und „Anweisungen“ darf man weniger trauen als je!

Aus der Lügenfabrik.

Petersburg, 18. September. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt:

„Bei dem auf einige Tage berechneten Ausfluge, den der Kaiser und die Kaiserin mit dem Großfürsten-Thronfolger am 13. d. M. an Bord der kaiserlichen Jagt „Standard“ nach dem finnischen Meerbusen angetreten haben, handelt es sich um eine Erholungsreise, wie sie der Kaiser fast alljährlich unternimmt und wie Kaiser Alexander III. sie zu unternehmen pflegte, und während dieses Ausfluges liegt der Kaiser gewöhnlich der Jagd ob. Alle politischen Schlässe, die einige ausländische Blätter an diese Reise knüpfen, sind völlig unbegründet.“

Rum wissen wir's „authentisch“!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September.

„Junge“ und „alte“ Pöseure.

Die Bedeutung des Parteitag der nationalliberalen „Jungen“ in Hannover ist vielfach überschätzt worden, besonders in der freisinnigen Presse, die in der Stellungnahme der „Jungen“ zur Wahlrechtsfrage zum mindesten einen kräftigen Anstoß zu einer Linksschwenkung der nationalliberalen Partei sehen wollte und sich bereits der Hoffnung hingab, daß, wenn diese Schwenkung nach links nicht erfolgen sollte, ein Teil der Jungliberalen bei dem entschiedenen Liberalismus des Herrn Müller-Sagan, Rugdan und Kopsch Unterschlupf suchen würde, und doch hatten schon auf dem Parteitage Wassermann und Paasche dem „jungen gärenden Pöse“ seine völlige Wirkungslosigkeit auf die Gemütsverfassung der in Amt und Würden sitzenden „alten Herren“ der nationalliberalen Fraktionen attestiert. Sofort nach der Beendigung des „Jugendtages“ folgte denn auch in der nationalliberalen Presse eine Kritik der „Jungen“, die diese als bloße Phrasenreue kennzeichnete, die am besten die nationalliberale Partei verließen. Selbst linksnationalliberale Blätter stimmten in diese Zurückweisung ein. Wie wenig die jungliberale Opposition bedeutet, zeigte der Delegiertentag der rheinischen Nationalliberalen zu Bonn am letzten Sonntag. Zwar wurde auch dort die Haltung der nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses vielfach kritisiert, speziell deren Stellungnahme zum Schulunterhaltungsgesetz und zur Reichsfinanzreform; im ganzen trat jedoch eine weit konservativere Auffassung hervor als in Hannover, obgleich gerade unter den rheinischen Nationalliberalen die jungliberale Richtung die meisten Vertreter zählt. So erklärte z. B. der Abg. Wassermann als Sprecher der nationalliberalen Fraktionen, die durch die Abgeordneten Friedberg, Paasche, Gadenberg, Westermann, Schmieding, Vathels, Dr. Köhling, und Geheimrat Vogt vertreten waren, nach der „Rheinisch-Westfäl. Zeitung“, die Abgeordneten fühlten sich durchaus nicht in der Rolle von Angellagten, sondern von Männern, die sich bewußt seien, eine Arbeit zum Nutzen des Vaterlandes geleistet zu haben, und die sich auch durch die Kritik hierin nicht beirren ließen. Die Wähler unterschätzten vielfach die schwierige Lage der Fraktion zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie. Die nationalliberale Partei habe stets einen rechten und linken Flügel gehabt. Redner erinnert an die Sezession in der Partei und an ihren Ausgang. Die Finanzreform, die er selbst nicht als etwas Vollendetes bezeichne, sei aber in der Kommission durch Kompromisse erzielt worden, dergestalt, daß, wenn auch nur ein Stein daraus gelöst worden wäre, die ganze Reform und mit ihr das so notwendige Flotten-

Koch schärfer aber zeigt sich der den Delegiertentag beherrschende Geist dann, daß auf Empfehlung des Abgeordneten Friedberg mit 59 gegen 52 Stimmen nachfolgende im Gegensatz zu den hannoverschen Beschlüssen recht zahme Resolution als zu „radikal“ abgelehnt wurde:

„Die Delegiertenversammlung der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz verkennt nicht die Schwierigkeiten, die den nationalliberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstages bei der Erledigung des Schulunterhaltungsgesetzes und der Reichsfinanzreform entgegengekommen haben. Sie warnt ernstlich vor einer Politik, welche die Regierung in ihrer reaktionären Haltung bestärkt, der nationalliberalen Partei schließlich die Wähler entfremden muß, und die auch schon im wesentlichen die Mißerfolge der Partei bei den Reichstagsersatzwahlen in Jferlohn, Hagen und Rinteln verschuldet hat. Die Delegiertenversammlung verlangt eine entschiedene liberale Politik der Partei in allen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen; sie bittet ihre Vertreter, auf dem Parteitage in Goslar mit aller Kraft hierfür einzutreten, damit durch die Wahlen 1908 eine erhebliche Stärkung der liberalen Seite des Reichs- und Landtages ermöglicht und dadurch auch die Haltung der Regierung in liberalem Sinne beeinflusst wird.“

Selbst dieser gelinde Tadel ging, wie die Abstimmung beweist, der Mehrheit bereits zu weit. In einem gewissen Gegensatz dazu steht, daß der gleichzeitig in Chemnitz tagende Landesauschuß des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen eine im wesentlichen gleichlautende Resolution mit großer Mehrheit angenommen hat, bekanntlich spielt aber im politischen Leben Sachsens der Nationalliberalismus eine höchst untergeordnete Rolle. Bei der Reichstagswahl von 1903 fielen im ganzen Lande nur circa 97 000 Stimmen auf nationalliberale Kandidaten, nur 13 Proz der abgegebenen Stimmen.

Mag auch die jungliberale Opposition den „Alten“ des Nationalliberalismus höchst un bequem und in einzelnen Fällen auch auf die Aufstellung von Reichstagskandidaten oder die nationalliberale Parlamentärhetorik von einigem Einfluß sein, an der Gesamthaltung der nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses wird sie wenig ändern; schon deshalb nicht, weil die jungliberale Bewegung in der Hauptsache nicht einer tieferen Erfassung der politischen Probleme, einer entschiedeneren, liberaleren Auffassung entspringt, sondern der Absicht des Stimmenanges, und weil sie zweitens sich fast ausschließlich auf die größeren Städte Rheinland-Westfalens beschränkt. In diesen Städten aberholt sich die nationalliberale Partei nur noch wenige Mandate; die meisten ihrer Kandidaten sind in halbländlichen Bezirken gewählt, wo sie sich auf die Unterstützung der Konservativen angewiesen sehen. —

Aus der Geschäftspraxis der Kolonialabteilung.

Abg. Erzberger antwortet im Stuttgarter Zentrumsorgan auf die auch im „Vorwärts“ abgedruckte Verächtigung der Firma J. D. Nibel in Sachen der Arzneimitteillieferungen für die Kolonialabteilung. Zum Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung, daß die Dranien-Apotheke zu Berlin bei Stellung ihrer Preise die Preisliste von J. D. Nibel zugrunde legt, druckt er den § 4 des am 10. Mai 1904 zwischen Kolonialabteilung und Dranien-Apotheke geschlossenen Vertrages ab. Wörtlich heißt es in seiner Erklärung:

„Der mir im Wortlaut vorliegende Vertrag zwischen der Kolonialabteilung und der Dranien-Apotheke vom 10. Mai 1904 bestimmt in § 4 folgendes:

„Es werden berechnet: 1. Die Lieferung der Drogen, Chemikalien und Desinfektionsmittel, nach der Preisliste von J. D. Nibel-Verlin zu den darin für die in Frage kommenden Mengen normierten Sätzen und unter Berücksichtigung der Netto-Kassapreise mit 10 Proz. Aufschlag usw.“

Seine Behauptungen sind also nach jeder Richtung hin zutreffend; der Aufschlag von 10 Proz. ist in der Budgetkommission seinerzeit von dem freisinnigen Abg. Dr. Hermes und mir gerügt worden. Ich habe keinerlei Behauptung aufgestellt, daß die Firma Nibel selbst an die Kolonialabteilung geliefert habe, nehme aber jetzt an, daß sie hierher ebenso liefern würde wie an die von ihr genannten Behörden und wohl auch ohne 10 Proz. Aufschlag zu ihren eigenen Preisen.“

Die Behauptung, daß Kommerzienrat Hecht zu den Inhabern der Firma J. D. Nibel gehöre, hält Herr Erzberger nicht aufrecht; er beruft sich nur darauf, daß in der Budgetkommission Hecht als Mitinhaber genannt worden und diese Angaben vor einiger Zeit von der „Frei. Zig.“, ohne Widerspruch zu finden, wiederholt worden sei.

Dann macht Erzberger noch einige Mitteilungen über den Inhalt des Monopolvertrages mit der Dranien-Apotheke, der noch bis 31. März 1909 läuft. Der erste Vertrag dieser Art wurde mit der Firma am 13. Juni 1896 geschlossen und seither ist diese Firma allein berücksichtigt worden. Der Vertrag aber gibt der Firma das Recht zur Lieferung des „gesamten amtlichen Bedarfs“ für die afrikanischen Schutzgebiete und Neu-Guinea von 1. Drogen, 2. Mineralwasser, 3. galnischen Präparaten, 4. medizinischen Spezialpräparaten, 5. Tropenlymphe, 6. Heilsera, 7. komprimierten Tabletten, 8. Kestiften usw., 9. Spiritus, 10. Verbandstoffen, 11. chirurgischen Instrumenten, 12. Wasserfilter usw.

Diese Liste ließ sich, so schreibt Herr Erzberger, noch verlängern; selbst die Geräte für die Photographie bezog die Kolonialabteilung aus der Apotheke, auch Kühlapparate usw. Ja, in der Budgetkommission sei bei der Besprechung des Vertrages vom Abg. Müller-Julda mitgeteilt worden, daß diese Apotheke — sogar Hufeisen geliefert habe! Vielleicht gehören Hufeisen in den Augen der Kolonialbeamten unter die Rubrik „tierärztliche Instrumente und Zubehör“? Auf jeden Fall, meint Herr Erzberger, wird „Sanitätsrat“ Dernburg auch bei diesem Vertrage wohl eine Aenderung zustande bringen müssen. —

Deutsches Reich.

Der Sieg im Reichsland.

Das Geschwafel vom Rückgang der Sozialdemokratie hat wieder einmal eine derbe Widerlegung gefunden. Die Bezirkstagswahlen in Elb-Lothringen bedeuten einen kräftigen Vorstoß der Sozialdemokratie. Das eine Mandat für Strahburg-Ost, das sie zu verteidigen hatte, hat sie glänzend behauptet. Das Mandat für Markirch, das einst durch den Verrat des Renegaten Buch verloren ging, ist im ersten Wahlgang wieder erobert worden. Genosse Emmel, der dort aufgestellt war, ist mit 1601 Stimmen gegen 715, die auf den Demokraten entfielen, gewählt worden.

Die „Straßburger Freie Presse“ bemerkt zu diesem Siege, der Ansturm der Gegner sei so glänzend abgeschlagen worden, daß man die beiden Kantone sofort ruhig zum eisernen Bestand der Partei rechnen dürfe. Und dann fährt unser Straßburger Partelorgan fort: „Aber auch die Ergebnisse des flachen Landes sind hoch erfreulich. Der Kanton Schillingheim hat sich wahrhaft glänzend geschlagen, auch Grafenstaden und Varr hielten sich wacker, in Zabern und Schimmed gelang es auf den ersten Ansturm, den Gegnern bedeutendes Terrain abzunehmen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürften im zweiten Wahlgange, wenn nicht gar drei, so doch

mindestens zwei Mandate erobert werden. Wir marschieren trotz alledem und alledem!“

Die „Mülhauser Volkszeitung“ berichtet, daß wahrscheinlich auch der Kanton Schillingheim erobert worden ist. Das Resultat steht noch nicht ganz fest. Unserem Mülhauser Bruderblatt werden folgende Zahlen gemeldet: Es erhielten in den fünf Industrieorten des Kantons Genosse Wildhauer Fuchs von Schillingheim 1663 Stimmen; der liberale Kandidat Diebolt-Weber 642 und der Zentrumskandidat Albert 654. Die noch ausstehenden Orte würden den Vorsprung des Genossen Fuchs schwerlich ganz aufheben können.

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt folgendes Teilergebnis an: Fuchs (Soz.) 1348, Diebolt-Weber (lib.) 548, Albert (Z.) 606 Stimmen. Wahrscheinlich findet Nachwahl statt, meint das demokratische Blatt. Da in der Nachwahl nicht die absolute, sondern die relative Mehrheit entscheidet, so wird das Mandat unserer Partei auch bei einer Nachwahl fast sicher sein.

„Einen glänzenden Erfolg“, meldet die Mülhauser „Volkszeitung“ weiter, erzielten unsere Genossen im Kanton Gebweiler, deren rührige Tätigkeit im Wahlkampf damit aufs schönste belohnt ist. Wenn gestern der sozialdemokratische Kandidat Genosse Vuber noch nicht ganz gewählt ist, so ist das Mandat doch am nächsten Sonntag mit Gewißheit unser, wenn die Genossen im Laufe der Woche noch einmal ordentlich ihre Pflicht tun. Auch damit wäre ein neues Mandat für unsere Partei gewonnen. Nach dem vorliegenden provisorischen Gesamtergebnis erhielt Genosse Vuber 2035 Stimmen, der „kühlose“ Herkule Schilling Bürgermeister Thumann 1439 und der liberale Kandidat Fabrikant Vourcart 720 Stimmen.

Verhältnismäßig günstig ist auch der Wahlausfall in Zabern. Unser Kandidat erhielt nach vorläufiger Meldung 910 Stimmen, Roth (Zentr.) 1001, Stiede (Herikuler Wiber) 274 Stimmen. In Mäningen erhielt Jäd (Zentr.) 1615, Meise (Soz.) 930 Stimmen. Vier Gemeinden stehen noch aus. In Schirmed erhielt Landesauschuß-Abgeordneter Scheideder (parteilos, bisheriger Vertreter) 831, Herrö (Soz.) 814, Bastian (Zentr.) 107, Walter (parteilos) 628 Stimmen.

Podbielski und Wilhelm „der Große“.

Am 22. Mai 1874 erließ Kaiser Wilhelm I. eine neue Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere. In der Einleitung finden sich folgende Sätze:

Von allen Handlungen, welche dem Ruf des Einzelnen oder der Genossenschaft nachteilig werden können, besonders von allen Ausschweifungen, Trunk und Hazardspiel, von der Uebernahme solcher Verpflichtungen, mit denen auch nur der Schein unerbittlichen Verhaltens verbunden sein könnte, von hazardmäßigen Würfelspielen, von der Teilnahme an Erwerbsgesellschaften, deren Zweck nicht unantastbar und deren Ruf nicht tadellos ist, sowie überhaupt von jedem Streben nach Gewinn auf einem Wege, dessen Lauterkeit nicht klar erkennbar ist, muß der Offizier sich weit abhalten.“

Wilhelm I. scheint, nach den obigen Sätzen zu schließen, Podbielskis Geschäftssinn vorausempfunden zu haben. Aus den Worten „weit abhalten“ geht auch hervor, daß Podbielskis Kunstgriff, seinen Anteil seiner Sophie zu übertragen, nicht im Sinne Wilhelms „des Großen“ war.

Als Kandidat für den dritten Berliner Landtagswahlkreis ist gestern abend vom freisinnigen Kreiswahlkomitee der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Sagan aufgestellt worden. Einige Delegierte der Wahl- und Bezirksvereine äußerten zwar grundsätzliche Bedenken gegen Doppelmandate, gaben aber ohne weiteres für sich und ihre Freunde die Erklärung ab, daß sie in diesem Falle eine Ausnahme für zulässig erachteten. Nach kurzer Erörterung wurde in der Abstimmung Dr. Müller-Sagan mit 48 von 49 abstimmanden Delegierten als Kandidat verkündet.

Preussische „Freiheit“.

Bekanntlich ist die persönliche Freiheit in Preußen durch den Artikel 5 der preussischen Verfassung gewährleistet, und ein preussischer Polizeiminister hat vor einigen Jahren, als die Presse tagaus tagein von polizeilichen Uebergriffen zu berichten wußte, in einem Erlaß den Polizeibeamten bedeutet, daß die persönliche Freiheit nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen beschränkt werden darf. Der Erlaß hat nichts geholfen; noch gibt es zahlreiche Beamte, die nicht innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse zu bleiben vermögen und besonders die persönliche Freiheit nicht in der Weise respektieren, wie sie verpflichtet sind. So wird uns zum Beispiel aus Königsberg berichtet:

Infolge des Streiks aus dem Jahre 1904 war der Maurer Julius Reujols zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Reujols hat diese Strafe in der Zeit vom 4. bis 18. Dezember 1905 in Jüterburg verbüßt. Er war deshalb sehr erstaunt, als er am 13. September dieses Jahres zu nochmaliger Verbüßung dieser Strafe um 7/5 Uhr aus seinem Logis, Wagnerstraße 23, von zwei Polizisten geholt und für verhaftet erklärt wurde!! Die Polizeibeamten brachten ihn zuerst auf die Polizeiwache und dann nach dem Polizeigefängnis, wo er eingesperrt wurde. Auf der Wache protestierte er entschieden gegen die ihm zuteil gewordene Behandlung und versicherte, daß er die Strafe bereits abgemacht habe. Der Sekretär hielt des Reujols Versicherung für glaubhaft und wollte, daß der Mann vorläufig, bis man Erlundigungen eingezogen hätte, auf der Wache bleiben sollte. Nicht so der Befangenenaufsicher Grude; er sperrte Reujols in das Polizeigefängnis, wo dieser bis 7/4 Uhr verbleiben mußte, bis man bei der Jüterburger Staatsanwaltschaft nachgefragt und die Angaben Reujols bestätigt erhalten hatte. —

Kein Mensch kann verlangen, daß die Polizeibehörden unerschütterlich sein müssen. Auch sie können irren, obwohl sie gerade in derartigen Angelegenheiten peinlich bemüht sein sollten, Irrtümer zu vermeiden. Aber warum ließ man den Mann nicht sofort frei, als er erklärte, die Strafe schon verbüßt zu haben? Ein Mann, der 14 Tage Gefängnis zu verbüßen hat, kann doch unmöglich als fluchtverdächtig gelten. Die in Frage kommenden Beamten haben in fahrlässiger Weise gegen das Strafgesetz verstoßen. Ob der Staatsanwalt gegen sie einschreiten wird? —

Städtische Fürsorge.

Der Erlaß des preussischen Antikulturministers, des Herrn v. Stubi, vom 4. Mai d. J., der den Gemeinden das Recht beschränkt, die Lehrergehälter zu erhöhen, trägt seine Früchte. Schon vor kurzem wußte die „Badag. Zig.“ eine lange Reihe von Fällen mitzuteilen, in denen auf Grund dieses schönen Erlasses mehreren Landeskulturschülern die ihnen von der Gemeinde bewilligten Gehalts-erhöhungen nachträglich beschritten worden sind, jetzt weiß das Blatt von verschiedenen neuen Ergebnissen der städtischen Fürsorge zu berichten. Eine Gemeinde im Kreise Freilich erhöhte das Grundgehalt vor kurzem auf 1200 M. und 150 M. Alterszulagen. Die Regierung zu Kassel erteilte ihre Genehmigung. Der Lehrer bezog daraufhin bereits diese Sätze auf ein Quartal, als plötzlich ihm die Regierung mitteilte, daß die Alterszulagen wieder auf 130 M. zu erniedrigen seien, da auf Befehl des Ministers keine Landgemeinde des Kreises Freilich höhere Alterszulagen gewähren dürfe. Der Lehrer weigerte sich nun, in diese Herabsetzung zu willigen. Er erhielt aber den Bescheid, daß er im Weigerungsfalle in einen anderen Kreis versetzt werde. — Die Regierung zu Osnabrück hat die vom Schulvorstand zu Salzbergen für die evangelische Lehrerstelle beschlossene

Gehaltssteigerung von 1100 M. und 140 M. auf 1200 M. Grundgehalt und 160 M. Alterszulagen abgelehnt. — In Wald bei Solingen wurde das Grundgehalt um 50 M. erhöht, so daß die Lehrer jetzt mit einem Gehalt von 1450 M. anfangen. Die Alterszulagen wurden auf 200 M. erhöht. Die Sätze sind in einer Bürgermeisterversammlung zustande gekommen, wobei auch der Landrat mitwirkte. Dabei kam zur Sprache, daß die Regierung diese Sätze genehmigen, höhere aber ablehnen würde. — Die Gemeinde Uepe (Wandenberg) beabsichtigte die Stelle des Hauptlehrers um 400 M. aufzubessern, d. h. zu seinem Gehalt von 1200 M. sollte er 400 M. Funktionszulage erhalten. Doch die Regierung zu Potsdam hatte es anders beschloffen, sie hat nach der „Eberwalder Zig.“ mitgeteilt, daß 200 M. schon mehr als genügend seien, also wird die Funktionszulage nur soviel betragen. —

Blau Bohnen den Streikern.

Unser Ludwigsbader Parteiblatt, die „Wälz. Post“, ist in der Lage, die Meldungen über die Marschbereitschaft der Landauer Garnison anlässlich des Kaiserslauterner Streiks durch genauere Einzelheiten zu ergänzen. Sie schreibt: 50 Mann waren marschbereit. Urlaub gab es nur auf die Dauer von zwei Stunden. Dabei durften die betreffenden Mannschaften nur die in der Weizenburger- und in der Kgländerstraße belegenen Wirtschaften besuchen, damit sie im Abberufungsfalle gleich zur Hand gewesen wären. Scharfe Patronen befanden sich nicht in den Händen der Soldaten, jedoch waren für jeden 50 Stück zurechtgelegt. Es scheint, daß die ganze Sache von dem Bezirksamt in Kaiserslautern veranlaßt worden ist.

Die bürgerliche Presse hatte die ersten Meldungen unseres Parteiblattes für widerlegt erklärt, weil der Bürgermeister von Kaiserslautern erklärt hatte, daß er keinen militärischen Schutz verlangt habe. Daß damit nichts gegen die Richtigkeit der Meldung selbst bewiesen war, wußte sie natürlich ganz gut. Aber sie stellte sich dumm, um die unangenehme Tatsache zu vertuschen, daß die Behörden nur allzu bereit sind, den Unternehmern gegen streikende Arbeiter mit Säbel und Schießgewehr zu Hilfe zu kommen. —

Zu viel beweisen will die „Deutsche Tageszeitung“ in einer Notiz, in der sie die katholischen Landwirte gegen die „Germania“ und die „Köln. Volkszeitung“ aufputschen will, weil diese Blätter trotz ihrer tiefagrarischen Färbung sich doch durch den Pöbel der Umstände, durch die abermals drohende Fleischsteuerung genötigt sahen, die Regierung höchst gelinde zur Dehnung der Grenzen für das Auslandsvieh aufzufordern. Das Viertelblatt, das nicht, wie die Zentrumsblätter, auf städtische Wähler Rücksicht zu nehmen braucht, fährt die „Germania“ also an:

„Die Germania“ könnte wissen und hat sich früher auch dahin geäußert, daß die Dehnung der Grenzen, selbst wenn sie möglich wäre, keine wesentliche und dauernde Verbilligung, sondern wahrscheinlich indirekt eine weitere Steigerung der Fleischpreise zur Folge haben würde. Sie könnte auch wissen, daß die Länder, die für eine Fleischzufuhr nach Deutschland in Betracht kommen können, entweder zu verkauf sind, daß die Einfuhr nicht gestattet werden kann, oder selbst teure Viehpreise haben, oder überhaupt nichts ausführen können, weil sie selbst unter einem gewissen Viehmangel leiden. . . .“

Weshalb sind denn nun die Herren Agrarier so sehr gegen die Dehnung der Grenzen, wenn doch kein Vieh vom Auslande hereingebracht werden kann, wie die „Deutsche Tageszeitung“ beweist? Etwas will sie befürchten, daß die Dehnung indirekt eine weitere Steigerung der Fleischpreise bringen würde? Das heißt doch zu viel Glauben von Israel verlangen! —

Der Bierkrieg in Leipzig.

Eine neue Wendung ist in dem Bierkrieg in Leipzig eingetreten. In der vorigen Woche fanden Unterhandlungen zwischen den Brauereien, den Gastwirten und dem Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei statt. Dort erklärten die Brauereien, daß der Kampf der Arbeiter ihnen und den Gastwirten sehr schwere Wunden geschlagen habe und leider noch tiefere Wunden schlagen werde; es läge ihnen deshalb am Frieden. Sie wollten deshalb den bei ihnen beschäftigten Brauerei- und Transportarbeitern sofort eine Lohnerhöhung gewähren und sofort eine Tarifiereduktion zum Vorteil der Arbeiter vornehmen. Aber von der Erhöhung von 2 Mark pro Hektoliter könnten sie nicht herabgehen. Darauf erwiderten die Vertreter der in Betracht kommenden beiden Gewerkschaften: „Die Lohnerhöhung, die durch die gesunkenen Lebensmittelpreise längst nötig ist und so wie so bald hätte kommen müssen, akzeptieren wir gern, aber niemals geben wir zu, daß unsere Lohnerhöhung das Kompensationsobjekt für die Wendung des Bierkrieges sein soll.“

Die Brauereivertreter erklärten darauf, sie wüßten wohl, daß die Arbeiterpartei im Bierkrieg noch nicht alle Schrauben angezogen habe, aber auch die Brauereien hätten noch nicht alle Trümper ausgepielt.

Ueber das Resultat dieser Verhandlungen, das am Sonntagvormittag der Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises mitgeteilt wurde, beschloß die Versammlung, den Kampf in verhärteter Form fortzusetzen, wenn die Brauereien nicht eine Mark heruntergeben und die Gastwirte nicht ein Glas Bier zu 14 Pf., zwei Glas Bier zu 27 Pf. verkaufen wollen. —

Ausland.

Ungarn.

Bon der Kurienwahl.

Budapest, 18. September. (W. Z. B.) Das Mandat des einzigen Bauernsozialisten im ungarischen Reichstage, Andreas Kálmán, wurde gestern von der Kurie annulliert. Kálmán wurde zur Zahlung von 8000 Kronen Spesen verurteilt und ihm das passive Wahlrecht für die Dauer eines Jahres abgesprochen. „Begründet“ wird das Erkenntnis damit, daß Kálmán in dem von ihm redigierten Blatte gegen die bestehende Klasse aufgereizt habe.

Obwohl die Nachricht aus Ungarn kommt, wird man abwarten müssen, ob die Bauernkurie tatsächlich so infam gehandelt hat, wie es die obige Meldung andeutet. —

Schweiz.

Wie es bei der Ausweisung unseres Genossen Hauth im Schoße der Züricher Kantonsregierung zuging.

Zürich, 14. September. (Fig. Ver.) In der letzten Kantonsratsitzung hatte unser Genosse Heugner in seiner Rede u. a. auch ausgeführt, daß man in der Züricher Regierung anfänglich über die Ausweisung des Genossen Hauth nicht einig gewesen war. Nachträglich ist nun das „Vollrecht“ in der Lage, näheres darüber mitzuteilen, wie es in der betreffenden Sitzung der Regierung zugegangen ist. Es schildert die Vorgänge folgendermaßen:

„In der ersten Abstimmung hat der Regierungsrat Nichtentretten auf den Antrag der Polizeidirektion beschlossen. Für Entretten stimmten die Regierungsräte Kern und Kägi, dagegen stimmten Meuler, Lutz und Ernst. Der Regierungsrat Stöfel stimmte überhaupt nicht, und Regierungsrat Locher enthielt sich ebenfalls der Abstimmung. Regierungsrat Locher schien wenigstens bei der ersten Abstimmung der richtigen Ansicht zu sein, daß es sich nicht geizige, daß er an der Abstimmung teilnehme, weil man seine Stellungnahme gegen Hauth jedenfalls als einen persönlichen Akt empfunden hätte.“

Die Abstimmung war zu Ende und was geschah? Regierungsrat Locher tritt auf, der ehemalige Redakteur des demokratischen „Landboten“, der Biograph des Volkshannes Ziegler, der ehemalige Zentralpräsident des Grütlivereins, der große Tonhallenredner vom Schloffersteil, der Doktor honoris causa der Universität Zürich, der ehemalige Vertreter christlicher Neuschulden, und erklärt, er habe nun geglaubt, die Sache sei schon erledigt. Es sei doch etwas unerhörtes, daß der Regierungsrat Nichtentretten auf die Ausweisung Hauths beschlossen habe. Er wendet nur seine ganze

Veredamtheit auf, um die Ausweisung zu veranlassen, es gelingt ihm auch, für seinen Wiedererwägungsantrag die Regierungsräte Meuler und Lutz zu gewinnen, und in der zweiten Abstimmung wird die Ausweisung Hauths nur gegen die Stimme Ernsts beschlossen. Dr. Stöfel als Präsident stimmte nicht.

Man hat bisher behauptet, Hauth sei ausgewiesen worden, weil er dem Kantone gefährlich sei. Wir wissen aber, daß die Ausweisung von Reporter Frei aus persönlichen Gründen inszeniert wurde. Die endliche Ausweisung Hauths ist dem Hauth persönlich nicht gutgefinnten Regierungsrat Locher zuzuschreiben. Gaben dabei sachliche oder in der Hauptsache persönliche Motive eine Rolle gespielt?

Herr Locher hat danach eine fast ungläubliche Wendung von links nach rechts, vom entschiedensten Demokraten und Arbeiterfreund zum entschiedensten Reaktionär und Arbeiterfeind durchgemacht.

Herr Locher ist nebenbei auch der berühmte Vater des berühmten Polizeidirektors Locher, der kürzlich wegen Verschöpfung und Nötigung gegen das Ehepaar Stephan gerichtlich verurteilt wurde und der den Anarchisten Holzmann in feig brutaler Weise mit dem Gummischlauch in der Gefängniszelle schwer mißhandelte. Eine feine Familie — die Dynastie Locher! —

Man weiß jetzt auch, wer der Regierungsrat war, der den Reporter Frei als Strohmännchen für die Ausweisung Hauths gebrauchte, es war der Regierungsrat Kern, ein früherer Herrenbauer, der zu solcher „staatsmännischen“ Hintertreppchenpolitik immerhin noch die nötige geistige Befähigung besitzt. —

Frankreich.

Das Sonntagsgesetz und die Eisenbahner. Das neue französische Gesetz über die wöchentliche Arbeitsruhe hat die Eisenbahnanstalten ganz unberücksichtigt gelassen. Folgedessen ist unter diesen eine Bewegung entstanden, die auf die Erweiterung des Gesetzes abzielt. Bisher haben nur die Lokomotivführer und Heizer einen freien Tag innerhalb 10 Tagen, das übrige Zugpersonal dagegen nur zwei freie Tage, die Streckenbeamten und ein Teil der Bahnhofsbediensteten einen freien Tag im Monat! Es ist ganz absurd, daß die Bahngestellten, für die man noch früher als für die anderen Arbeiter eine Ruhepause für nötig gehalten hat, jetzt schlechter gestellt sein sollen als die übrigen Arbeiter. Der Arbeitsminister hat sich nun bereit erklärt, die Vorteile des Sonntagsgesetzes auch den Eisenbahnern zugutekommen zu lassen. Doch ist noch nicht bestimmt, ob das in Verordnungswege oder durch die Gesetzgebung bewirkt werden soll. Jedenfalls sind die französischen Eisenbahner demüht, der Energie der Sozialpolitiker im Ministerium nachzugeben.

England.

Ein Urteil über den Trade-Union-Kongress.

London, 16. September. (Fig. Ver.) Die „Justice“ vom 15. September gibt über den Liverpooler Kongress ein interessantes Urteil wieder, das James Haslam, einer der alten, liberalen Gewerkschaftsführer, für ein bürgerliches Blatt geschrieben hat. Haslam sagt:

„Der Kongress zeigt den Aufmarsch der Demokratie; man kann da den Fortschritt sehen, den diese Männer der Spindel, des Webstuhls, der Kohlengrube und des Ladentisches machen, obwohl sie jedes Jahr fast dieselben Dinge diskutieren. Aber jedes Jahr steht man deutlicher die Richtung, nach welcher diese Männer sich bewegen. . . . Und die Richtung ist die des Sozialismus. Seit mehreren Jahren hat der sozialistische Flügel an Boden gewonnen und auf den liberalen und konservativen Arbeiter einen Einfluß ausgeübt durch Argumente, die er jetzt als unerschütterlich betrachtet. Die Delegierten des Kongresses werden beeinflusst nicht sowohl durch das, was auf dem Kongress vorgeht, als durch die sozialistischen Versammlungen, die abends nach den Kongressverhandlungen abgehalten werden. Ja, den Puls der Kongressdelegierten kann man am besten erst nach dem Kongresse fühlen; da kann man die Richtung am besten erkennen, und diese geht zum Sozialismus. . . . Scheinbar sind die Resolutionen des Kongresses weniger sozialistisch als früher; man resolviert nicht mehr die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber das Ziel wird nichtdestoweniger realisiert, und die Sozialisten verfehlen nie, es dem Kongresse zu erklären. Auf dem soeben geschlossenen Kongresse wurde eine Resolution angenommen, die die Arbeiterabgeordneten auffordert, eine Vorlage, betreffend die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Kanäle und Minen, einzubringen. Nun, Sie werden fragen: Sind denn diese Leute ernst zu nehmen, wenn sie so etwas verlangen? Gewiß sind sie ernst zu nehmen. Das ist es ja eben, was Sie zu fürchten haben. Es ist da über das Wahre und Falsche nicht mehr zu diskutieren. Diese Leute denken revolutionär, und ihre ganze Arbeit geht darauf hin, ihren Kollegen dieselbe Ueberzeugung beizubringen. . . . Der Ernst dieser Leute wird jetzt zum mächtigsten Faktor in der britischen Politik. Als man sich die letzte Woche in der St. George-Halle (wo der Kongress tagte) befand, konnte man empfinden, daß diese Leute zu fürchten sind; denn sie sind ernst, sehr ernst.“

Haslam erklärt sodann, daß große Uneinigkeit in der Arbeiterpartei herrsche: das sozialistische und das nichtsozialistische Element kämpfen um die Oberhand. Dieser Kampf sei zwar auf dem Kongresse nicht sichtbar gewesen, aber wenn man mit den verschiedenen Delegierten zusammenkomme, so höre man von nichts anderem als von der Alternative: Niederlage oder Sieg der Sozialisten innerhalb der Arbeiterpartei. Wenn nun die eigentliche Arbeit der Delegierten außerhalb des Kongresses vor sich gehe, was nütze denn der Kongress? Bis jetzt sei er tatsächlich von geringem praktischen Nutzen gewesen. Jetzt aber, wo 35 bis 40 Arbeiterabgeordnete im Parlamente sitzen, gewinnen die Resolutionen an Aktualität. Die Resolutionen des Kongresses, über die sich die Presse lustig machte, sollen nunmehr in Gesetzesvorlagen umgewandelt werden. —

Holland.

Aussterdam, 17. Sept. 1906.

Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Am Sonntag hielt das holländische Proletariat seine jährliche Demonstration für das allgemeine Wahlrecht, diesmal in der Hauptstadt Amsterdam. Aus kleinem Anfang, von Jahr zu Jahr wachsend, hat die Forderung der holländischen Arbeiterpartei für die das organisierte Proletariat an ihrer Spitze kämpft, sich zu einer großartigen, ausschließlich proletarischen Massenbewegung entwickelt.

Die Demonstration vom letzten Sonntag ist die größte politische Kundgebung, die Holland je erlebt hat. Nachmittags 1 Uhr wurde ein Meeting auf dem ziemlich weit von Amsterdam gelegenen Terrain „Van Rosenburg“ abgehalten. Mehr als 700 Vereine (gegen 500 im vorigen Jahre zu Utrecht) waren vertreten durch 1100 Abgeordnete, die insgesamt 60 000 Arbeiter repräsentierten. Am Meeting selber nahmen 15 000 Personen teil. Es sprachen die Genossen J. A. von Zutphen, G. Spielman, J. W. Bergmeier, G. Bortz, J. F. Lohof, Frau S. Roland-Hoff, A. G. Gerhard, B. J. Troelstra, W. Mendels, R. van Hinte und G. J. F. Eichelheim. Sie beleuchteten die Bedeutung des Tages, speziell vom proletarisch-sozialdemokratischen Standpunkte, während die Frauenrechtlerin Frau Th. Haber den Nachdruck auf das Frauenwahlrecht legte.

Von den vertretenen Vereinen sind besonders zu erwähnen: der Verband der Marine-Soldaten, die dieses Jahr zum erstenmal dem Beispiele der schon früher vertretenen Marine-Matrosen folgten. Die Vertreter dieser beiden Organisationen nahmen in Uniform am Meeting und an dem sich anschließenden Umzug durch einen Teil von Amsterdam mit 40 bzw. 25 Mann teil und erregten begeistertes Aufsehen. Ferner sind zu nennen die Verbände der Eisenbahner, Volksschullehrer, Gemeindeglieder und der Verein der deutschen Kaiser zu Amsterdam.

Aus der Provinz waren viele Teilnehmer außer mit den regelmäßigen Gelegenheiten in Etroggütern und Dampfern gekommen. So aus Enschede und Umgegend 800 Mann, aus Rotterdam, Dordrecht 1000 Mann, aus Leiden 500 Mann usw.

Nachdem das Meeting trotz eines Regenschauers ausgezeichnet beendet war, fand ein imposanter Umzug durch Amsterdam statt. Mit den mehr als 400 Fahnen, Bannern und Inschriften der Arbeiter-

vereine und unter klingendem Spiele machte die Demonstration einen tiefen Eindruck auf die Tausende, die längs seines Weges den Zug begrüßten. Auch an der herrschenden Klasse wird diese Demonstration nicht spurlos vorbeigegangen sein.

Norwegen.

Die Wahlen.

Kristiania, 18. September. (W. Z. B.) Bei den Stortingwahlen, für die noch eine Stichwahl nötig ist, sind bisher gewählt worden 67 Mitglieder der Linken, von denen 37 als regierungsfreundlich angesehen werden, 44 der Sammlungspartei angehören und 11 Sozialisten sind. Die Regierungsparteien werden demnach im neuen Storting 81 Mitglieder zählen. Dem Norst Telegrammbüro zufolge ist die Lage zurzeit noch etwas unklar; erst nach Zusammentritt des Storting wird sich herausstellen, ob die Regierung die Majorität besitzt und wie groß diese ist. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß die Linke, die im neuen Storting sich in der Mehrheit befindet, ein ausschließlich links stehendes Ministerium verlangen wird. —

Aus der Partei.

Partei und Gewerkschaften. Im Heft 51 der „Neuen Zeit“ schreibt Genosse Fleißner-Dresden über Klassenkampf und Massenstreik. Am Schluß sagt er:

Bei dieser Gelegenheit sei mir eine mehr persönliche Bemerkung gestattet. Eine Stelle meines früheren Artikels in der „Neuen Zeit“ über „Partei und Gewerkschaft“ hat es besonders auch denen angetan, die mit der Lupe nach hochverräterischen Stellen gegen die Gewerkschaften in den Kritiken suchen, wie der Staatsanwalt in einem sozialdemokratischen Blatte. Ich schrieb damals — übrigens ganz beiläufig: „Das Ueberwuchern der Unterstützungseinrichtungen . . . benachteiligt auch die Partei, weil die notwendig sehr in die Höhe getriebenen Gewerkschaftssteuerungen vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschweren. Beim schlechtbezahlten Arbeiter spielen eben auch Großen eine Rolle.“ („Neue Zeit“, XXIII, 2, S. 701.)

Ich habe damit lediglich eine Wahrheit, eine Tatsache festgestellt, die mir (auch nachdem ich den Satz geschrieben) wiederholt bei der Agitation begegnet ist. Kein Wort von dem, was ich schrieb, habe ich zurückzunehmen! Was man mir als Schlussfolgerung unterstellte, habe ich nie gewollt und nie vertreten. Ich habe diese Tatsache nur nebenher als eine jener unermesslichen Begleiterscheinungen der Gewerkschaftsentwicklung erwähnt, die uns zeigen, daß wir durch Aufklärungsarbeit die Gewerkschaftsmitglieder für die sozialdemokratische Partei interessieren müssen, und daß die Gewerkschaftsleiter dabei mitzuhelfen haben, unermessliche ungünstige Einflüsse auf die Partei nach Möglichkeit zu paralysieren. Wenn man selbst fortwährend als Agitator in großen und kleinen Gewerkschaftsversammlungen für hohe Beiträge eingetreten ist, dann muten einen solche Unterstellungen überempfindlicher Gewerkschaftsführer fast komisch an.

Vom Fortschritt der Presse.

Die „Fränkische Tagespost“ zu Nürnberg gibt über die Zunahme ihrer Abonnentenschaft folgende erfreuliche Statistik. Der Abonnentenstand erhöhte sich

im Januar	1906 um	186 Exemplare
Februar	164	„
März	78	„
April	191	„
Mai	360	„
Juni	679	„
Juli	572	„
August	338	„
September	712	„

vom 1. Jan. bis 10. Sept. auf um 3282 Exemplare.

Die höchste Steigerung ist vom 1. bis 10. September zu verzeichnen, die richtige Antwort der Nürnberger Arbeiterpartei auf die jämmerliche Haltung der bürgerlichen Presse zur Polizeischlacht auf dem St. Peter. Unser nordbayerisches Parteiblatt hofft mit dem Schluß des Jahres melden zu können, daß es die 20 000 erreicht hat.

Von den Organisationen. In Nürnberg ist neben dem an anderer Stelle gemeldeten Wachsen der Abonnentenschaft der „Fränkischen Tagespost“ auch ein starkes Wachsen der Mitgliedschaft des sozialdemokratischen Vereins zu konstatieren. Seit dem Beginn des Geschäftsjahres (1. Juli) hat der sozialdemokratische Verein folgende Neuaufnahmen zu verzeichnen:

Im Juli	254 Mitglieder
August	251
Vom 1. bis 15. September	215

Insgesamt also 720 Neuaufnahmen

seit dem 1. Juli d. J. Die Nürnberger Genossen hoffen in Wäde das erste Tausend an Mitgliedern zu erreichen.

In Hannover hat der sozialdemokratische Verein diese Mitgliederzahl inzwischen schon erreicht und überschritten.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. In Bforten bei Bera wählte der sozialdemokratische Gemeinderat den Genossen Schumacher Franke zum Bürgermeister.

Verhandlung in Forst. Die „Märkische Volksstimme“ meldet unterm 17. September:

Eine kombinierte Vorstandesitzung des Wahlvereins Sorau-Forst, die am gestrigen Sonntag hier stattfand, beschäftigte sich eingehend mit den eingelegten Protesten gegen die Mandate zur Provinzialkonferenz und zum Parteitag. Nach langer, sehr lebhafter Debatte wurde folgende vom Zentralvorstande vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

„Der Genosse Kara nimmt hiermit seine Reue gegen den Genossen Ueber zurück und will seine Worte dahin verstanden wissen, daß der Genosse Ueber in Forst bei der Mehrheit keine Sympathie besitze und er deshalb den Vorschlag nicht vertreten könnte. — Des ferneren verpflichten sich die anwesenden Vorstandesmitglieder des Kreises Sorau-Forst dahin zu wirken, daß nun sämtliche Proteste in der „Volksstimme“ zurückgezogen werden und der Zentralvorstand, sowie sämtliche Beschlüsse der Kreiskonferenz in Gassen zu Recht bestehen.“

Der Sitzung wohnten als Vertreter der Agitationskommission die Genossen Zucht und Schuster aus Berlin bei.

Durch Urabstimmung haben die Stuttgarter Genossen diesmal zum erstenmal ihre Parteitagdelegierten gewählt. Es wurden 1256 Stimmen abgegeben.

Personalien. Aus der Redaktion des „Volksblatts für Halle“ ist der Genosse Feike ausgeschieden, um als zweiter Arbeitersekretär nach Stuttgart zu gehen.

In der Redaktion der Dortmundener „Arbeiterzeitung“ findet demnächst ein Personalwechsel statt, da Genosse Sielke mit Rücksicht auf seine parlamentarische Tätigkeit seine Stelle gekündigt hat. An Stelle Sielkes wird Genosse Haenisch wieder in die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ eintreten, die er vor dem schon fünf Jahre leitete, bis er am 1. Oktober 1905 nach Leipzig überfiedelte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Straßens der Presse. Genosse Zander von der „Frankfurter Volksstimme“ wurde zu 60 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in Nr. 103 der „Volksstimme“ am 4. Mai ein Gebicht von Leon Holly, das die Konfiskation der Rainummer der „Dresdener Volksmacht“ und die Verhaftung des Redakteurs zur Folge hatte, während der Dauer der Verhaftung abdruckte. Die Verhaftung wurde später aufgehoben. Der Abdruck aber während der Dauer der Verhaftung war ein Vergehen gegen das Preßgesetz.

Ein bemerkenswerter Freispruch. In der Frankfurter Volksstimme vom 15. Mai stand ein Bericht: „Arme Kinder vor preussischen Richtern.“ Darin war erwähnt, daß die Weithener Strafkammer einen dreizehnjährigen Knaben und ein zwölfjähriges Mädchen, weil sie Steine auf die Gleise einer Straßenbahn gelegt hatten, was eine Entleitung zur Folge hatte, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt habe. Im Anschluß hieran wurden Anschuldigungen der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht, welche die „Volksstimme“ ausdrücklich als „sehr richtig“ bezeichnete. Wegen dieser Ausführungen, in denen dem Weithener Gericht und dem Staatsanwalt der Vorwurf der Klassenjustiz und der Gedankenlosigkeit gemacht worden sein soll, war Anklage gegen den Redakteur der „Volksstimme“, Genossen Wilhelm Jander erhoben worden. In der Verhandlung am Mittwoch beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis. Nach langer Beratung kam das Gericht zur Freisprechung. Der Artikel, den die „Volksstimme“ mit „sehr richtig“ bezeichnet habe, enthalte allerdings die Tendenz, daß Kinder besserer Klassen unter günstigeren Verhältnissen bei Gericht beurteilt werden. Nicht erwiesen sei aber, daß der Artikelschreiber beabsichtigt habe, den Richtern bewußte Parteilichkeit vorzuwerfen. Der Verfasser wolle nur sagen, jeder bestimmte Bildungsgrad sei der Anschauung unterworfen, die sein Stand mit sich bringe, und der Richter trete jedem anderen Stande unwillkürlich anders gegenüber. Da auch sonst nicht das Bewußtsein der Verleumdung zu erblicken war, sei der Angeklagte freigesprochen worden.

Die Frankfurter Richter haben erfreuliche Objektivität bewiesen. Leider sind sie nur weiße Raben, wie die harten Urteile zeigen, die in letzter Zeit wider andere Parteiblätter wegen ähnlicher Ausführungen ergingen.

Der allzu empfindliche Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Unser Vortier Parteiblatt, das „Norddeutsche Volksblatt“, teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft zu Oldenburg in der Strafsache wegen Verleumdung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie das Verfahren „zum Teil wegen mangelnden Tatbestandes, zum Teil wegen mangelnden öffentlichen Interesses“ eingestellt hat. — Unser Vortierblatt bemerkt dazu: „Die den Lesern noch bekannt sein dürfte, hatte das Haupt des Reichsverbandes zur Abwägung der Sozialdemokratie, General z. D. Liebert, für sich und seine Beamten Klage eingereicht, weil sie sich durch den Leitartikel: „Deutsche Pogromisten“ in Nr. 169 des „Nordd. Volksblattes“ vor den Völkern gelobt hätten. Durch die Unhöflichkeit der Staatsanwaltschaft in Oldenburg Herr Liebert gegenüber kommen wir nun um ein Vergnügen und der Reichsverbandeleiter um seine „Rechtfertigung“. Geteilter Schmerz ist halber Schmerz.“

Gewerkschaftliches.

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!“

Beim gegenwärtigen Maurerstreik in Augsburg spielt der Maurer Benedikt Trieb den Verräter an seinen Mitarbeitern. Als roher und gemeingefährlicher Mensch, der schon in den Gefängnissen saß, bekannt, gilt er aber jetzt doch als äußerst wichtige und nützliche Staatsstütze und wird als solche mit allen Ehren behandelt. Nicht zu verwundern ist deshalb eine Aeußerung dieses moralisch defekten Menschen: „Wer mich nur schiefschaut, der wird zusammen geschossen wie ein Hund!“

Einige Tage nach dieser Aeußerung brach er in seinem Wohnhause mit einer alten Frau einen Streit vom Faune und drohte ihr mit Umbringen. Abends von dem erwachsenen Sohne der alten Frau ob seines Benehmens zur Rede gestellt, schrie der Streikbrecher den Mann an: „Was willst denn Du, Bluthund!“, streckte ihm mit einem Fußtritt auf den Unterleib zu Boden und rannte dem Behrlosen dann ein im Griffe feststehendes Messer zweimal in den Kopf und einmal in den Unterleib.

Der Schwerverletzte, ein Krüppel, der niemanden etwas zu Leide tun kann, liegt zwischen Tod und Leben darnieder. Der Unmensch aber wurde nach kurzem Polizeigewahrsam auf freien Fuß gesetzt!

Berlin und Umgegend.

Schwarze Listen gegen Treppengeländerarbeiter.

In der am Montag abgehaltenen Versammlung der in der Treppengeländerbranche beschäftigten Arbeiter führte der Referent Patloch eine Reihe von Fällen an, aus denen sich ergibt, daß die Treppengeländerfabrikanten schwarze Listen führten, um Arbeiter, die sich aus irgend welchen Gründen „unbeliebig“ gemacht haben, nicht zu beschäftigen. Es ist öfter vorgekommen, daß Fabrikanten Arbeitsuchende zurückwiesen, und zwar aus keinem anderen Grunde, als dem, daß die betreffenden Arbeiter irgendwie gekennzeichnet waren. Zwar wurde das den Arbeitern meistens nicht direkt gesagt, aber sie konnten doch aus den Umständen schließen, daß eine schwarze Liste vorhanden ist und auch von den Fabrikanten streng beachtet wird. Diese Annahme wurde zur Gewißheit, als ein Fabrikant naiv genug war, einem Arbeitsuchenden zu sagen: „Was haben Sie denn ausgefressen, Sie scheuen ja auf der schwarzen Liste.“ Natürlich war sich der Arbeiter nicht bewußt, irgend etwas „ausgefressen“ zu haben. Das aber wußte er, daß er an seiner früheren Arbeitsstätte als Vertrauensmann auf die Liste der Innehaltung des Tarifvertrages geachtet hatte. Aus diesem Grunde ist also der Betroffene, gleich einer Anzahl anderer Kollegen, auf die schwarze Liste gekommen und von den Fabrikanten geachtet worden. — Die Arbeiter haben nun alle derartigen Fälle der Schlichtungskommission vorgetragen. Als die Kommission darüber verhandelte, bestritten die Fabrikanten zwar, daß sie schwarze Listen führten, aber nachdem die Arbeiter ihre Beweise angeführt hatten, wurde auf Seiten der Fabrikanten zugegeben, daß sie sich gegenseitig die Namen von Arbeitern, welche sich „renitent benommen“ hätten, mitgeteilt hätten. Obermeister Mahardt als Vorsitzender der Schlichtungskommission gab schließlich den Herren die Weisung, daß schwarze Listen nicht geführt werden dürfen, solange der Tarifvertrag besteht.

Die Versammlung der Treppengeländerarbeiter nahm zu dieser Angelegenheit folgende Resolution an: „Die Versammelten nehmen mit Enttäuschung Kenntnis davon, daß die Fabrikanten der Treppengeländerbranche, entgegen den Bestimmungen des Vertrages, in einer Reihe von Fällen Kollegen, welche nichts weiter getan haben, als den im Vertrage garantierten Lohn zu verlangen, gemahregelt und eine schwarze Liste solcher Kollegen eingeführt haben. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß, wenn seitens der Arbeitgeber weitere solche Vertragsbrüche begangen werden, mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung genommen werden muß.“

Die Lage des Drechslerkreises ist nach den Berichten, welche am Dienstag bei der Streikleitung eingegangen sind, folgende: Auf neue bewilligt haben acht Betriebe mit 23 Arbeitern, so daß die Zahl der Betriebe, welche bis jetzt bewilligt haben, 55 und die Zahl der zu den neuen Bedingungen beschäftigten Arbeiter 170 beträgt. Im Streik befinden sich noch 35 Werkstätten mit 129 Arbeitern. Die Forderungen sind also in der Mehrzahl der Betriebe durchgesetzt. In den übrigen Betrieben schweben zum Teil noch Unterhandlungen, die einen betrieblichen Ausgang erwarten lassen. Voraussichtlich werden auch mit der Vereingung der Drechslermeister noch im Laufe dieser Woche Verhandlungen stattfinden. Der bisherige Verlauf der Lohnbewegung kann nach alledem als ein günstiger angesehen werden.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Ist zu berichten, daß die Firma Glückauf in Friedenau sich mit der Organisation geeinigt hat und dem Verlangen der Arbeiter gerecht geworden ist. Auf Bahnhöfen außerhalb Berlins werden Arbeiter 30 M., Vorarbeitern 33 M., in der Stadt 27 resp. 30 M. Wochenlohn bezahlt. Für Nachtarbeit wird 45 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit bewilligt. Nebenzeit wird mit 60 Pf. Sonntagsarbeit mit 80 Pf. Stundenlohn vergütet. Für heizbare Aufenthaltsräume und Waschgelegenheit ist auch gesorgt. Die Arbeit wurde bereits aufgenommen; es kommen dort etwa 50–60 Mann in Frage, und wie es heißt, will die Firma noch weitere Leute einstellen. Der Verband ist demütigt, weitere Firmen zum Nachgeben zu bewegen und erwartet auch baldige Erfolge. Das kalte regnerische Wetter betrachten die Streikenden als guten Bundesgenossen in ihrem Kampfe. In ihrer Versammlung am Dienstagmorgen kam ein eigenartiger Vorschlag zur Abstimmung. Es handelt sich um eine große Mahlabung Kohlen am Urban-Hafen, die ein Fuhrherr mit Hilfe der Streikenden löschen wollte zum Schaden der Firma Schiele, die unter Strafe von 2700 M. dazu verpflichtet war, aber ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Der Klub liegt schon seit 14 Tagen im Hafen. Die Streikleitung überließ es der Versammlung, selbst die Entscheidung darüber zu treffen. Den Arbeitern schien die Sache aber nicht ganz klar; sie erklärten sich gegen alle derartigen Vorfälle und lehnten den Vorschlag einstimmig ab. — Nach verschiedenen Berichten haben die Unternehmer mit den Arbeitswilligen viel Schereereien und können selbst dringende Aufträge oft nicht erledigen. Vor der Firma A. V. Koch, die Arbeitswillige durch Vermittler sucht, wurde gewarnt. Vor dem Kohlenplatz der Firma Pauli kündigt ein großes Plakat an, daß Arbeiter gesucht werden; darin sehen die Streikenden ein Zeichen, daß Pauli mit den Arbeitswilligen nicht auskommen konnte, sondern nach seinem alten Arbeiterstamm verlangt. Die Streikenden sind noch wie vor fest entschlossen, auszuharren, bis ihre gerechten Forderungen berücksichtigt werden.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins! Die im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter organisierten Fahrer, Leitfahrer und Referentfahrer der Berliner Weibierbrauereien haben in ihrer Versammlung am 18. September beschloffen, eine Legitimationskarte einzuführen. Dieselbe ist von brauner Farbe und hat nur Gültigkeit, wenn sie allmonatlich abgestempelt ist. Wir ersuchen das konsumierende Publikum, besonders auch die freien Gast- und Schankwirte, darauf achten zu wollen, daß diejenigen Fahrer usw., welche ihnen das Bier zuführen, auch im Besitz genannter Karte sind.

Die Branchenleitung.

J. A.: G. Ködner, Engelauer 15, Zimmer 14.

Die in der Holzindustrie beschäftigten Hausdiener versammelten sich am Montagabend im Englischen Garten, vom Transportarbeiterverband zusammengerufen. Es galt, diese Arbeiter der Organisation zuzuführen, denn im Holzarbeiterverband hatte man erfahren müssen, daß die Hausdiener in den Betrieben der Holzindustrie gelegentlich zu Streikbrecherdiensten herangezogen wurden. Bernhard vom Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter referierte über das Thema: „Die Organisation als beste Waffe im Kampfe ums Dasein“. Er erklärte den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation für den Arbeiter, den Nutzen und die Bedeutung derselben und forderte sie auf, soweit sie nicht schon Mitglieder seien, dem Verbande beizutreten. Er nannte es eine Ehrensache für jeden Arbeiter, seinen Mitarbeiter bei einem Streik zu unterstützen, auf seinen Fall aber die Hände auf sich zu laden und Streikarbeit zu verrichten. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Man erwartete, daß dieser erste Versuch einer Organisation gute Früchte tragen wird, umso mehr als eine Regelung der Arbeitsverhältnisse unter den Hausdienern der Holzindustrie notwendig geworden ist, wie auch vom Referenten betont wurde.

Den Inhabern der Firma Max Lad in Straußberg ist das Vereinigungsbedenken ihrer Arbeiter ein Dorn im Auge. Nicht im offenen Kampfe mocht diese Firma ihren organisierten Arbeitern entgegenzutreten, weil sie in ihren eigenen Verkaufsgeschäften in Berlin wie anderen Städten auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist. Sie versuchte deshalb auf diplomatischen Umwegen zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Maske der Arbeiterfreundlichkeit vortäuschend, schenkte der neue Chef bei seinem Antritt 3000 M., um einen Unterhaltungsverein in seiner Fabrik ins Leben zu rufen. Der öffentlichen Agitation in Straußberg selbst war es möglich, die Gründung dieses Arbeitswilligengewerks in Frühjahr zu verhindern. Damals wich die Firma der öffentlichen Meinung gegenüber zurück, eingedenk dessen, daß sie auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist. Doch der Plan war gefaßt und die schlechte Konjunktur im Hochsommer schien geeignet, die Sache durchzuführen. Die Firmeninhaber selbst reisten ins Bad, und dem Vater, Herrn Conrad Lad in Burg, wurde diese Aufgabe überwiesen. Die Befähigung zu einem solchen Amte hat der Herr in seiner eigenen Fabrik in Burg bei Magdeburg nach dem verlorenen Kampfe 1894 erbracht, indem er das Koalitionsrecht seiner Arbeiter auf dieselbe Weise erdroffelte. Obgleich eine Fabrikkonferenz sich gegen die Gründung dieses Arbeitswilligengewerks wendete, wurde in einer in der Fabrik selbst veranstalteten Konferenz die Gründung beschloffen. In dieser Konferenz wurde Gegnern das Wort nicht gestattet. So kam dieser Arbeitswilligengewerks unter dem Mißbrauch der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Kapitals zustande. Noch sind etliche in der Fabrik, die diesem Trübe widerstanden. Einer dieser Arbeiter wurde vergangene Woche nach zweijähriger Tätigkeit bei der Firma Lad entlassen, selbstverständlich nur wegen „Arbeitsmangel“. Die Firma Lad darf von der Berliner Arbeiterschaft nicht erwarten, daß sie diese diplomatische Untermittelungsarbeit des Koalitionsrechtes bei einer Firma, welche auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist, ruhig hinnehmen wird.

Die Angestellten der Paketfahrtgesellschaft haben viel zu klagen über die Behandlung, der sie ausgesetzt sind. Niemand darf in den Geruch kommen, daß er etwa den Transportarbeiterverband begünstigt. Beim Antritt der Stellung muß der Arbeiter einen Dienstvertrag unterzeichnen, der viel von Pflichten, nichts von Rechten der Angestellten enthält; ein Exemplar des unterschriebenen Vertrages wird dem Arbeiter nicht ausgehändigt. An „Strafen“ und Ansprüchen der Firma auf „Schöndenerlohn“ fehlt es nicht. Die Firma ist gesichert durch die gestellte Kaution des Arbeiters (oftmals ein Sparlößchenbuch). Diese Kaution muß als Deckung dienen für alle möglichen Forderungen von angerichteten Schäden, und das macht besonders viel böses Blut unter den Arbeitern, die sich oft benachteiligt fühlen. Groß ist die Sorge der Firma Starke u. Co. vor einem neuen Streik. Dem soll vorgebeugt werden und darum legt man jetzt den Arbeitern einen Revers zur Unterzeichnung vor, durch welchen sie sich damit einverstanden erklären, daß sie nicht dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter angehören dürfen und daß sie bei dem Versuch in einen Streik zu treten, 50 Mark Strafe verwirklicht haben, die ihnen von der Kaution abgezogen werden kann. Bei solchen Maßnahmen muß es schließlich jedem Arbeiter klar werden, daß sein einziger Schutz gerade in der Organisation liegt, die so bitter befehdet wird und vor welcher der Arbeiter so eindringlich gewarnt wird. Trotz aller Verbote wird der Verband auch da Mitglieder werden und finden, wo man ihn als Teufel an die Wand malt.

Deutsches Reich.

Opfer des letzten Buchbinderkreises. Obwohl seit der Besetzung des Streiks bereits zwei Monate vergangen sind, befinden sich noch 284 Personen, darunter 113 weibliche außerhalb der Betriebe. Diese werden selbstverständlich vom Deutschen Buchbinderverband unterstützt. Das sind außerordentliche Ausgaben der Verbandskasse, die ohnehin durch die lange Dauer des Streiks und die hohe Zahl der Streikenden tüchtig mitgenommen wurde. Es bleibt deshalb,

und weil die Kollegenschaft in der Provinz sich bereits in 25 Zahlstellen zur Lohnbewegung rüftet bezw. sich bereits in einer solchen befindet, die am 1. Juli eingeführte Extrasteuer vorläufig bestehen. Da die Sammlung innerhalb der Kollegentreise durch Sammellisten keinen nennenswerten Beitrag erbrachte, ist die Erhebung der Extrasteuer um so notwendiger. Da sie in nächster Zeit der Provinz dadurch zugute kommt, daß die Lohnbewegungen damit betrieben werden, erwartet der Verbandsvorstand, daß die Extrabeiträge bis auf weiteres allerorten von der Kollegenschaft willig und pünktlich geleistet werden.

Der Streik im Eisenwerk Kaiserslautern dauert unverändert fort. Die Brückenbauten, welche das Eisenwerk in Mühlheim a. Rh. und Mannheim-Neckarau ausführt, sind ebenfalls am Streik beteiligt. Es wird versucht, Arbeiter an diese Brückenbauten zu locken, indem man ihnen erklärt, sie kämen zu einer anderen Firma. Wir ersuchen hiermit, Zugang nach obigen Orten streng fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Kaiserslautern.

Keine Generalausperrung in Köln.

Ein Privattelegramm meldet uns: Köln, 18. September. Die angekündigte Bauarbeiter-Generalausperrung findet nicht statt. Da die Unternehmer bedeutende Zugeständnisse machten, beschloffen die Glaser, Vaukempner und Dagededer die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Unternehmer zogen darauf ihren Ausperrungsbeschluss zurück.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Königsberg dauert fort. Am Montag früh 6 Uhr fand im Festsaal eine Versammlung der Ausständigen statt und da konnte bekannt gemacht werden, daß sich alle zur Kontrolle rechtzeitig gemeldet. Bis zur Stunde ist noch nicht ein Arbeiter, der in den Streik trat, arbeitswillig geworden. Neue Verhandlungen sind bisher von keiner Seite angebahnt worden, jedoch steht zu erwarten, daß es im Laufe dieser Woche dazu kommt.

Abgeblüht.

Der Hah gegen die Arbeiterorganisation hat die Direktion der Ziegelei in Oberdorf im Allgäu nicht nur veranlaßt, den Vorstehenden der organisierten nichtgewerblichen Arbeiter in der ganzen Stadt brotlos zu machen — man ging auch zu dem Hausbesitzer und bot ihm eine beliebige Entschädigung, wenn dieser den „Heber“ aus dem Hause setze. Der Hausbesitzer aber, ein Mann von Ehre, hörte den Herren ruhig an und warf dann nicht den „Heber“, sondern den Abgesandten der Direktion zum Haus hinaus.

Der Schanplatz einer Revolver-Affäre

vor gestern abend 7 Uhr das Haus Biondistrasse 50. Dort wurde der Portier Wilhelm Ramin von dem Zubälter Emil Heß durch einen Revolverschuß getötet. Wir erfahren hierüber folgendes: Heß, ein Mann von 50 Jahren, wohnte mit einer Prostituierten im Keller des bezeichneten Hauses und war schon seit längerer Zeit mit Ramin, der im ersten Stock mit seiner Familie eine Wohnung inne hatte, verfeindet. Der Zubälter hatte schon wiederholt Hausbewohner bedroht und auch noch in der vorletzten Nacht auf dem Hofe des Grundstücks zwei Revolvergeschosse abgegeben. Infolgedessen wandte sich gestern mittag der Hausverwalter an das zuständige Polizeirevier mit dem Ersuchen, den gemeingefährlichen Menschen zu verhaften. Es wurde ihm jedoch erwidert, daß zu einer Verhaftung kein Grund vorliege, weil Heß noch kein Unheil angerichtet habe. Als nun gestern gegen Abend ein Fremder auf dem Hofe erschien, um bei dem dort wohnenden Fuhrmann Schmidt Erlaubnisse über einen Möbeltransport einzuziehen, wurde er von dem Zubälter in gräßlicher Weise belästigt. Der hierbei entstehende Lärm lockte auch den Portier an das Fenster, dem von Heß zugerufen wurde: „Wenn ich Dich kalt machen soll, so komm herunter!“ Unvorsichtigerweise kam auch Ramin herunter, ja er ergriff sogar eine Futtertiefe und warf sie die Kellertreppe hinunter, weil sich der Zubälter in den Keller zurückgezogen hatte. Im selben Augenblick trachte ein Schuß und der Portier sank in die Brust getroffen, bewußlos nieder. Er wurde zwar sofort auf einem Möbelwagen nach der Unfallstation in der Rosanien-Allee gebracht, doch verstarb er dort bei seiner Einlieferung. Der Erschossene hinterläßt Frau und zwei Kinder. Der Täter wurde bald darauf in seiner Kellertwohnung festgenommen. Er hat sich bereits einmal in der Irrenanstalt Dalldorf befunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

20 000 Hektar Wald zerstört.

Cannes, 18. September. (W. S.) Große Waldbrände sind in der Nähe von Cannes ausgebrochen. In einigen Stunden breitete sich das Feuer auf eine Strecke von 30 Kilometer aus. Ueber 20 000 Hektar Waldungen sind zerstört. Die Einwohner mußten die Ortschaften in aller Eile räumen und ihre Habsgüter in Stich lassen. Feuerwehr und Militär bekämpfen das Feuer.

Requirierung von Munition.

Petersburg, 18. September. (W. S.) Aus Saku meldet die „Kafpi“, daß am 10. d. M. um 4 Uhr nachmittags von dem dortigen Pulverturm, welcher in einiger Entfernung sich auf einer Insel befindet, drei Signale gegeben wurden, indem Raketen aufstiegen. Raketen und Infanterie, welche sofort dorthin geschickt wurden, erfuhren folgendes: Um 8 Uhr nachmittags hätten unbekannte Täter, die mit einem von der Wachmannschaft im Einverständnis waren, die ganze, 14 Mann zählende Wachmannschaft entwandt und aus den Kellern große Mengen von Pulver, Munition und Explosivstoffen geraubt. Daraus seien sie mit drei Mann der Wache geflohen. Wie verlautet, sollen sie nach Wibi-Ebat geflüchtet sein. Die übrigen Wachmannschaften wurden verhaftet.

Während eines Sturmes gestrandet.

London, 18. September. (W. T. A.) Ein Telegramm, das „Lloyds Agency“ aus Hongkong über Unfälle deutscher Dampfer während des Taifuns in den chinesischen Gewässern erhalten hat, meldet: Dampfer Johann (87) wurde, um Sinken zu verhindern, auf Sand gesetzt; Dampfer Apentade, der sich in sinkendem Zustande befand, gab Signale und lief auf. Prinz Waldemar erlitt Beschädigungen, über deren Umfang noch nichts bekannt ist. Dampfer Petrosch ist gestrandet, ebenso Dampfer Emma Luzen.

Das Unwetter hat außerdem noch eine große Anzahl Menschenleben vernichtet. Eine Depesche aus New York meldet, daß durch den Taifun etwa hundert Menschen ums Leben gekommen seien und ungeheurer Schaden angerichtet worden sei.

Ein schweres Eisenbahnunglück.

New York, 18. September. (W. T. A.) Bei Dover, im Territorium Oklahoma, karrte heute ein Zug der Rock-Island-Bahn zum Teufel in den Cimarron-Fluß. Nach den vorliegenden Meldungen sollen dabei über hundert Personen ertrunken sein.

Die Breslauer Polizeischlacht vor Gericht.

(Telegraphischer Bericht. — Unter. Nachr. verb.)

Hg. Breslau, 18. September.

Unter großem Andrang des Publikums, das zu seinem überwiegenden Teile aus Arbeitern besteht, begann heute früh im großen Schwurgerichtssaale die Verhandlung. Den Vorsitz in der Strafammer führt Landgerichtsdirektor Billing, als Referent fungiert Landrichter Hlond, die öffentliche Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Dr. Hensel. Die Angeklagten werden, soweit sie im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, von den Rechtsanwältinnen Justizrat Kamroth, Simon und Justizrat Hein vertreten, die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts von deren Syndikus Weizmann. Die Platzierung der zahlreichen Angeklagten bot nicht geringe Schwierigkeiten. Da Anklagebank und Bewährungsbank nicht genug Platz boten, hat man die vorderen Reihen des schon ohnehin nicht geräumigen Zuhörerraumes als Anklagebank genommen. Am jedoch eine Verständigung der Angeklagten mit ihren als Zuhörern anwesenden Arbeitskollegen zu verhindern, ist zwischen der letzten Reihe der provisorischen Anklagebank und der ersten Zuhörerreihe noch ein Zwischenraum freigemacht worden.

Ursprünglich wurde wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs gegen nahe an 150 Arbeiter die Voruntersuchung eingeleitet, die der aus dem Sonderprozeß bekannte Untersuchungsrichter Fiske führte. Gegen 65 Beschuldigte wurde aber die Anklage sehr bald gänzlich fallen gelassen, weil sich ihre Beteiligung an Ausschreitungen nicht erweisen ließ, und wegen der genannten schweren Delikte ist sie überhaupt nur gegen den „Kaiserdelegierten“ Hirsch aufrecht erhalten worden, der sich in der nächsten Schwurgerichtsperiode vor den Geschworenen zu verantworten haben wird. — Hirsch war bekanntlich der Sprecher der Arbeiterdeputation, die dem Kaiser bei seiner vorletzten Anwesenheit in Breslau vorgestellt wurde und an die er eine vielbeachtete und oft zitierte Ansprache hielt.

Gegen die 48 Angeklagten, über die heute verhandelt wird, geht die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufbruch, öffentliche Beleidigung, Nötigung und Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Unter den vorgeladenen Belastungszeugen befindet sich der Polizeihauptmann Koll, der am 10. April die Breslauer Schuhmannschaft befehligte, viele Schuppleute und zahlreiche Arbeitswillige.

Beim Aufbruch der Angeklagten, unter denen sich auch zwei Frauen und zwei Minderjährige befinden, stellt sich heraus, daß zwei der Angeklagten fehlen. Es soll eventuell ihre Vorführung angeordnet werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Beobachtung der Angeklagten ist ein Schuhmannsaufgebot

von 1 Wachtmeister und 5 Schuppleuten im Gerichtssaal anwesend. Hinter dem Richtertisch hat Oberlandesgerichtspräsident Dr. Vierhaus und Landgerichtspräsident v. Staff Platz genommen. Die Prozeßakten haben einen so gewaltigen Umfang, daß zu ihrer Unterbringung auf dem Platz neben dem Vorsitzenden ein Schrank mit 29 Fächern aufgestellt werden mußte. Die Feststellung der Personalität der Angeklagten nimmt geraume Zeit in Anspruch; nur die wenigsten sind vorbestraft, die meisten noch unbescholten.

Die Vernehmung der Angeklagten

beginnt bei dem Angeklagten Michael Adam, der Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts ist. Vorf.: Also Sie haben die Arbeit damals auch niedergelegt? — Angekl.: (zögernd): Wir mußten ja. — Vert. Justizrat Hein: Es handelt sich ja um keine Arbeitsverweigerung, sondern um eine Aussperrung. — Vorf.: Also man hat von Ihnen verlangt, daß Sie höheren Lohn beanspruchten sollten? (Heiterkeit bei den Angeklagten und Zuhörern.) — Angekl.: Nein, im Gegenteil. — Vorf.: Bewegen wurden Sie denn ausgesperrt? — Angekl.: Das weiß ich ja selbst nicht. Ich bin ja nur im Gewerkschaft. — Vorf.: Nun, vielleicht weiß der nächste Angeklagte Bescheid. — Angekl. Beech, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, erzählt darauf, daß die Former in der Maschinenbauanstalt um Lohnhöhung gestreikt hätten, und weil sie die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufnehmen wollten, die Metallindustrie alle organisierten Arbeiter ausgesperrt hätten, sowohl die Mitglieder des freien Verbandes, wie die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen. — Vert. Kamroth: Aber mit Ausnahme der Mitglieder des katholischen Arbeitervereins. — Vert. Hein: Ich halte weiter für wichtig, zu konstatieren, daß die Angeklagten größtenteils gar nicht gewußt haben, weshalb sie ausgesperrt worden sind. Die ihnen zur Last gelegten

Beschimpfungen und Beleidigungen Arbeitswilliger

— die Angeklagten sollen nach der Anklageschrift die Arbeitswilligen Pöbeln, Lumpen, Schulte, Schweinehunde, Blamäse, Heringsbändiger, Elefanten genannt und einige Angeklagte sie angespuckt haben — bestritten die Angeklagten sämtlich. Bei ihrer Vernehmung hierüber ergeben sich einige heitere Szenen. Der Angeklagte Gerlach sucht die belästigende Auslage eines Arbeitswilligen dadurch abzuwehren, daß er das ihm behauptet, er sei immer „im Schlaf“. — Vorf.: Was soll denn das heißen? — Angekl.: Er speit getn einen. — Vorf.: Also Sie meinen, er war betrunken? — Angekl.: Ja. — Auf die Frage, wie er dazu gekommen sei, einen Arbeitswilligen Elefanten zu nennen, erklärt der Angeklagte Kossch, der Arbeitswillige habe überall verstreut, er stehe unter dem Pantoffel und müsse den Kinderwagen schieben. Das sei natürlich nicht wahr, versichert Kossch nachdrücklich dem Vorsitzenden unter allgemeiner Heiterkeit.

Heiterkeit erregt auch die Vernehmung des Angeklagten Heinrich Adam, der in dem Prozesse haktiert, daß er kaum ein Wort herausbringen kann, die Arbeitswilligen aber laut und gröblich beschimpfen sollen.

Der Hebeamme Raabe, einer der beiden weiblichen Angeklagten, wird vorgeworfen, das Vorgehen der Schuhmannschaft mit blanker Waffe auf dem Striegauer Platz gemein und roh genannt zu haben. Die Angeklagte gibt an, daß sie gesehen habe, wie 5—6 Schuppleute über ein ruhig seines Weges gehendes älteres Ehepaar hergefallen wären und auf den Mann eingeschlagen hätten.

Vorf.: Wenn sich das wirklich so abgespielt hat, wäre ja Ihre Entrüftung berechtigt

Hierauf tritt eine längere Pause ein. Der Arbeiter Sturm soll nach der Anklage auf dem Striegauer Platz „das Bestreben dokumentiert haben“, den Platz nicht zu verlassen. — Angekl.: Ich hatte Streitposten gestanden und die Aufforderung des Kommandeurs der Schuhmannschaft, den Platz zu verlassen, überhaupt nicht gehört. Ich soll ja nach der Anklage auch die Hochwohlblütliche Polizei ausgelacht haben. Das kann aber nicht sein, denn ich habe mich von jeder dazumal gewandt, nur eine erste Miene zur Schau zu tragen. (Heiterkeit.) — Der Angeklagte Schneider soll auf einen Schuhmann mit einem gekrümmten Messer losgehört sein. „Das ist die größte Lüge, die je erdacht worden ist“, ruft er entrüstet aus. — Ein weiterer Arbeiter Täsche soll dem Pferde eines Schuhmanns in die Hügel gefallen sein und mit der Faust auf den Hals des Pferdes geschlagen haben. Angekl.: Ich habe ja 5—6 Meter von dem Vorfall weg gestanden und hätte ja über die ganze Menge hinweggehen müssen, um zu dem Pferde des Schuhmanns zu kommen. So lange Arme habe ich nicht. (Heiterkeit.) — Der minderjährige Angeklagte Schimpf macht noch einen ganz kinderhaften Eindruck.

Gegen ihn hat der Breslauer Polizeipräsident Dr. Wienlo

Strafantrag wegen Beleidigung

der Breslauer Polizei gestellt, weil er auf dem Striegauer Platz gesagt haben soll: „Die Schuppleute sind heute wohl alle verrückt.“ Der Junge bestreitet eine solche Äußerung. — Am Nachmittag wurde die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt. Hervorzuheben wäre noch, daß 12 Angeklagte Verletzungen auf dem Striegauer Platz davongetragen haben.

Zeugenernehmung

Erster Belastungszeuge ist der Arbeitswillige Niedergesäß. Ihm soll der Angeklagte Köpcke an die Wade gespuht haben. Köpcke bestreitet das entschieden. Das Verfahren gegen ihn wird auf Gerichtsbescheid vertagt, weil über sein Verhalten neue Zeugen vernommen werden sollen. — Vorf.: Zeuge, haben Sie Strafantrag gestellt? — Zeuge: Nein! — Vorf.: Wollen Sie, daß Köpcke wegen seines Benehmens gegen Sie bestraft wird? — Zeuge: Nein! — Vorf.: Warum denn nicht? — Zeuge: Er hat ja Frau und Kinder.

Das weitere Zeugenerhör wird auf morgen vertagt. Den Verhandlungen wohnte im Auftrage des Breslauer Polizeipräsidenten Polizeinspektor Finger bei.

Soziales.

Der Magistrat von Berlin im Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Den Magistrat von Berlin scheint der Ruhm verschiedener Aufsichtsbehörden nicht schlafen zu lassen, die diese sich in, freilich vergeblichem Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen erworben haben. Der Magistrat hat gegen 18 Vorstandsmitglieder der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker Klage auf Niderhaltung von Beiträgen angestrengt, die durch Delegationen zu dem vorbereitenden Ausschuss zum allgemeinen deutschen Wohnungslongeh in Frankfurt a. M., zu der Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, die im August 1905 in Dresden tagte, sowie zu dem Anfangs Oktober 1905 in Paris abgehaltenen internationalen Tuberkulosekongress entstanden sind. Der Termin steht am 3. Oktober vor der Zivilkammer des hiesigen Landgerichts an. Die Klage stützt sich auf eine besonders engbrüstige Auslegung des § 29 des Krankenversicherungsgesetzes. Der Kommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen, Fribel, hat am 16. Dezember 1903 unter Hinweis auf Erlasse des Handelsministers vom 24. März 1895 und 14. Oktober 1903 den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen die Inanspruchnahme von Kassengeldern für die Kosten von Kongressen unterlag. Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker hat trotzdem — dem Gesetz entsprechend im Interesse des Zweckes der Kasse und seiner Mitglieder — in den Vorstandssitzungen vom 30. November 1903, vom 17. Juli 1905 und vom 30. August 1905 die Bewilligung von Kassengeldern zur Teilnahme an den Kongressen beschlossen. Es handelt sich um insgesamt 529,75 M.; der Jahresbeitrag der Kasse beträgt 24 bis 4 Millionen Mark. Der Magistrat hatte zunächst den Vorstand zur Rückzahlung aufgefordert, und als dieser dies Ansuchen zurückwies, der Generalversammlung aufgegeben, die Vorstandsmitglieder event. im Klagewege in Anspruch zu nehmen. Die Generalversammlung hat jedoch am 30. April 1906 abgelehnt, einen Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder anzustrengen, vielmehr das Vorgehen der Vorstandsmitglieder vollkommen gebilligt.

Der Magistrat glaubt auf Grund des § 45 Abs. 5 zur Anstrengung seiner Klage berechtigt zu sein. Der § 45 Abs. 5 bestimmt:

„Solange der Vorstand oder die Generalversammlung nicht zustande kommt oder die Organe der Kasse die Erfüllung ihrer gesetzlichen oder statutenmäßigen Pflichten verweigern, kann die Aufsichtsbehörde die Befugnisse und Obliegenheiten der Kassengorgane selbst oder durch von ihr zu bestellende Vertreter auf Kosten der Kasse wahrnehmen.“

Da ein von den Selbstverwaltungsgorganen ordnungsmäßig gefaßter Beschluß zur Veranschlagung der Gelder, deren Rückzahlung der Magistrat verlangt, vorliegt, so kann verständiglicherweise von einer Verweigerung der Erfüllung der gesetzmäßigen oder statutenmäßigen Obliegenheiten der Kasse nicht gesprochen werden. Der Magistrat dürfte mithin schon formell zur Anstrengung der Klage nicht legitimiert sein. Die Klageerhebung stellt sich nicht als die Ausübung von Befugnissen einer Aufsichtsbehörde, sondern als die Annahme des Rechts dar, die von den Organen der Selbstverwaltung ausgeübten Rechte aufzuheben und die Organe zur Unterlassung ihrer Pflicht zu veranlassen. Wollte der Magistrat die durchaus ordnungsmäßigen Beschlüsse, auf Grund deren die Beschickung der Kongresse erfolgt ist, anfechten, so stand ihm das und der Kasse sodann das Verwaltungsrechtverfahren frei. Die Beschlüsse sind mit Recht nicht beanstandet, nicht angefochten, die Zahlung der Kongresskosten war daher eine Erfüllung gesetzlicher und statutenmäßiger Obliegenheiten der Kasse. Mit Recht hat der Vorstand und die Generalversammlung es abgelehnt, gegen das Gesetz und gegen das Statut die Rückforderung zu verlangen. Der Magistrat ist mithin zur Klage nicht legitimiert; die Klage, die er seiner Klage aus dem § 45 Abs. 5 zur Stütze geben will, hält nicht.

Aber nicht die formelle, sondern die materielle Seite ist die Hauptsache, derenwegen der in der Anstrengung der Klage liegende schwere Angriff gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufs härteste zu verurteilen ist. Der Magistrat vertritt die rüchständigte Ansicht, die sich überhaupt über den § 29 des Krankenversicherungsgesetzes bilden läßt. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht unter dem 13. April 1905 eine Klage der Ortskrankenkasse der Kaufleute abgewiesen, die verlangte, daß statutarisch festgelegt werden sollte, der Vorstand solle berechtigt sein, für solche Kongresse und zur Förderung der Wohnungsfürsorge Aufwendungen bis zu 15 000 M. jährlich zu machen. Aber selbst in dieser von uns bereits besprochenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wird anerkannt, daß es zur Leistung von Aufwendungen, die als Verwaltungskosten zu beurteilen sind, nicht erst der besonderen statutarischen Ermächtigung bedürfe. Demnach ist selbst nach dieser Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts von Fall zu Fall zu entscheiden, ob solche Ausgaben sich im Rahmen der Verwaltungskosten halten. Wir dürfen daran erinnern, daß eine Reihe von Behörden und Gerichten als zweifellos im Interesse der Kassen und dem Gesetz entsprechend legend die Veranschlagung von Mitteln für solche Kongresse erachtet hatten. So heißt es, wie immer hervorgehoben sei, in der vom Landgericht Bielefeld unter dem 22. Mai 1905 gefällten Entscheidung vom 10. November 1904:

„Bei der Wichtigkeit, die den Krankenkassen im Gesamtrahmen unserer Arbeiterschutzelageung zukommt, ist es von größter Bedeutung für die zweckmäßige Tätigkeit der Kassen, daß das Bestreben für die Zwecke und die Aufgaben der Kassen unter den Mitgliedern geweckt und gefördert, sowie daß gerade die Vorstände der einzelnen Kassen über die Lage der Gesetzgebung und über andere aktuelle, das Kassenswesen betreffende Fragen unterrichtet und auf dem Laufenden erhalten werden. Ohne Zweifel ist aber die Beschickung wichtiger Kongresse sehr geeignet, hierzu beizutragen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Größe der Kasse nach der Zahl der Mitglieder und dem Umfang ihres Vermögens sowie die jedesmalige Vermögenslage der Kasse die Verwendung

der Gelder für diese Beschickung zu den aufgewendeten Beiträgen als angemessen erscheinen lassen.“

Es sei ferner an die Entscheidung der Bayerischen Regierungskammer des Innern zu Speyer vom 1. April 1905 erinnert, in der es wörtlich heißt:

„Es besteht keine Erinnerung dagegen, wenn durch Beschluß der Generalversammlung die Kosten von 101,40 M., welche durch Entsendung von Abgeordneten zu der in München stattgehabten Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen Deutschlands sowie zu dem 4. pfälzischen Krankentag in Neustadt a. S. erwachsen sind, auf die Ortskrankenkasse zu Zwecken übertragen werden.“

Auch das Oberlandesgericht in Hamburg hat, wie wir am 13. März im Anschluß an den Bericht über die Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hervorhoben, unter dem 28. November 1904 die Zulässigkeit der Verwendung solcher Ausgaben anerkannt.

Selbst wenn man aber der völlig verkehrten Auffassung des Magistrats beitreten wollte, daß Kassen nicht berechtigt seien, wozu sie nach verständiger Ansicht verpflichtet sind, wichtige Kongresse zu beschicken, würde doch eine Klage seitens einer Verwaltung zu unterlassen sein, die noch einen Rest von Achtung für Selbstverwaltung sich bewahrt hat. Ein harter Schuß der Krankenkassen gegen Eingriffe in ihre Rechte ist dringend erforderlich.

18 Jahre lang Kampf um eine Unfallrente.

Im März 1888 zog sich der damals 29jährige Zimmerer Wilhelm Glogow in Schöneberg beim Abladen von Lasten im Lustgarten in Berlin zu einem schon vorhandenen linksseitigen Leistendruck unter weiterer Verletzung desselben einen rechtsseitigen Leistendruck zu. Im April darauf erfolgte dann in der Charité eine Operation des linken Bruches. — Die verletzte Nordöstliche Dampferwerkzeug-Verwertungsgenossenschaft wies durch Bescheid vom 29. Mai 1888 seine Ansprüche ab. Durch Schiedsgerichtsentscheidung vom 14. Juli 1888 erhielt der Verletzte die volle Rente zugesprochen. Sie wurde aber dann von der Genossenschaft nach Lieferung eines passenden Bruchbandes auf 20 Prozent herabgesetzt, auf eingelegte Verurteilung vom Schiedsgericht durch Urteil vom 20. Oktober 1888 aber auf 40 Prozent festgesetzt wurde, zahlbar vom 4. August 1888 „bis auf weiteres“.

Auf Grund eines Gutachtens des Dr. Golobiewski vom 14. Januar 1889, in welchem von einer „wesentlichen Besserung“ die Rede ist, wurde daraufhin seitens der Genossenschaft am 2. März 1889 die Entschädigung auf 20 Proz. der Vollrente herabgesetzt. Die hiergegen eingelegte Verurteilung wurde durch Urteil vom 25. Mai 1889 vom Schiedsgericht zurückgewiesen.

Die Leidensgeschichte des im Dienste des Kapitals zum Krüppel gewordenen und um seine Rechte kämpfenden Zimmerers nahm volle sieben Jahre hindurch nach dem ersten Unfalljahre ihren Fortgang. Wir haben nur einige Punkte hervor. Wer da weiß, welchen Untersuchungen ein Unfallverletzter sich aussetzen muß, vermag den nicht durch neue Bescheide und Urteile belegten Verletzungen und Entbehrungen nachzufühlen.

Auf erneute Anträge Glogow um Erhöhung wegen Verschlimmerung seines Leidens hatte unterm 12. Oktober 1891 der oben genannte Dr. Golobiewski begutachtet, daß eine „wesentliche“ Veränderung des Invaliditätsgrades nicht eingetreten sei.

Zehn Jahre hindurch vom letztgenannten Datum ab ging Glogow seinem schweren Zimmermannsberuf nach, und nur seiner kräftigen Körperkonstitution dürfte es zuzuschreiben sein, daß das Leiden — unterbrochen von häufigen, damit gewiß in Verbindung stehenden anderen Krankheitserscheinungen, die ihn oft zum zeitweiligen Aussetzen der Arbeit veranlaßten — sich nicht zur völligen Erwerbsunfähigkeit verschlimmerte. Auf weiteren Antrag Glogow mit der Motivierung, daß er in seinem Beruf schwere Arbeiten überhaupt nicht mehr verrichten könne, zurzeit auch nur mit sogenannten Schwarzarbeiten bei abwechselndem Verdienste beschäftigt sei, hatte das Schiedsgericht in seinem Urteil vom 6. Februar 1902, gestützt auf ein Gutachten des Kreisarztes Dr. Köhler, wiederum eine Erhöhung der Rente abgewiesen. Nach dem Befehde des genannten Gutachters „leidet Glogow an einem doppelseitigen Leistendruck, und zwar an einem linken, noch nicht einmal vollständig ausgebildeten rechtsseitigen, während der linke, von der Größe einer kräftigen Mannesfaust, tief in den Hodensack hinabreicht. ... Dieser Druck wird auch zurzeit und in Zukunft ebensowenig wie früher durch ein passendes Bruchband zurückgehalten werden können, doch ist eine Verschlimmerung nicht sobald zu befürchten. ...“ Der Refus an das Reichsversicherungsamt war zunächst von Erfolg. Nach Untersuchung und einer eintägigen Beobachtung in der Charité wurde auf Grund des Attestes des dirigierenden Arztes der chirurgischen Abteilung Professor Dr. Köhler und des Assistenzarztes, Stabsarzt Dr. Graf, der Anspruch auf 50 Prozent erhöht, beginnend mit dem 30. November 1901. Dieses letztere Gutachten, das genau ein halbes Jahr später als das letztgenannte erstattet wurde, spricht bereits von einem „linksseitigen“ Druck, der durch das in Gebrauch befindliche Bruchband nicht genügend zurückgehalten werden könne. ...“ Jedoch kam auch hierbei trotzdem zum Ausdruck, daß ein neues Bruchband, das den gestellten Anforderungen besser genügen würde, immerhin eine nur 20prozentige Rente rechtfertigen würde, jedoch mit Rücksicht auf die Zeit der Gewöhnung an das jedenfalls sehr fest sitzende und die Erwerbsfähigkeit momentan beeinträchtigende neu zu beschaffende Band 50 Prozent geboten erscheine.

Der nun glaubt, daß mit der in diesem Sinne getroffenen Entscheidung des Reichsversicherungsamts die Sache endlich erledigt und die Genossenschaft zur Einräumung ihrer Entschädigungspflicht gelangt sei, befindet sich im Irrtum. Ein Jahr lang blieb Glogow im Genusse dieser 50 Proz. Inzwischen war dem letzteren von der Genossenschaft ein neues Bruchband geliefert und damit zugleich der Antrag auf Herabminderung der Rente auf 20 Proz. gestellt worden. Und wiederum gestützt auf ein Zeugnis des bereits erwähnten Kreisarztes Dr. Köhler, trotzdem festzustellen war, daß der Verletzte auf dem Heimwege nach der Untersuchung durch das Tragen des neuen Bruchbandes zusammengebrochen und die Hälfte der Invalidität hat in Anspruch nehmen müssen, wurde durch Entscheidung des Schiedsgerichts vom 16. Dezember 1902 dem unglücklichen Rentenempfänger die Entschädigung auf 30 anzig Prozent gekürzt. Es beginnt der Kampf um sein gutes Recht aufs neue. Nach einer weiteren Untersuchung durch den dem Verletzten zugewiesenen Dr. Mothenburg, welcher eine Verschlechterung des Bruchleidens nicht zu konstatieren vermochte, wurde vom Reichsversicherungsamt am 7. April 1903 der Anspruch auf 33 1/2 Prozent erhöht. Und diesmal wurde festgestellt, daß das ärztliche Attest empfohlene und gelieferte neue Bruchband nach dem Gutachten anderer Sachverständiger, unter anderem des Dr. Simonsohn und des Dr. Rabnow in Schöneberg, unvollkommen ist. Wie trotzdem ein Familienvater mit 276 M. 67 Pf. jährlich bei der Unmöglichkeit einer noch so leichten Beschäftigung existieren könne, da jeder Arbeitgeber sich hüten, einen mit einem so schweren körperlichen Leiden behafteten Javaliden in Arbeit zu nehmen, bleibt ein Geheimnis.

Da sich Glogow mit dem letzten Urteil nicht zufrieden geben durfte, überließ durch einen am 4. September 1904 erlittenen Sturz von einer Leiter sein Zustand sich noch verschlimmern hatte, beantragte er, gestützt auf ein Gutachten des Dr. Abder in Schöneberg, im Zusammenhang mit dem früheren und dem jetzigen Unfall eine Rente von 66 2/3 Proz. Vom Reichsversicherungsamt wurde dieser Refus am 3. November 1905 zurückgewiesen; maßgebend war ein weiteres Gutachten des Vertrauensarztes des

Schiedsgericht, Dr. Engel, in welchem gelangt wurde, daß der linksseitige Reißbruch die Größe „etwas über Mannesfaust“ beträgt. Auf erneuten Antrag beim Schiedsgericht vom 15. Februar 1906 hat dasselbe in der Sitzung vom 6. Juli 1906 endlich die Genossenschaft verurteilt, dem Kläger vom 17. Februar 1906 ab eine Teilrente von 66 2/3 Proz. zu gewähren. Da auf Einlegung eines weiteren Rekurses seitens der Beklagten verzichtet wurde, ist endlich der volle 18 Jahre dauernde Kampf zum Abschluß gelangt.

Freilich erhält Glegow mindestens 1/2 weniger, als er seit achtzehn Jahren erhalten hätte, wenn er als Richter durch Verschuldung eines Dritten zu Schaden gekommen wäre. Er kann nun aber hoffen, des Nerden und Gesundheit zersetzenden Kampfes endlich überhoben zu sein.

Zur Trinkgeldfrage.

Der Verband deutscher Hoteldiener hat statistische Feststellungen veranlaßt, die das Abhängigkeitsverhältnis der Hoteldiener zu den Besessenen zeigen. Die Hoteldiener erhalten bekanntlich ebenso wenig oder noch seltener von den Hotelbesitzern eine feste Bezahlung als die Kellner; sie sind für ihre schwere, oft zwanzigstündige Arbeitszeit lediglich auf die Trinkgelder der Reisenden angewiesen. Ja, viele Hoteldiener müssen sogar an den Hotelbesitzer nach einer Art Pacht für ihre Stellung bezahlen. Es versteht sich ferner am Rande, daß der Hoteldiener seiner „Herrlichkeit“ auch die eigenen Stiefel und Kleider umsonst zu reinigen hat. Im festzustellen, wie weit das Verlangen der Hotelbesitzer in dieser Beziehung gehe, hat der Verband deutscher Hoteldiener Fragebogen an seine Mitglieder versandt. Diesen wurde die Frage gestellt, wie viele Hoteldiener täglich ihre eigenen Stiefel und Kleider reinigen lassen, ob sie dafür überhaupt oder wieviel sie dafür bezahlen. Aus 106 Städten des Deutschen Reiches sind insgesamt 589 Fragebogen eingegangen. Danach reinigen täglich 494 Hoteldiener 1129 Paar Stiefel und 53 Hoteldiener 212 Anzüge für den eigenen Bedarf der Unternehmer, und nur 58 Mann erhalten Entschädigung, während 94 von der Arbeit des Reinigens befreit sind. Diese 58 Mann reinigen täglich 187 Paar Stiefel und 32 Anzüge. Es bleiben also 436 Hoteldiener übrig, die täglich 942 Paar Stiefel und 180 Anzüge für den Unternehmer reinigen, ohne nur einen Pfennig bares Geld als Entschädigung zu erhalten. Aber sie erhalten nicht nur keine Entschädigung, sondern sie müssen noch ihr Handwerkszeug (Crems und Bürsten) stellen. Nur zwei Hoteldiener erhalten Creme geliefert. Rechnet man diese Ziffern im Jahre, so ergibt das eine Summe von 343 890 Paar Stiefel und 29 200 Anzüge. In einem Falle wird berichtet, daß der Unternehmer seine Sachen selbst reinigt. (Das scheint uns noch einer der Vernünftigsten zu sein.) Diese Zahlen werfen ein großes Licht auf die große Abhängigkeit, in der die Hoteldiener sich befinden. Hier hat die gewerkschaftliche Berufsorganisation noch ein ungeheures Feld für ihre Tätigkeit.

Aus Industrie und Handel.

Diskont-Erhöhung.

Die Reichsbank hat am Dienstag den Diskont von 4 1/2 auf 5 Proz. erhöht. Die regelmäßig im Herbst wiederkehrende Anspannung am Geldmarkt hat sich diesmal zu einer bedenklichen Geldlemme ausgewachsen und zwar durch ungewöhnliche Ansprüche in Amerika, zu deren Befriedigung Amerika die Bank von England geradezu plünderte. Die Goldpreise stiegen, der Satz für Geld auf kurze Frist ging in New York bis auf 40 Proz. hinauf. Um sich des amerikanischen Ansturmes zu erwehren, septe die Bank von England am 18. September den Diskont um 1/2 Proz. auf 4 Proz. hinauf. Es war selbstverständlich, daß die Reichsbank bald mit einer Diskontenerhöhung folgen werde. Immerhin überraschte es, daß noch am selben Tage die Sächsische Bank ihren Diskont auf 5 Prozent erhöhte. Für die nächste Zeit wird wahrscheinlich sowohl die Bank von England als auch die Reichsbank mit einer weiteren Erhöhung vorgehen. Im vorigen Jahre am 11. September wurde der Diskont auf 3 1/2 auf 4 Proz. erhöht, am 3. Oktober erfolgte weitere Erhöhung auf 5 Proz., am 4. November auf 5 1/2 Proz. und am 11. Dezember auf 6 Proz. Seit sechs Jahren war ein solcher Satz nicht mehr zu verzeichnen. Am 3. Oktober 1899 wurde der Diskont auf 6 Proz. hinaufgesetzt und am 19. Dezember auf 7 Proz. Der Reichsbankpräsident führte zur Begründung der jetzigen Erhöhung u. a. aus:

Seit der letzten Sitzung des Ausschusses (Ende August) sei die Gesamtanlage um rund 20 Millionen Mark gestiegen, der Wechselbestand allein um rund 100 Millionen Mark, der Effektenbestand um etwa 90 Millionen Mark. Klammere sei die Anlage höher als in irgend einem der letzten fünf Jahre. Demgegenüber hat der Metallvorrat einen starken Rückgang erfahren, so daß er jetzt niedriger ist als seit 5 Jahren, während der Rotenlauf gleichfalls für diese Zeit eine Rekordziffer aufweist. Dementsprechend steht es auch um die Deckung der Noten und der fremden Gelder nicht günstig. Dazu kommen die Diskonterhöhung der Bank von England, in welcher sich die internationale Geldknappheit wieder spiegelt, des Weiteren die Erhöhung des hiesigen Privatdiskonts bis auf 4 1/2 Proz. (den Reichsbankdiskont), endlich die Erhöhung des Diskonts der Sächsischen Bank und die Nähe des Quartalswechsels, um eine Diskonterhöhung geraten erscheinen zu lassen. Es genüge einstweilen eine solche um 1/2 Proz. Der Zentralausschuß war einstimmig derselben Meinung; aus seiner Mitte wurde noch besonders der Auffassung Ausdruck gegeben, daß sich die Spannung am internationalen Geldmarkt etwas erleichtert habe.

Erneute Steigerung der Rindviehpreise.

Als Mitte Juni am Schlachtviehmarkt ein Preisrückgang eintrug, da wurde in der landwirtschaftlichen Presse dafür Stimmung gemacht, daß die Landwirte mit ihrem verkaufsfähigen Vieh zurückhalten sollten, da die Preise doch bald wieder hinaufgehen würden. Diese Spekulation auf eine weitere Pause war auf eine durchaus richtige Kenntnis der Marktlage gegründet: das Angebot an deutschem Vieh war, ist und bleibt vorläufig ganz beträchtlich hinter dem schon stark eingeschränkten Bedarfe zurück. Ein Beweis für die weitere Verschärfung der ungeunden Spannung ist die erneute Steigerung der Rindviehpreise während des Septembers. Verfolgt man nämlich die Preisbewegung an den 17 größeren Schlachtviehmärkten, so ergibt sich, daß im September gegen August an 4 Plätzen die niedrigsten und höchsten Notierungen für Rindvieh, an 8 die höchste Notierung gestiegen ist, daß an 4 Plätzen die Preise gleich geblieben, und daß nur an einem Markte ein Preisrückgang eingetreten ist. An den vier zuerst genannten Plätzen stellte sich der Rindviehpreis pro 50 Kilogramm in Mark:

	September 1904	1906	August 1906	September 1906
Berlin . . .	24-45	28-48	27-51	32-56
Dresden . .	28-40	38-46	36-45	37-48
Hannover . .	29-44	39-45	29-31	35-55
Stuttgart . .	23-46	29-49	35-47	36-57

Die Steigerung im September ist ganz beträchtlich, wenn man sie mit den Preisen im September der beiden Vorjahre vergleicht. Die Höchstpreise allein sind in acht Städten gestiegen und zwar in Breslau, Chemnitz, Magdeburg, Hamburg, Elberfeld, Köln, München und Nürnberg. Es handelt sich um Steigerungen bis zu 3 Mark pro 50 Kilo. Die Mindestpreise blieben meistens gleich; in Hamburg, Nürnberg und München gingen sie sogar um 1 M. herab. Gleich geblieben sind die Rindviehpreise in Dortmund, Essen, Frankfurt a. M. und Mannheim, während in Düsseldorf eine Ermäßigung zu konstatieren ist. Es ergibt sich aus

dem Bilde dieser Preisänderungen, daß die Preissteigerung an den nord- und süddeutschen Plätzen sich schon entschieden durchgesetzt hat; dagegen ist dies im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in einzelnen Teilen Mitteldeutschlands sowie im nördlichen Baden noch nicht ganz möglich gewesen. Jedenfalls ist die Septemberrückgang eine Ursache weiteren Konsumrückganges.

Preissteigerung für Kakao. Durch Spekulationsmanöver wurde in den letzten Wochen eine Erhöhung der Preise für Kakaopulver um 40 M. für 100 Kilogramm erzielt. Von dieser Preissteigerung werden besonders die billigen Konsum-Kakao und Konsum-Schokoladen betroffen werden. Zuführen aus neuen Ernten können erst in einigen Monaten in Europa eintreffen. Der „Gordian“ in Hamburg bemerkt dazu, daß infolge des Aufschlages die billigen Sorten Schokolade, die bisher für 70 bis 80 Pf. pro Pfund angeboten worden sind, verschwinden, oder sie würden in ihrer Qualität so verschlechtert, daß sie den Namen Schokolade nicht mehr verdienen. Die billigste Sorte reiner Schokolade wird demnach im Einzelverkauf eine Mark kosten. Die Konsumenten werden gut tun, bis auf weiteres nur solche Schokoladen zu kaufen, die den Namen des Fabrikanten tragen. Dadurch schämen sie sich am besten gegen verschlechterte Qualitäten. Die Preise des Kakaopulvers müssen mindestens um 25 bis 30 Pfennige fürs Pfund steigen. Wer also seine gewohnte Sorte Kakaopulver weiter beziehen will, muß diesen höheren Preis ansetzen. Die billigsten Sorten, und zwar solche, die mit 80 Pf. bis 1 M. im Einzelhandel sind, müssen verschwinden, oder es geht hier so wie bei der Schokolade, daß ihre Güte so verschlechtert werden muß, daß von einem Genuß keine Rede mehr sein kann. Auch hier werden die Konsumenten gut tun, nur verpackten Kakao zu kaufen, bei dem der Name des Fabrikanten eine Bürgschaft für gute Qualität ist. — Es dürfte bald ein Preisrückgang, noch ein Nahrungs- oder Genussmittel ausfindig zu machen, das von der Verteuerung nicht betroffen wird.

Spekulation in New York. Die „New Yorker Handelszeitung“ schreibt: Zur Kennzeichnung des „Boom“ im Groß-New Yorker Grundbesitzmarkt wird von wohlinformierter Seite angegeben, es habe während der beiden letzten Jahre hiesiges Grundbesitz im Steuerwerte von 2 500 000 000 Dollar den Besitzer gewechselt, von Bauunternehmern seien für Neubau 500 000 000 Dollar verausgabt und auf Hypotheken seien Gelder in Höhe von 1 500 000 000 Dollar aufgenommen worden. Somit hätten die Groß-New Yorker Grundbesitz-Transaktionen während zweier Jahre ein Total von 4 500 000 000 Dollar involviert.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, nehmt die Unternehmer beim Wort! Aus dem Nürnberg-Fürther Industriebezirk wird dem Berliner „Offertenblatt“ wieder geschrieben: „Daß wir uns in der Mitte der Geschäftszeit befinden, geht am deutlichsten daraus hervor, daß auffallend viel Arbeitskräfte gesucht werden. Vorwiegend erstreckt sich die Suche auf Arbeiterinnen, da männliche Arbeitskräfte in sehr vielen Fällen zu teuer kommen und auch nicht wesentlich mehr leisten als weibliche. Es kann dies auch als ein Zeichen gelten, wohin die fortwährenden Lohnerhöhungen führen. Die Industrie, will sie ihre Konkurrenzfähigkeit nicht verlieren, kann für die Dauer die zu hohen Löhne der Arbeiter nicht bezahlen und sieht sich gezwungen, nach billigerem Ersatz zu suchen. Das zunächstliegende in diesem Falle sind die Arbeiterinnen, die denn auch in vielen Sparten die Männerarbeit bereits vollständig verdrängt haben. Lötten, Metallpolieren und die sonstigen Arbeiten, die früher ausschließlich von Männern ausgeführt wurden, werden heute von Arbeiterinnen erledigt. Uebrigens hat sich gezeigt, daß die weiblichen Kräfte sorgfältiger und solider arbeiten, und zu feinen tierischen Arbeiten besser zu gebrauchen sind als Männer. Leider herrscht an Arbeiterinnen aber fast ständig ein großer Mangel und zur Zeitzeit sind tüchtige, brauchbare weibliche Kräfte schwer aufzutreiben.“

Die Arbeiterinnen seien darauf aufmerksam gemacht, daß man ihnen nachrühmt, sie seien besser zu brauchen als die Männer, weil sie angeblich sorgfältiger und solider arbeiten und daß fast ständig ein großer Mangel an weiblichen Kräften herrscht. Entsprechen die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der für sie so günstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes? Verstehen es die Arbeiterinnen, ihre ihnen nachgerühmte Brauchbarkeit bei der starken Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften entsprechend bezahlen zu lassen? Verstehen die Arbeiterinnen die günstige Geschäftskonjunktur für sich auszunützen? Leider wird das nicht bejaht werden können.

Zur sozialdemokratischen Frauenkonferenz nach Mannheim wurde von Lechhausen die Genossin Zeh, Textilarbeiterin, gewählt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumwollschulweg. Mittwoch, den 19. d. Mts., bei Christ, Marienthalerstraße, Ecke Ernststraße: Vortrag, Frau M. Jeege. **Reinickendorf-Pl.** Mittwoch, 19. September, bei Götlicher, Goppestraße 24: Generalversammlung, Vorstandswahl. Vortrag „Die Bibel nur Menschenwerk“.

Gerichts-Zeitung.

Zufüg und Gerechtigkeit ist nicht immer dasselbe.

Wir schaffen's Eisen,
Sie schmieiden Ketten.
Uns loszureißen
Ist noch nicht zeitig,
Dram leid geschmeidig.

Es ist schon aus Raumrücksichten ganz unmöglich, auch nur annähernd alle Fälle aus unserem Vaterlande zu registrieren, in denen die Ergebnisse der Strafjustiz mit den Forderungen der Gerechtigkeit in scharfem Widerspruch stehen. Solche Fälle sind gerade deshalb geeignet, dem Arbeiter klarzumachen, daß die Strafjustiz in dem Klassenkampf als Instrument gegen die Arbeiterklasse benutzt wird, weil in allen solchen Fällen die Richter, die das falsche Urteil fällen, glauben, den Forderungen des Gesetzes zu entsprechen, und durch ihre Rechtsprechung bei dem Teil der Unternehmer Weisfall finden, die das Recht auf Gleichberechtigung der Arbeiter bekämpfen, weil sie die Arbeiter lediglich als Arbeitsinstrumente zur Erzeugung von Mehrwert gefesselt behandeln wissen wollen. Nachfolgend registrieren wir einige dieser Urteile, die in letzter Woche in dem industriereichen Westen gefällt worden sind.

1. Wenn bei Beerdigungen Kränze mit roten Schleifen getragen werden, so wird dadurch das betreffende Leichenbegängnis ohne weiteres zu einem anherge wöhnlichen — besonders in hiesiger Gegend“ — so entschied am Donnerstag das Schöffengericht in Ruhrodt! Drei Genossen, welche bei einer Beerdigung Kränze mit roten Schleifen getragen, erhielten dieserhalb unter obiger Begründung jeder 20 M. Strafe zudikt.

2. Weil er während des Gasarbeiterstreiks in Duisburg einer Streikbrecherkolonne, die von einem Kordon Polizisten umgeben zum Arbeitsplatze geführt wurde, zugerufen hatte: „Na, Ihr Streikbrecher, Ihr werdet ja von der Polizei wie die Ruchthäuser geführt“, erhielt der Gasarbeiter H. N. vom Schöffengericht in Duisburg — sechs Wochen Gefängnis aufgebürdet.

3. In Rülheim (Ruhr) standen am Freitag nicht weniger wie 24 Angeklagte vor dem Schöffengerichte, um sich wegen Teilnahme an einem polizeilich nicht genehmigten Aufzuge zu verantworten. Sieben Angeklagte waren als Ordner und Leiter der „Öffentlichen Demonstration“ beschuldigt. Die Sache bildete ein Nachspiel der Maiseier in Altsaden, bei der die Geduld der Arbeiterklasse einer starken Belästigung unterworfen war. Der Altsadener Polizeikommissar Bunse hatte die Frühversammlung am 1. Mai dadurch zu vereiteln gesucht, daß er

das Versammlungslokal schließen ließ und vor dem Lokale fünf Polizisten und drei berittene Gendarme auf und ab patrouillierten. Viele Hunderte von Menschen sammelten sich dann auf der Straße an. Sein ungelegliches Vorgehen rechtfertigte der Kommissar mit einem Hinweis auf das Landratsamt, in dessen Auftrage er angeblich handeln wollte. Eine sofortige Anfrage beim Landrat ergab jedoch, daß dieser von der ganzen Sache nichts wußte!

Nach dieser Auskunft wurde das gesperrte Lokal gewaltjam aufgerissen und die Altsadener Arbeiter hielten ihre Demonstrationssammlung ab, an der dann auch Herr Bunse als „Uebervachender“ teilnahm. Bei einem Nachmittagsspaziergange, an dem die Arbeiter sich in zwanglosen Gruppen zu vier, fünf oder sechs Personen, je nachdem sich die Bekannten zusammenfanden, beteiligten, hatte Polizeikommissar Bunse eine neue Ueberrückung in Bereitschaft, indem er plötzlich mit etwa einem Duzend Polizisten den Spaziergängern den Weg versperrte. Auch aus Oberhausen hatte er sich noch telephonisch einen Kommissar mit zehn Polizisten als „Hülfe“ erbeten! Die Polizei fand aber trotzdem keine andere Arbeit, als die Absperrung des Weges durch die Schuymannskette, durch die die Spaziergänger dann einzeln passieren mußten. Obwohl sich das Ganze wie eine schlanke Provokation ausnahm, bewahrten die Arbeiter ihre Ruhe und saßen vernünftigerweise die Sache von der humoristischen Seite auf. Jetzt, nach einem halben Jahre, erfolgt die Sühne für das ungelegliche Vorgehen nicht etwa des Polizei-Kommissars Bunse, sondern der Arbeiter, die einen „geschlossenen Aufzug“ veranstaltet haben sollen, wozu sie keine Genehmigung hatten. — Charakteristisch für die Behandlung der Sache war, daß der Richter die Erörterung des Verhaltens des Polizeikommissars Bunse aus der Vormittagsversammlung rundweg verzweigte als „nicht zur Sache gehörig“, selbst in der Form einer Fragestellung nicht. Trotzdem der Zeuge Bunse selbst zugeben mußte, daß die Spaziergänger in kleinen Gruppen und mit Abständen bis zu 20 Meter und mehr hinter einander hergegangen sind, hat er doch das „Gefühl“ gehabt, es handle sich um einen „geschlossenen Zug“, zwar um keinen militärischen, sondern nach „Art einer Prozession“! — Während der Polizeikommissar aus Oberhausen die Zahl der Teilnehmer auf etwa 300 schätzt, will Herr Bunse 800 bis 1000 Personen gesehen haben! Während der Herr Kommissar aus Oberhausen behauptet, daß seines Wissens die Spaziergänger nicht besonders darauf aufmerksam gemacht seien, daß sie sich durch die Teilnahme an dem „Aufzuge“ strafbar machten, will Herr Bunse dies „wohl 100 mal“ gesagt haben! Während Herr Bunse behauptet, von einem der Angeklagten vor die Brust gestoßen zu sein, so daß er getaumelt habe, hat Herr Kommissar Sch. nichts davon bemerkt, wohl aber, daß umgekehrt Bunse den Angeklagten D. vor die Brust gestoßen und geschüttelt hat, wobei diesem ein paar Knöpfe von der Weste abgerissen sind. Während einer der Angeklagten an dem Spaziergange gar nicht teilgenommen hat, behauptet der Kommissar Bunse, derselbe Angeklagte sei sogar als „Ordner“ tätig gewesen. Als der Angeklagte die Behauptung des „wahrheitsliebenden“ Kommissars protokollieren lassen will, meint dieser, er könne sich vielleicht doch irren! — Die „gewissenhaft“ bei Feststellung der „Straftaten“ verfahren ist, läßt sich an der Tatsache erkennen, daß drei Angeklagte den Spaziergang überhaupt nicht mitgemacht hatten und deshalb freigesprochen wurden. Die übrigen 21 wurden mit je 20 M. bedacht.

Sechs Wochen Gefängnis und 470 M. Geldstrafe für Handlungen, die einem vom Herrtum und von Ruchstabilität nicht angekreuzten Rechtgefühl nimmer als Straftaten erscheinen können. Solche Justiz hat trotz all der Unbill, die durch sie der einzelne Arbeiter erleidet, das Gute, die Gemeinsschädlichkeit des bestehenden Strafsystems klar zu machen.

Störung des Nachbargrundstücks durch Motorbetrieb.

Die Victoria, Cafébetriebs- und Hotel-Aktiengesellschaft zu Berlin, hatte in einem ihrer Etablissements in der Mittelstraße einen Gasmotor aufgestellt, und zwar grenzt der Motorraum an die Lokalitäten des Hotels „Stadt London“ in der Friedrichstraße. Infolge des Geräusches und der Erschütterungen, die der Motor verursacht, fühlte sich der Besitzer des Hotels „Stadt London“ geschädigt, und machte er geltend, daß seine Gäste zum größten Teile infolge des großen Lärms fortblieben. Er erwirkte deshalb beim Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung dahin, daß alle Erschütterungen von dem Betriebe des Motors zu unterlassen seien. Der besagte Grundstücksbesitzer und die genannte Gesellschaft legten Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil ein. Das Kammergericht erkannte auf Zurückweisung der Berufung.

Gegen dies Urteil, das bei strenger wörtlicher Auslegung jeden Motorbetrieb untersagt und die Victoria Café- und Hotel-Aktiengesellschaft gänzlich zur Einstellung des besagten Betriebes gezwungen hätte, hatte der Besagte und die genannte Aktiengesellschaft als Nebenintervenientin Revision beim Reichsgericht eingelegt. Die Revision berief sich auf § 906 B. G. B., nach dem nur alle störenden Einwirkungen, soweit sie das Maß des Erträglichen überschreiten, untersagt werden könnten, nicht aber, wie in diesem Falle es den Anschein habe, ein vollständiger Betrieb ohne Unterschied. Das Reichsgericht erkannte auf Zurückweisung der Revisionen, änderte jedoch den Wortlaut des Urteilers, um Mißdeutungen vorzubeugen. Es gelangte zu folgendem Urteiler: Die Revision wird mit der Maßgabe zurückgewiesen, daß in der einstweiligen Verfügung nach den Worten „von dem Betriebe des Motors“ einzuschalten ist: „soweit Erschütterungen und Geräusche das im § 906 Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichnete Maß überschreiten.“

Rechtsanwalt und Amtsrichter.

Wegen versuchter Nötigung gegenüber dem Amtsgerichtsrat Sternberg in Köpenick hatte sich der seit sieben Jahren daselbst amtierende Rechtsanwalt und Rotar Dr. Schulze gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Zwischen den beiden Parteien hatte sich ein Konflikt auf amtlicher Basis entwickelt, der auch im gesellschaftlichen Verkehr zum Ausdruck kam und schließlich dahin führte, daß der Amtsgerichtsrat Sternberg, als er dem Rechtsanwalt Dr. Sch. in der Nähe von Sadowa begegnete, wieder ihn noch dessen Ueberrückung grüßte. Darauf schrieb der Angeklagte an den Amtsgerichtsrat einen Brief, der sehr scharfe Ausdrücke enthielt und mit folgendem Postus schloß: „Wenn es noch einmal vorkommt, daß Sie die Regeln des Anstandes in dieser Weise verletzen, so werde ich Ihnen sofort klar machen, wie man sich zu benehmen hat, und werde Ihnen Anstand beibringen.“ Der Angeklagte stellte eine Abschrift dieses Briefes auch dem aufsichtführenden Amtsrichter, Amtsgerichtsrat Bernstein zu. — Auf Grund dieses Briefes ist eine Anklage wegen versuchter Nötigung erhoben, ein Strafantrag wegen Verleumdung ist nicht gestellt worden. — Der Angeklagte bestritt, daß das Vergehen der versuchten Nötigung vorliege. Für ihn habe es sich nur um die Abwehr einer Unbilligkeit gehandelt. Nachdem in der Verhandlung einige gesellschaftliche Vorkommnisse, die zu Mißbilligkeiten geführt haben, erörtert worden waren, beantragte der Staatsanwalt das Schuldig im Sinne der Anklage. Er wolle nicht erörtern, welche Partei den Konflikt verschuldet habe. Der Inhalt des Briefes stelle die Straftat der versuchten Nötigung dar, denn der Adressat werde mit dem Vergehen der Körperverletzung bezw. der tätlichen oder wörtlichen Verleumdung bedroht. Trotz der Schwere des Vergehens, daß hier ein preussischer Richter mit einem solchen Briefe bedacht und eine Abschrift des Briefes auch noch dem Aufsichtsrichter zugefickt wurde, empfehle sich mit Rücksicht auf die Gesamtheit der Verhältnisse doch nur eine Geldstrafe, die in Höhe von 300 M. beantragt werde. — Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. — Daß die an einen Richter gerichtete „Drohung“, ihn

Anstand beizubringen, als eine strafbare Bedrohung mit einem Vergehen zu der Unterlassung von Taktlosigkeit erachtet wurde, entbehrt nicht des unfreiwilligen Humors.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Donnerstag in den „Muffelkäfen“ eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung ab, wobei der Genosse Ströbel über „Partei und Gewerkschaften“ sprach. Redner behandelte diese Frage von den bereits bekannten Gesichtspunkten aus und erzielte für seinen Vortrag allgemeinen Beifall. In der Diskussion erklärte sich der Vorsitzende Siering zwar im großen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, nur in einigen „kleineren und unwesentlichen“ Punkten sei er anderer Meinung. So zum Beispiel halte er die Kaiserfeier für die Partei, monach die Arbeiterbewegung am 1. Mai nur dort zu erfolgen brauche, wo dies ohne wirtschaftliche Schädigung der betreffenden Arbeiter geschehen könne, für insofern und zu unbestimmt. Das Beste wäre seines Erachtens, wenn jeder Parteigenosse zur Arbeiterruhe direkt verpflichtet würde, dann könnten nicht wieder solche unliebsamen Vorkommnisse eintreten, wie bei der diesjährigen Kaiserfeier. Was nun die gegenwärtige Spannung zwischen den Partei- und Gewerkschaftsführern anbelange, so rühre diese zum guten Teil von den übertriebenen Angriffen her, die einige Parteiblätter gegen die Gewerkschaftsführer gerichtet hätten. Hier sei in der Kritik häufig viel zu weit gegangen worden. Bezüglich des politischen Massenstreiks ist Redner der Ansicht, daß, wenn diese Frage „täglich“ in den Gewerkschaften diskutiert werden solle, dann die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften darunter leiden würden. Die Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder sei ja ohnehin eine gute, so daß sie bei außergewöhnlichen Ereignissen auch so ihre Schuldigkeit tun würden, ohne daß es bedürfte einer ständigen Diskussion über den Massenstreik bedürfe. Uebrigens glaube er, daß wenn die moderne Arbeiterbewegung erst die von Ströbel als erforderlich bezeichneten sechs bis acht Millionen Anhänger hat, dann der Massenstreik gar nicht mehr nötig sei, um den herrschenden Klassen Volksrechte abzuringen. Zu bedauern sei ja das Mißverhältnis in der Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter. Hier einen gesunden Ausgleich herbeizuführen, sei jedoch in erster Linie Aufgabe der Partei. Bei den Schmieden sei es beispielsweise von den leitenden Personen niemals unterlassen worden, auch auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hinzuweisen, und trotzdem dürften wohl nur höchstens 25 Prozent der Schmiede politisch organisiert sein. Die Gewerkschaftsführer könnten eben dieselbe selbst nicht so an die Mitglieder heran, wie sie es in dieser Hinsicht wünschten. Ein Fehler sei eben die Auffassung des Neutralitätsprinzips gewesen, was tatsächlich zur Neutralitätsduselei geführt habe. Er, Redner, könne sich die Gewerkschaftsbewegung gar nicht anders denken, als vom sozialistischen Geiste befeuert. Alles in allem betrachte er die Ueberzeugung, daß auf beiden Seiten gesündigt worden sei. Deshalb könne eine gründliche Aussprache in Mannheim auch nicht schaden, denn dadurch würde am besten gezeigt, wo die besessene Hand anzulegen sei. — Es sprachen dann Schlink, Hasner und Schuberth im Sinne des Referenten, wobei sie teilweise scharf gegen Siering polemisierten und vor allem dem Gedanken Ausdruck gaben, daß die Hauptschuld an dem Mißverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften auf der Seite der Gewerkschaftsführer liege. — Ströbel wandte sich in seinem Schlusswort ebenfalls gegen verschiedene Ausführungen Sierings. Wohl wolle er zugeben, daß, was Schärfe des Ausdrucks anbelange, auch von der Parteipresse in der Polemik hin und wieder gesündigt worden sei. Doch müsse man auch bedenken, wie die Parteipresse provoziert worden ist. Er erinnere nur an die Schreibweise des „Jimmerer“. Wenn Siering speziell auf die „Leipziger Volkszeitung“ verwiesen habe, so könne er, Redner, sagen, daß auch er sich schon häufig über die scharfe Tonart der „Leipziger Volkszeitung“ geärgert habe, weil durch deren schroffe Ausdrucksweise die gute und gesunde Ansicht des radikalen Flügels der Partei direkt diskreditiert wurde. Doch da er mehrfach selbst erfahren habe, in wie illogischer Weise in der Gewerkschaftspresse polemisiert werde, so urteile er über die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ jetzt auch wesentlich milder. Etwas eigentümlich berühre ihn auch der Ausdruck Sierings, daß die Gewerkschaftsführer gar nicht so an die Mitglieder herankommen, wie sie wohl möchten. Dazu habe man doch die obligatorisch eingeführte Gewerkschaftspreise. Wenn der Raum, der zu polemischen Artikeln gegen die Partei gebraucht werde, zur sozialistischen Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder verwandt würde, dann könne man dadurch schon sehr wohl an diese „heran“. Es würde dann nur ein geringer Prozentsatz solcher Mitglieder übrig bleiben, die aus Indifferenzismus nur wenig oder nichts lesen. Die große Mehrzahl aber könne mehr mit den sozialistischen Ideen vertraut gemacht werden, als wie das bisher geschehe. Was die Kaiserfeierlaufe der Partei betreffe, so sei dieselbe ja gerade auf Anraten der Gewerkschaftsführer beschlossen worden, und sie werde sich mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse vorläufig auch wohl nicht ändern lassen. Bei der Kaiserfeier komme es eben in erster Linie auf den guten Willen an. Sei der vorhanden, dann werde der Gedanke der Arbeiterruhe zweifellos auch mit der Kaiserfeier am Boden gewinnen. Nachdem Redner noch der Ansicht Sierings über den Massenstreik entgegengetreten war, schloß er mit einem Appell an die Versammelten, in der Pflege des sozialistischen Geistes unter den Gewerkschaftsangehörigen nicht zu erlahmen, damit dereinst der große historische Moment kein kleines Geschlecht finde. (Beifall.) Es wurden sodann noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Theodor Hilbebrandt u. Sohn (Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik) waren vom Zentralverband der Konditoren und verwandten Berufe, sowie von sechs weiteren in Betracht kommenden Verbänden zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen worden, die am Donnerstag in Raabes Festsaal, Alsbürgerstraße 23, stattfand. Sie waren der Einladung zahlreich gefolgt, galt es doch, die Arbeitsverhältnisse zu besprechen, die schon so oft zur Kritik Anlaß gegeben hatten. Zunächst hielt Fräulein Emilie Heidemann einen Vortrag über das Thema: „Der Wert der Männer- und Frauenarbeit im modernen Fabrikbetriebe“. Ihre Ausführungen, welche das Wesen der modernen Industrie enthüllten und ein treffendes Bild von der Stellung der Arbeiterschaft darin gaben, gipfelten in dem Nachweis der Notwendigkeit der Organisation. Sie fanden lebhaften Beifall.

H. Weidler vom Zentralverband der Konditoren und verwandten Berufe sowie deren Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nahmen dann zu folgenden Ausführungen das Wort: Der Ruf der Firma Theodor Hilbebrandt u. Sohn in bezug auf die Arbeitsverhältnisse sei innerhalb der Kollegenschaft nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands ein feststehender, aber durchaus kein guter. Deshalb nicht, weil diese zu den ersten ihrer Art zählende Firma, die eines Welttrübes genieße, soweit ihre Fabrikate in Betracht kämen, und die jährlich Hunderttausende an Gewinn erziele, immer noch mit Arbeitsverhältnissen aufwarte, wie sie sonst nur in den kleinste, kapitalschwächsten Betrieben der Branche vorlägen. Es sei das bedauerlich. Die Lohnverhältnisse stagnierten seit vielen Jahren, mit Ausnahme der der Arbeiterinnen, deren Löhne namentlich infolge des Druckes der Deffektivität in den letzten Jahren eine kleine Aufbesserung erfahren hätten. Während die Minimalhöhe bei den Arbeiterinnen vor 5 Jahren noch 7 M. betragen, würden heute Arbeiterinnen mit 9 und 9,50 M. eingestellt. Das bedeute aber nur nominell einen Fortschritt, sei aber in Wirklichkeit keine Verbesserung ihrer Lebenslage, wenn man die inzwischen erfolgte große Steigerung der Lebensmittel- und Mietpreise in Betracht ziehe. Junge männliche gelernte Arbeiter würden heute mit 10, 20 und 21 M. Lohn eingestellt. Löhne von 24 M., die in anderen Betrieben ungelernete Arbeiter hätten, geböten bei den gelernten Arbeitern Hilbebrandts u. Sohn schon zu den guten. Es würden allerdings auch höhere Löhne gezahlt, die belämen aber die „Vertrauenspersonen“, Werkmeister usw. In der Pfefferkühlerei sei

ein gelernter Pfefferkühler schon 7 Jahre und müsse sich trotzdem heute noch mit 23 M. Lohn zufrieden geben. Als Hilfskräfte stelle man gern ausgeleitete junge Bäder an mit 16, 17 und 18 M. Ein Kuchenschneider sei das Ueberstundenwesen. Die Firma sei nicht dem Beispiel kleinerer Betriebe gefolgt, in denen verschiedentlich eine Regelung erzielt werden können, durch Beschränkung der Ueberstunden oder doch wenigstens durch Festsetzung von Lohnzuschlägen zu dem gewöhnlichen Lohnsatz. Bei Hilbebrandt sei nicht einmal während der gewöhnlichen Saison eine Beschränkung der Ueberstunden erfolgt und es gebe für Ueberstunden bei der Firma nur den gewöhnlichen Stundenlohn. Bei größeren Schokoladenlieferungen, wie sie die Firma für die Kolonien, für die Schutztruppen hatte, seien Ueberstunden bis ins Unmögliche hinein geleistet, ja sogar Nächte und Sonntage gearbeitet worden, ohne eine Erhöhung der Lohnsätze. Daran, daß die ganzen Berufsverhältnisse in Berlin noch so daniederlägen, trügen wesentlich die Arbeiterinnen und Arbeiter von Hilbebrandt die Schuld, welche immer noch nicht begriffen hätten, daß sie in ihre Organisationen hineingehört und so bereit eine Besserung erzielen könnten und mühten. Im vorigen Herbst hätten verschiedene Arbeitgeber, an die man wegen Verbesserungen herangetreten sei, auf Hilbebrandt verwiesen. Wenn es dort vorwärts gehe, wolle man auch folgen. Daran erwache den Arbeitern und Arbeiterinnen von Hilbebrandt geradezu die Pflicht, etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun, vor allem einzutreten in den Verband der Konditoren, den Holzarbeiterverband, den Fabrikarbeiterverband, den Buchbinderverband usw., wozu jeder gehöre. Auf die Arbeiterinnen, von denen 80 Proz. im Betriebe seien, während die gelernten Arbeiter keine 10 Proz. ausmachten, komme es sehr wesentlich an. Das sollten sich auch die Gelernten gefast sein lassen. Vor allem könnten die Bräunlebezieherinnen, die jetzt sehr verlangt würden, ihr Gewicht in die Waagschale werfen und der Kollegenschaft einen großen Dienst erweisen, wenn sie sich organisierten. Die Durchschnittsgehälter von 11, 12, 13 M. ließen sich leicht erhöhen. Man möge daran denken, daß Arbeiterinnen in anderen Berufen durch die Macht der Organisation Minimallohne von 14 und 15 M. gewonnen hätten und es gelangen sei, auch für Arbeiter höhere Minimallohne zu erringen.

Die Ausführungen des Redners wie der nachfolgenden Vertreter der Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder fanden lebhaft Zustimmung. Von diesen Rednern wurde festgehalten, daß auch die Angehörigen ihrer Berufe, die im Hilbebrandtschen Betriebe stehen, unter schlechteren Bedingungen arbeiten als es sonst im Berufe der Fall sei.

Weidler kritisierte noch unter Beifall verschiedene Punkte der Fabrikordnung der Firma und stellte in Aussicht, daß bei günstigem Organisationsstande zunächst daran gedacht werde, für die Arbeiter und Arbeiterinnen von Hilbebrandt u. Sohn eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, Erhöhung der Minimalhöhe und Ertragszuschläge für die Ueberstunden zu fordern. Nach einem Schlusswort der Referenten trennten sich die Versammelten.

Bele- und Tischlerklub „Züd. Ost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Talsdorff, Hölzerstr. 58: Verammlung. Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Kalan-Gudau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr: Verammlung bei Wehnacht, Grünstraße 21.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steinbrucker gingen bei der Charlottenburger Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Liste 6 Otto Flemming 5,40. Liste 7 Otto Flemming 3,10. Liste 32 Wilh. Bogla 1,—. Liste 33 desgl. 2,40. Liste 37 Hans Bogel 1,50. Durch August Geber: Liste 41 5,65, 43 2,65, 45 1,—, 46 11,60, 47 2,80, 48 18,30, 50 2,95, Summa 44,85. Liste 58 Paul Grise 1,—. Liste 60 Karl Reichert 2,70. Liste 67 Albert Wilde 1,30. Liste 90 desgl. 6,45. Liste 31 Wilh. Bogla 4,20. Liste 52 Hermann Neubauer 7,45. Liste 101 Emil Rude 2,70. Liste 103 desgl. 3,75. Liste 107 desgl. 7,85. Liste 108 desgl. 2,75. Liste 111 Gustav Schillmann 8,35. Liste 112 desgl. 1,75. Liste 113 desgl. 1,20. Liste 116 Oswald Strach 5,30. Liste 119 desgl. 1,—. Liste 120 desgl. 3,20. Liste 133 Hermann Dähnle 2,—. Liste 134 desgl. 0,50. Liste 146 Jakob Paul 0,75. Liste 147 desgl. 4,90. Liste 148 desgl. 2,70. Liste 149 desgl. 0,50. Liste 150 desgl. 0,95. Liste 151 Emil Müller 6,70. Liste 152 desgl. 3,70. Liste 154 desgl. 9,35. Liste 155 desgl. 11,—. Liste 156 desgl. 5,45. Liste 191 Gustav Belg 8,30. Liste 164 Element-Schäfer-Rabowerte, Abt. 35 11,05. Liste 165 desgl., Abt. 14 15,70. Liste 166 desgl. 11,20. Liste 170 desgl. 9,70. Liste 216 Karl Reze 7,15. Liste 217 Wilh. Koply 3,25. Sa. 235,95. Dereits quittiert 594,35. Gesamtsumme 830,30 M.

Gesamtsumme für die ausgesperrten Lithographen und Steinbrucker auf Listen 830,30 M.

Für die ausgesperrten Buchbinder gingen noch ein:

Liste 1 Schmarztopf, Werkzeugmacheri und Schließerei 11,60. Liste 2 desgl. Schloßerei 12,00. Liste 3 desgl. Resellschmiede 10,95. Liste 7 Gosmeyerfabrik Arons 12,25. Liste 11 Otto Flemming 3,70. Liste 12 desgl. 2,75. Liste 16 Schmeizer 2,65. Liste 23 August Geber 2,50. Liste 28 desgl. 4,45. Liste 29 desgl. 1,10. Liste 30 desgl. 1,60. Liste 51 Wilh. Bogel 2,60. Liste 53 desgl. 1,25. Liste 54 desgl. 6,70. Liste 58 desgl. 2,15. Liste 60 desgl. 4,80. Liste 61 Karl Doose 6,25. Liste 62 August Hilgenbach 6,05. Liste 60 Wilh. Gide 0,50. Liste 63 Emil Rude 3,55. Liste 67 desgl. 1,60. Liste 69 desgl. 0,80. Liste 91 Oswald Strach 3,15. Liste 92 desgl. —,50. Liste 93 desgl. 5,45. Liste 94 desgl. 4,15. Liste 95 desgl. 1,—. Liste 96 Albert Wilde 4,50. Liste 112 Wilh. Eichner 2,70. Liste 114 desgl. 6,20. Liste 115 desgl. 1,55. Liste 141 Hermann Dähnle 6,75. Liste 142 desgl. 5,20. Liste 153 desgl. 1,05. Durch August Wohl: Liste 171 13,15, 172 6,85, 173 10,40, 174 12,15, 175 2,05, 176 5,60, 177 6,55, 178 3,55, 179 5,25, 180 1,50, Summa 67,15. Zusammen 211,75 M. Dereits quittiert 239,80 M. Gesamtsumme 451,55 M. Gesamtsumme für die ausgesperrten Buchbinder auf Listen 451,55 M.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Otto Flemming, Schlüterstraße 68. Johann Scheide, Bismarckstraße 35.

Vermischtes.

Was in Deutschland unmöglich wäre. Dieser Tage wird der italienische Kriegsminister, General Viganò in den heiligen Stand der Ehe treten. Das ist kein Ereignis, über das es zu berichten verlohnte. Merkwürdig mag es aber dem deutschen Leser vorkommen, daß der General und Minister eine Lehrerin heiratet und daß keine kirchliche Trauung stattfindet. In Italien wird die Sache als so alltäglich betrachtet, daß keiner Zeitung in dem Sinn kommt, sie zu kommentieren. Wie würden die deutschen Schmocks sich zu einem so entsetzlichen Fall stellen?

Ein neues Erdbeben. S c h e m a c h a (Transkaukasien), 17. Septbr. Heute nachmittag 3 Uhr wurde hier ein zehn Sekunden andauerndes wellenförmiges Erdbeben verspürt. Mit dem Beben, das sich in der Richtung von Nordwest nach Südost bewegte, waren zwei Erdstöße verbunden.

Tot aufgefunden. Genf, 18. September. Der seit einem Monat vermißte Reintwald wurde gestern früh in einem Abgrunde des Joraffe bei Mer de Glace tot aufgefunden. Die in Hannover lebhafteste Familie des Verunglückten wurde telegraphisch benachrichtigt.

Taufen auf Hongkong. Wie dem „Reuterschen Bureau“ über Manila gemeldet wird, wurde Hongkong gestern vormittag von einem Taifun heimgesucht. Es verlautet, daß mehrere Schiffe, darunter ein deutscher Dampfer, gesunken und andere beschädigt worden seien.

700 000 Gulden veruntrent. In Rotterdam ist gestern der Rotar und Direktor der Südholländischen Hypothekbank, Wanda-vandenberg, unter dem Verdacht, 700 000 Gulden veruntrent zu haben, verhaftet worden. Die Aktien der Hypothekbank notierten an der Börse um 100 Prozent niedriger.

Eine Feuerbrunst zerstörte, wie aus Murat gemeldet wird, gestern einen Teil des Dorfes Traiffesbas. Drei Menschen wurden dabei verbrannt.

Waldbrand. Cannes, 18. September. Ein heftiger Waldbrand lam heute im Bois Galas zum Ausbruch; das Feuer sprang auf

weitere Waldbestände über und vernichtete etwa 20 000 Hektar Wald. Es droht sich noch weiter auszubreiten. In Vagnol kamen zwei Frauen in den Flammen um.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Vergleichend) Rindfleisch Ia 71—76 pr. 100 Pfd., IIa 65—70, IIIa 60—64, IVa 54—58, Kalbfleisch, Doppelhälften 105—115, Ia 84—90, IIa 74—83, IIIa 64—73, Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 67—76, Schweinefleisch 60—73, Rebhühner Ia pr. Pfd. 0,70—1,00, IIa 0,65, Rotwild Ia pr. Pfd. 0,45—0,57, IIa 0,00, Dammwild 0,55—0,56, Wildschweine pr. Pfd. 0,25—0,45, Brühlinge 0,95—0,65, Kaninchen pr. Stck 0,50—0,90, Wildenten Ia pr. Stck 1,30, IIa 0,00, Rebhühner, junge Ia 1,00—1,45, junge IIa 0,70—0,95, alte 0,75—0,90, junge Hühner 0,70, Hühner, alte, pr. Stck 1,50—2,60, alte, IIa 1,30—1,40, junge, pr. Stck 0,85—1,30, Tauben, junge, pr. Stck 0,30—0,52, alte 0,30—0,33, Enten, junge, pr. Stck 1,50—2,40, alte, pr. Stck 0,00, Hamburger, junge, pr. Stck 3,00—3,25, Gänse, Ia pr. Pfd. 0,60—0,60, IIa 0,45—0,48, Ia pr. Stck 3,00—3,80, IIa 2,00—2,90, Poullets pr. Stck 1,20—1,45, do. klein 0,65—1,00, Hühner pr. 100 Pfd. 80—112, Janber 0,00, Mand 73, Schleie 117—126, Meie 0,00, Kalle, groß 94—100, mittel 0,00, Klein-mittel 0,00, unsort. 69—72, Pflügen, matt 0,00, Karpen, unsort. 81—86, Barsche 0,00, Weißfische 23, Karauschen 87, Wels 0,00, Bunte Röhre 30—65, matt 0,00, Amerikanischer Lachs I neuer pr. 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 75, Sprotten, Kieler 0,75—1,50, Hünner, pomm. I, pr. Schock 9, do. pomm. II 2—3, Kieler, Steige Ia 4—6, do. mittel pr. Stck 2—3, do. klein pr. Stck 0,00, Hühlinge, pr. Ball Kieler 3—4, Stralburger 3—4,50, Kalle, groß pr. Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe pr. Schock 4—5, Schellfische Stk 3—4,50, do. 1/2, Stk 2, Stablinn, pr. 100 Pfd. 15—25, Heilbutt 25, Sardellen, 1902er pr. 100 Pfd. 95, 1904er 95, 1906er 90, 1906er 70, Schottische Heringe 1905 0,00, large 40—44, fall. 35—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Kates, pr. 1/2 To. 60—120, Dummern, IIa, 100 Pfd. 0,00, Krebse, pr. Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsortiert 0,00, Golliger, groß 0,00, Eier, Land, pr. Schock 4,25—4,75, Butter pr. 100 Pfd. Ia 124—126, IIa 118—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110, Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Daberfische 2—2,25, Rosen 1,50—1,75, neue runde 1,75—2,00, neue blaue 0,00, Spinal pr. 100 Pfd. 8,00—12,00, Karotten pr. Schockbund 2,00—3,00, Sellerie, hiesige, pr. Schock 1,50—6,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3,00—4,00, Petersilie, grün, Schock 1,00, Rotkohl pr. Schock 0,75—1,00, Kettig, bayr., pr. Schock 2,40 bis 4,80, Radleschen pr. Schock 0,60—0,80, Salat, pr. Schock 1,50—1,75, Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 10—20, Bohnenbohnen 15—25, Schoten pr. 100 Pfd. 15—20, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 10—20, Mohrrüben pr. 100 Pfd. 3—4, Tellerer Rüben pr. 100 Pfd. 10—12, Stumensohl pr. Schock 1,50—2,50, Styringsohl pr. Schock 4,00—8,00, Kaffeeboh pr. Schock 3,00—9,00, Weizboh pr. Schock 2,00 bis 5,00, Steinpflze pr. 100 Pfd. 40—50, Gurken, Herbst, Schock 0,00—0,60, do. Winter, Schock 1,50—1,75, do. Rotkohl 1,50—2,00, do. Viegmiter 2,00—3,00, do. Einlege, (Zerf.) 8—16, Rotkohl, Schock 3—5,50, Tomaten, hiesige 100 Pfd. 3—8, Kürbis 2—3, Birnen, Ital. pr. 100 Pfd. 0,00, hiesige 3—20, Äpfel 20—35, hiesige 4—16, Kettig, 0,00, Äpfel, ungar., pr. 100 Pfd. 0,00, Ital. 10—15, Böhme 15—20, Gravensteiner 6—16, Äpfel 15—24, Preiselbeeren 0,00, Schmelzige 20—21, Blaubeeren pr. 100 Pfd. 12—14, Pfäumen, Ital. runde bunke pr. 100 Pfd. 0,00, ungarische 0,00, hiesige 4—6, Reineclauden 0,00, Serben 6—13, Badenler 0,00, Bismilke 4,50—10, Zitronen, Messina 300 Stck 19,00—35,00, 360 Stck 12,50—24,00, 200 Stck 0,00, 420 Stck, klein 12,00—15,00, 500 Stck, klein 13—15, Pfirsiche, Berberche pr. 100 Pfd. 20—40, fuz. 0,00, italienische Ia Stk 3,00, do. IIa Stk 2,50, do. IIIa Stk 0,00, do. in Ärdren pr. 100 Pfd. 20—40.

Witterungsübersicht vom 18. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. über dem Meer	Windrichtung	Windstärke	Temper. in 5 m Höhe	Stationen	Barometerr. über dem Meer	Windrichtung	Windstärke	Temper. in 5 m Höhe
Darmstadt	768,00	4	W	12	Kapranba	775,00	4	W	10
Hamburg	768,00	2	W	10	Petersburg	766,00	1	W	16
Berlin	766,00	2	W	12	Sibir	769,00	4	W	14
Kranz a. M.	766,00	5	W	10	Usterben	775,00	1	W	7
München	765,00	1	W	6	Paris	764,00	1	W	9
Wien	765,00	2	W	12					

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. September 1906. Langsam aufklarend, um Mittag etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. September. Elbe bei Hufsch — Meter, bei Dresden — 1,57 Meter, bei Magdeburg + 0,84 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathow + 3,76 Meter. — Rheingebirg + 2,28 Meter. — Oder bei Brigg + 2,68 Meter. — Oder bei Dresden Unterpfehl — 0,34 Meter.

Wir empfehlen 234/19*

Parteitags-Protokolle

die ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik bieten. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor:

- Halle 1890. Neuorganisation; Programmredaktion; Stellung zu Streiks und Bogofists; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. R. — 50
- Erfurt 1891. Festsetzung des Programms; Programmunterschiede; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. R. — 50
- Berlin 1892. Vergriffen. R. — 50
- Köln 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. R. — 40
- Frankfurt 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trübs, Ringe und Kartelle. R. — 25
- Breslau 1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. R. — 30, geb. R. — 50
- Gotha 1896. Vergriffen. R. — 30
- Hamburg 1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Broschürt R. — 35
- Stuttgart 1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preussische Landtagswahlen; Volk- und Handelspolitik. Broschürt R. — 35, gebunden R. — 50
- Hannover 1899. Vergriffen. R. — 30
- Mainz 1900. Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Broschürt R. — 50
- Lübeck 1901. Vergriffen. R. — 30
- München 1902. Arbeiterversicherung; Kommunalpolitik; Frauenkonferenz. R. — 50
- Dresden 1903. Vergriffen. R. — 30
- Bremen 1904. Kaiser; Antsterdamer Kongress; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. Broschürt R. — 70, geb. R. 1,—

Protokolle der Internationalen Arbeiter-Kongresse.

- Paris 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Heere; Kaiser. R. — 25
- Zürich 1893. Stellung der Partei im Kriegszustand; Agrarfrage; Generalstreik. R. — 50
- London 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwidlung. R. — 30
- Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. R. — 20
- Amsterdam 1904. Internationale Regelung der sozialistischen Politik (Taktik), Kolonialpolitik, Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, Generalstreik, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. Der Wahlfundament, Trübs und Arbeitslosigkeit. R. 1,—, Agitationsausgabe R. — 40

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, 20. September, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Berliner Gewerkschaftskommission. 2. Renovation derselben. 3. Vereinsangelegenheit. 120/1

Bezirks-Versammlungen:

am Montag, den 24. September 1906, abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirk Moabit bei Pielcke, Waldstraße 8. Bezirk Nixdorf bei Gellert, Steinmetzstraße 113.
Donnerstag, den 27. September, abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirk Lichtenberg bei Hertowitsch, Andreasstraße 26.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Donnerstag, 20. September, abends 8^{1/2} Uhr, in Franke's Festsaal, Sebastianstr. 39.

Branchen-Versammlung

der
Elektromonteur u. Hilfsmonteur Berlins u. Umgeg.
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Warenbrecher** über: „Mittelgebirge“. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 153/9

Achtung! Uhrmacher! Achtung!

Donnerstag, den 20. September 1906, abends pünktlich 7^{1/2} Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Allgemeine Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Pöbel** über: „Die neuen Steuern und ihre Verwendung“. 2. Diskussion. 3. Wie gehen wir unter den Kollegen? 4. Berichtsangelegenheiten und Verschiedenes. 153/9
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 20. September, abends 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Berufskrankheiten der Metallarbeiter und ihre Verhütung. Referent: Genosse **Dr. Zadek**. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend.

Bureau: Stralauerstraße 48. — T. N. 1. 7779.
Donnerstag, 20. September, abends 8^{1/2} Uhr, in Feuerstein's Festsaal, Alie Jakobstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **P. Kniestadt**. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 155/7
Wichtig eines jeden Mitgliedes ist es in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand. J. H. W. Berndt.

NB. Der **Arbeitsnachweis** für Maler, Lackierer und Anstreicher befindet sich nach wie vor Stralauerstr. 48. Tel.: Amt 1. 7779 und ist vormittags von 7-11 Uhr geöffnet. Die Vermittlung ist unentgeltlich.

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands (Verein Berlin, Abt. 1).

Donnerstag, 20. September, abends 8^{1/2} Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Paul Bernstein** über: Die erste Hilfe bei Unfällen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch, auch der Frauen, erwartet.
Der Vorstand. 208/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, 20. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 8), Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung aller in der

Telephon-Branche

und für
photographische u. chirurgische Apparate beschafft. Tischler.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet.
Die Ortsverwaltung. 207/2

Maschinenisten und Heizer sämtlicher Brauereien Berlins u. Umgeg.

Am **Donnerstag**, den 20. September, morgens 8 Uhr und abends 8 Uhr, findet bei **Robert Voigt**, Ritterstr. 75, 2. Hof,

je eine öffentliche Versammlung

aller in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Maschinenisten u. Heizer statt.
Tages-Ordnung: Das Vertrauensmännersystem und die Organisationsverhältnisse. Der Einberufer. H. Schwillau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk 9.

Schönhauser Vorstadt.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Wilhelm Stephan

am Montag, den 17. d. Mts., verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., vom Trauerhause Schönhauser Allee 141 aus, nach dem Gethsemane-Kirchhof in Nordend statt. 87/11
Der Zweigvereins-Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin E. H. No. 89.

Unter Mitglied, Herr

Viktor Nowak

Münchenerstr. 22

ist am 16. September im 67. Lebensjahre gestorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt heute Mittwoch, den 19. September, nachmittags 2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde von der Halle aus.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Viktor Nowack

am 16. September verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung eruchtet. 93/3

Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die uns anlässlich der Beerdigung meines lieben Bruders, Schwagers und Onkels bewiesene Teilnahme sagen wir allen Bewandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des sozialdemokratischen Bahnervereins für den 4. Berliner Wahlkreis (Königsplatz) den Zentralverband der Maurer Berlins unseren besten Dank. 294/2
Familie Hennig und Rutsch.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Bierbrauers **Valentin Möhring** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verbands der Brauer meinen tiefgefühlten Dank. 135/5
Die trauernde Witwe.

Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmundel**, Berlin Ks. Muster-Katalog gratis.



Loden-Pelerinen.

Wetterfeste praktische Loden.

Reichhaltige, glockenförmige Pelerinen, bis über die Waden hinweg reichend. Mit und ohne Kapuze. — Strapazierfähige Farben.

19.— 17.— 16.— 14.—
12.— 11.— 10.— 9.—

8 M.

Loden-Havelocks von 6 Mk. 75 an

Loden-Anzüge von 18 Mk. an

Loden-Joppen von 5 Mk. an

Loden-Müte von 1 Mk. 90 an

Regen-Pelerinen 12.— 8.75 4.25 | Gummi-Mäntel 33.— 30.— 15 M.
7.50 5.—



Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Loden-Kleidung) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Einsegnungs-Anzüge



ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant u. tadellos sitzend. Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

Die Preise sind je nach Größe.

Anzüge in Satin-Kammgarn 12 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn 15 M. an
Anzüge in schmalgeripptem Kammgarn od. Kammgarn-Cheviot von 17 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn oder Satin-Kammgarn . . . von 20 M. an
Anzüge in Corscrew-Kammgarn . . . von 22 M. an
Anzüge in sehr gut. Kammgarn-Cheviot oder Ripskammgarn von 25 M. an
Anzüge in feinstem Tuch-Kammgarn oder hocheleg. Twill von 30 M. an

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und zu streng festen Preisen statt.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

Große Betten n. 10.50

bestehend in Doppel-, Unterbett, 2 Kissen.
Bessere Ausführung:
12, 15, 18, 22, 24, 27 M.

Daunen-Betten

30, 33, 36, 42, 45 M.

Füllkräftige Bettfedern

pro Pfund 37 Pfennig.

Mandarinen-Daunen

pro Pfund 2 M. 25 Pf.

Gänsefedern

in jeder Preislage.

Kinder- und Metallbettstellen, Matratzen, Korkkissen in größter Auswahl.

Bettfedern- u. Bettenfabrik

E. Becker,

Berlin, Landsbergerstr. 41.

Tel. Amt VIIa, 7803.

Cuba, per Pfd. von 2-3.20 M.

Berlin N., Brunnenstr. 190.

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
gratis u. franco.

Tappich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**

Oranienstr. 158 Berlin S.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.
M. Bytze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: Im sechsten Kreis: Schwantes Festale, Chausseestr. 98 und in Nieder-Schönhausen „Hotel Wilhelms Hof“, Kaiser Wilhelmstraße 64.

Bitte auszuschneiden und der Lokalliste beizufügen. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Schema F im Krankenhaus.

Aus Charlottenburgs Krankenhaus auf Bestehen hatten wir ein Vorkommnis berichtet (in Nr. 206), das uns zeigte, wie leicht in einer solchen Anstalt das Personal bei gedankenlos-mechanischer Erfüllung der vorgeschriebenen Pflicht dazu gelangen kann, einen Hülfeuchenden um die erwartete Hilfe zu bringen. Der Zimmerer B. wurde mit einer Fußverletzung nach dem Krankenhaus gebracht und rechnete dort auf sofortige Gewährung erster ärztlicher Hilfe. Das Personal nahm aber an, er solle im Krankenhaus verpflegt werden, und so wurde er schließlich, zunächst habe er sich in die Badewanne stellen zu lassen und dann werde man ihm helfen. Da seine Widerrede nicht beachtet wurde, so verließ der von Schmerzen gequälte Mann die Anstalt, ohne die erforderliche Hilfe erhalten zu haben, und suchte dann eine Unfallstation auf.

Der Magistrat von Charlottenburg meint, in unserer Darstellung sei das Krankenhaus zu schlecht weggekommen, und er schickt uns jetzt eine Rechtfertigung. Er schreibt: „B. ist bei seiner Ankunft in unserem Krankenhaus sofort zwecks stationärer Behandlung zur Aufnahme in das Krankenhaus bestimmt und ohne jeden Aufenthalt nach dem Aufnahmebad der chirurgischen Abteilung gebracht worden. Herr Oberarzt Dr. Reupert sah den B. in dem Badezimmer unmittelbar nach dessen Ankunft auf einem Stuhl sitzen, überzeugte sich davon, daß eine augenblickliche Gefahr nicht vorlag, und ordnete die in solchen Fällen vor dem ärztlichen Eingriff notwendige Reinigung des Patienten an. Der Aufnahmewärter, der den B. vorher noch mit einem erneuten Verbandswechsel versehen hatte, verließ darauf auf kurze Zeit das Badezimmer, um die erforderliche Wäsche und Kleidung zu besorgen. Bei seiner Rückkehr erhob sich B. und verließ, trotz mehrfacher Ermahnung, das Badezimmer, weil er nicht länger warten wollte.“

Wer unseren Artikel kennt, dem wird sofort auffallen, daß seine Angaben mit dieser Darstellung des Magistrats übereinstimmen (mit Ausnahme einer Einzelheit, auf die wir noch zurückkommen werden). Eben das bemängelten wir ja, daß B. sofort zur Aufnahme in das Krankenhaus bestimmt wurde, ehe man die Wunde gesehen hatte. Wer hat eigentlich auf Bestehen darüber zu entscheiden, ob jemand zur Verpflegung aufgenommen werden muß oder nur erste Hilfe nötig hat oder ganz abgewiesen werden kann? Ein Arzt sah sich den Verletzten erst an, als er schon im Badezimmer abgeliefert war. Aber auch der behielt nicht die Wunde, sondern prüfte mit kurzem Blick nur das Allgemeinbefinden. Daß der Mann im Krankenhaus bleiben sollte und müsse, stand auch für den Arzt fest. Und so blieb's dabei, daß B. erst in die Wanne hinein mußte und dann ärztliche Hilfe frage. Der Magistrat schreibt, jener „Vorwärts“-Artikel sei „geeignet“, im Publikum eine falsche Auffassung von dem Dienstbetrieb in unserem Krankenhaus hervorzurufen. Wenn das, was der Magistrat erzählt (und was wir genau ebenso mitgeteilt haben), ihm als das Richtige gilt und im Krankenhaus Westen B. Regel ist, dann werden wir allerdings unsere Auffassung vom Dienstbetrieb dieser Anstalt ändern müssen. Der Magistrat behauptet übrigens, noch dort sei B. mit neuem Verband versehen worden. Das ist der einzige Punkt, in dem sein Schreiben unsere Angaben nicht bestätigt. Wir stellen aber fest, daß wir B. gerade hierüber sehr eindringlich befragt haben. Er blieb dabei, der Wärter habe nur den auf dem Bau notwendigsten ungelagerten Verband mit Watte und Binde überdeckt, weil Blut durchsickerte.

Die Rechtfertigung des Magistrats bringt noch ein paar Zusätze, die an dieser verwunderlichen Schilderung das Wertvollste sind. Er erzählt, dem B. sei „von seiner Seite gesagt“ worden, er solle sich nach einer Unfallstation begeben, auch habe er im Badezimmer höchstens zehn Minuten verweilt. Ja, was soll uns das? Wir haben keine Zeitdauer angegeben, wir haben auch nicht behauptet, dem B. sei „gesagt“ worden, er möge eine Unfallstation aufsuchen. Dieser Teil der Rechtfertigung richtet sich wohl gegen ein Montageblatt, das gleichfalls über das Vorkommnis berichtete, aber manches Falsche wiedergab. Will der Magistrat das fortriggieren, so wende er sich dorthin. Es ist eine Keckheit, sich uns gegenüber für eine solche „Vertichtigung“ auch noch auf das Preshgesetz zu berufen, wie er es tat.

Schlummer noch treibt es sein Publikationsorgan, die Charlottenburger „Neue Zeit“. Das liberale Blatt bringt die Selbstverteidigung des Magistrats, scheidt ihr eine Einleitung voraus, nennt darin jenes Montageblatt und den „Vorwärts“ nebeneinander und sagt dreist über beide, sie hätten „einen Artikel veröffentlicht, wonach dem Zimmerer B. im Krankenhaus Westen nicht die gewünschte Hilfe zuteil geworden sei, so daß er gezwungen gewesen sei, eine Unfallstation aufzusuchen“. Die „Neue Zeit“ weiß sehr wohl, daß der „Vorwärts“ einen ganz anderen Artikel als jenes Montageblatt brachte und in wichtigen Punkten eine entgegengesetzte Darstellung gab. Die gefälschte Darstellung des Charlottenburger Magistrats diese seine Bundesgenossin?

Zwischenpächter-Wirtschaft in Laubkolonien.

Der Sommer ist vorbei, der Herbst zieht ins Land, schon schüttelt der Wind die Blätter von Strauch und Baum. Wie sieht's jetzt in den Laubkolonien aus? Die Beete der Pflanzler haben hergegeben, was Gesicht und Fleiß ihnen abzurufen vermochten, noch sind die letzten Garten- und Ackerfrüchte hereinzubringen. Aber so mancher Pflanzler, der das Frühjahr und den Sommer hindurch sich bemüht hat, ist dennoch bis zum Herbst nur knapp auf seine Rechnung gekommen. Er erhofft nun vom nächsten Jahr einen besseren Ertrag seiner Arbeit. Am 30. September ersticht sein dreijähriger Pachtervertrag, vom 1. Oktober will er ihn auf ein weiteres Jahr erneuern - wenn er darf.

Ob er darf, das hängt ab von dem Manne, der zwischen dem Besitzer des Pachtlandes und die pachtulustigen Pflanzler sich als Zwischenpächter hineingeschoben hat. Gibt's in Groß-Berlin Landbesitzer, die selber ihren Boden als Laubland parzellieren und die Parzellen direkt an die Pflanzler verpachten? Wir wissen keinen. Wohl jede Laubkolonie wird als Ganzes an eine Zwischenperson verpachtet, weil das dem Besitzer bequemer ist und gewöhnlich auch mehr Gewinn verspricht. Bequemer ist es, weil er so für die ganze Kolonie nur mit einem einzigen Pächter zu tun hat und sich um nichts weiter zu kümmern braucht. Mehr Gewinn verspricht es ihm, weil als Zwischenpächter meist Inhaber von Schankwirtschaften auftreten, die um so mehr bieten, je mehr sie auf dem erpachteten Lande mit ihrem Ausschank zu verdienen hoffen. Das System der Zwischenpacht wird der direkten Verpachtung nicht nur von privaten Besitzern vorgezogen, sondern auch von Gemeinden, vor allem auch von der Stadt Berlin, die in Vororten große Ländereien besitzt und viel Laubland verpachtet. Oft genug schieben sich sogar zwei

Zwischenpersonen hinein: der Spekulant, der das einträgliche Gewerbe betreibt, überall Laubland zu pachten, und der Schankwirt, der erst vom Laubland-Spekulanten eine Kolonie in Zwischenpacht nimmt.

Diese Zwischenpächter-Wirtschaft wird nur zu oft eine Geißel für den Pflanzler. Es ist schon schlimm, daß sie ihm die Pacht verteuert. Sie bringt ihn aber leicht auch in eine Abhängigkeit von dem Schankwirt, der als Zwischenpächter auftritt. Geschäftslustige Zwischenpächter bestimmen in den Verträgen mit den Pflanzern, in der Kolonie sei der Bedarf an Bier usw. vom Zwischenpächter zu beziehen. Aber auch wer nicht diese Bedingung stellt, rechnet doch auf die Kundenschaft seiner Pflanzler. Jeder Schankwirt will möglichst viel verdienen, das wird ihm niemand verdenken. Da werden aber dem aussähtenden Zwischenpächter die Pflanzler, die wenig bei ihm verzehren, wahrscheinlich nicht halb so lieb sein wie die anderen, die er als gute Stunden schenken darf. Wird er zaudern, zum Herbst einem schlechten Kunden den Laufpaß zu geben und die Parzelle an einen Nachfolger verpachten, der vielleicht fleißiger trinken will? Für den Pflanzler, dem aus solchem Anlaß oder auch aus anderen Gründen die Erneuerung des Vertrages verweigert wird, ist das meist sehr bitter. Was er an Mühe und Geld in die Parzelle hineinsteckt, kann manchmal erst nach Jahren sich voll rentieren. Das Land hat er fleißig bearbeitet und zweckmäßig gedüngt, um es überhaupt ertragsfähig zu machen. Mit vieler Mühe hat er selber sich einen Brunnen gegraben, um das unentbehrliche Wasser zu kriegen. Sträucher hat er gepflanzt und Bäume, die erst lohnen sollen, was er auf sie verwendete. Eine neue feste Laube hat er als Ersatz für ihre primitivere Vorgängerin erbaut, weil er noch auf Jahre hinaus hier bleiben zu können meinte. Unter solchen Umständen zieht mancher es vor, vor dem Zwischenpächter zu streuzen zu kriechen und sich sein Wohlwollen zu sichern.

Selbstverständlich haben aber die Pflanzler nicht immer sich ohne Gegenwehr den Zwischenpächtern ausgeliefert. Überall in den Laubkolonien bestehen Pflanzervereine, die durch ihren Zusammenschluß versuchen, den Willkürgeboten eines Zwischenpächters zu begegnen. Schon mancher Zwischenpächter, der zu sehr sich als „Herr im Hause“ fühlte, hat es zu spüren gekriegt, daß mit dem Pflanzerverein seiner Kolonie nicht zu spaßen war; schon mancher hat es erleben müssen, daß kein Ausschank kontrolliert wurde. Kann man sich wundern, wenn der Zwischenpächter einen solchen Pflanzerverein grimmig haßt? Dazu kommt, daß einzelne Pflanzervereine geradezu darauf ausgehen, sich von dem Zwischenpächter-System zu befreien. Sie suchen Laubland direkt vom Besitzer zu pachten, damit die Parzellen ohne Profit an die Mitglieder abgegeben werden können. Das schließt nicht aus, daß die Kolonie deshalb doch ihren Ausschank kriegt; denn auch in solcher Kolonie wollen die Trinker, die alkoholfreundlichen samt den alkoholfreundlichen, nicht trocken sitzen. Aber der Schankwirt steht dann nicht über, sondern neben den Pflanzern und kann nicht den schikanieren, der ihm wenig zu verdienen gibt. Der „Bund der Pflanzervereine Berlins und Umgegend“ nennt unter seinen Aufgaben sogar an erster Stelle die „geeignete Pachtländer zu erwerben resp. Laubkolonien zu gründen“. An den Berliner Magistrat, der bisher die Laubland-Spekulanten begünstigte, hat der Bund jetzt eine Eingabe um direkte Ueberlassung von Laubland gerichtet.

Zu welchen Umständen die Zwischenpächter-Wirtschaft führen kann, dafür wollen wir ein Beispiel mitteilen. Der Gegensatz zwischen den Pflanzervereinen (bzw. ihrem Bund) und den Zwischenpächtern hat in Kolonie „Ostend“ an der Landberger Chaussee sich bis zu offenem Kampfe gesteigert. Der Restaurateur Kieburg, der dort Zwischenpächter ist, hatte sich mit dem zum Bund gehörigen Pflanzerverein überworfen, weil der Bund eine Kampforganisation gegen die Zwischenpächter sei. Der Unfriede hatte begonnen, als im vorigen Jahre eine Kommission des Bundes beim Besitzer des Terrains der Kolonie „Ostend“ um direkte Verpachtung von Laubland vorstellig geworden war. Der Besitzer lehnte das ab. Herr Kieburg wollte dann im Herbst 1906 einem seiner Pflanzler, der mit ihm Besitzer gewesen war, sein Land mehr geben, aber er lenkte ein, als der Verein sich ins Mittel legte. Als K. darauf im Sommer 1906 dem Vereinsvorsitzenden ohne Angabe eines Grundes das Pachterhältnis aufkündigte, wurde sein Ausschank kontrolliert. Er antwortete damit, daß er zunächst an noch sechs andere Mitglieder die Auflage ergehen ließ.

Die Einzelheiten dieses Streites sind für Unbeteiligte minder wichtig, aber eine Episode daraus verdient allgemeiner bekannt zu werden. Als in einer der letzten Nächte ein dem Verein angehörender Pflanzler mit fünf anderen Mitgliedern seine Laube abbrach, um am anderen Tage in der Frühe mit dem Umzuge beginnen zu können, erschien eine Schaar von etwa 20 Männern, in der sich der Zwischenpächter befand, und lieferte ihnen eine regelrechte Schlacht. Drei der Angegriffenen entflohen, drei andere wurden so zugerichtet, daß sie ärztliche Hilfe suchten mußten. Uns will scheinen, daß dieser Beitrag zur Zwischenpächter-Wirtschaft in Laubkolonien weit über den Kreis des betroffenen Vereins hinaus von Interesse ist.

Das Kuratorium der Stadtbibliothek und der städtischen Volkslehbibliotheken und Lesehallen hat gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Geh. Reg.-Rat Friedel den Etat für 1907 beraten. Es wurden vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden, die Summen in den Etat eingestellt, welche erforderlich sind, um bei der Stadtbibliothek in der Zimmerstraße im linken Erdgeschoss eine Ausgabestelle für das Publikum und im rechten Erdgeschoss eine große öffentliche Lesehalle einzurichten zu können. Ferner beschäftigte sich das Kuratorium mit einem Testamentsvollstrecker des verstorbenen Buchhändlers Albert Cohn, der der Stadtgemeinde Berlin ein Vermächtnis zugunsten der städtischen Bibliotheken usw. in Höhe von rund einer halben Million Mark hinterlassen hat. Die Testamentsvollstrecker begeh den Wunsch, aus Pietät für den Verstorbenen dessen mit vieler Mühe und großem Fleiß während langer Jahre gesammelten annähernd 80000 Nummern umfassenden Katalog von Schatzspezialisten Schriften, Biographien usw. herauszugeben, bezw. dem Publikum zugänglich zu machen, wozu jährlich 60000 M. erforderlich sind.

Ein schwieriges Rettungswerk vollbrachte gestern vormittag die Feuerwehr an der Mollstraße. Dort war ein Branerwagen der Firma Gregory samt den beiden Pferden von dem Quaiufer des Bachhofes in die Spree gestürzt. Als die alarmierte Feuerwehr mit dem 15. Zuge anrückte, waren die Tiere mit dem Wagen schon untergegangen. Es mußte nun erst festgestellt werden, wo die Pferde lagen. Mit einem Rettungsboot führten mehrere Feuerwehrmänner das Ufer entlang und suchten mit Stangen die Spree ab. Als sie die Stelle fanden, wo die Pferde lagen, wurde mit großen Rettungstauen die schwierige Arbeit des Herausholens begonnen. Es dauerte über eine Stunde, bevor man die Tiere an Sella gebunden hatte. Mit einem Krahn wurden sie dann aus den Fluten gezogen. Beide Pferde waren tot. Der Wagen konnte bisher noch nicht herausgeholt werden.

Die neu erbaute Oranienbrücke ist gestern Abend zum erstenmal für den Wagen- und Fußgängerverkehr freigegeben worden. Die Straßenbahnwagen durften die neue Brücke schon seit mehreren Tagen benutzen. Die während des Brückenbaues dienende Holzbrücke ist abgesperrt, mit ihrem Abriß soll begonnen werden.

Während Bürgermeisters Weill gegenwärtig in Berlin, um die städtischen Einrichtungen zu studieren und dann die städtischen Institute seiner Vaterstadt nach deutschem Muster zu gestalten.

Zwei schwere Betriebsunfälle werden vom gestrigen Nachmittag gemeldet. In einer Geldschrankfabrik in der Bahstraße stürzten mehrere schwere Panzerplatten um und fielen unglücklich-

weise auf den 21jährigen Fabrikarbeiter Ludwig Doberemski, Prinzenallee 12, der in diesem Augenblick an der betreffenden Stelle vorüberging. Der junge Mann wurde in beruflosstem Zustande wieder hervorgezogen. Dem Bedauernswerten war der Brustkasten eingedrückt und außerdem hatte er sich innere Verletzungen zugezogen. Er kam ins Rådabier Krankenhaus. — Auch der 19jährige Schmied Alwin Kimridt aus der Koloniestraße 148 wurde schwerverletzt dorthin eingeliefert. Er ist in einer Automobilfabrik in der Koloniestraße beschäftigt und hatte gestern nachmittag das Unglück, von einem herabstürzenden Automobilkasten getroffen zu werden. Der rechte Unterschenkel wurde dem Ärmsten vollständig zerschmettert.

Lebensgefährlich verunglückt ist gestern Abend beim Verlassen des Bahnhofs Wedding ein unbekannter Arbeiter. Er war im Begriff gewesen, den nach der Müllerstraße zu führenden Ausgang zu verlassen und als er die hohe Treppe hinunterstieg, stürzte er plötzlich kopfüber in die Tiefe. Passanten trugen den Verunglückten in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation 6 in der Lindowstraße, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte. Alsdann wurde er nach der Charité gebracht.

Unfallfälle im Straßenverkehr.

Vom Straßenbahnwagen abgestürzt ist gestern nachmittag eine unbekannt, etwa 40jährige Frau, welche einen Straßenbahnwagen der Linie 1 benutzte und sich auf die Vorderplattform des Anhängewagens gestellt hatte. Vor dem Haupte Friedrichstraße 10 stürzte die Frau plötzlich seitlich von dem Straßenbahnwagen herab und blieb benimmungslos neben dem Wagen liegen. Die Verunglückte, die einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. — Unter einem Straßenbahnwagen geriet gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr der obdachlose, 70jährige Arbeiter Ludwig Görne. Der Greis wollte zur genannten Zeit die Kottbuserstraße in der Nähe des Kottbuser Tores überschreiten und betrat unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie 20 das Gleis. Obwohl der Wagenführer die Gefahrenbremse zur Anwendung brachte, konnte er doch nicht verhindern, daß G. unter die Plattform geriet und vor dem Schuttrahmen liegen blieb. Görne, der eine schwere Brustverletzung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Von einem Zweiradfahrer niedergeworfen und schwer verletzt wurde gestern nachmittag in der Seestraße der 11jährige Schüler Karl Schulz, als er auf dem Wege nach der elterlichen Wohnung den Fahrdamm des genannten Straßenzuges in der Nähe der Marchstraße überschritt. Der Radfahrer fuhr an der linken Seite des Fahrdammes entlang und Sch. ber den Radler nicht sah, wurde von dem Vorderrad der Maschine erfasst und zu Boden geschleudert. Er fiel so unglücklich, daß er eine schwere Schädelverletzung, Bruch des rechten Unterarmes und anscheinend auch innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift in der Müllerstraße übergeführt.

Auf schreckliche Weise hat gestern nachmittag der 6jährige Sohn Artur des Metalldeckers Jerning, Panstr. 5, sein Leben verloren. Während die Mutter zum Einkauf ausgegangen war, befand sich der Knabe ohne Aufsicht in der in der dritten Etage belegenen Wohnung und kletterte auf die Erüstung des offenen Fensters. Als die Mutter wieder in das Zimmer eintrat, erfuhr das Kind, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe hinab. Mit zerschmettertem Schädel wurde der Kleine nach dem städtischen Kinder-Krankenhaus gebracht, doch starb er bereits auf dem Transport dorthin.

Ein Verbrecher, der auch die Berliner Kriminalpolizei längere Zeit beschäftigt hat, ist jetzt zu Pestsohlad in Ungarn ergriffen worden. Es handelt sich um den 36 Jahre alten Müllergesellen August Sternidel, der eines furchtbaren Verbrechens wegen verurteilt wurde. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde die Waise von Magwig bei Löwenberg in der Nacht zum Pfingstsonnabend vorigen Jahres ein Raub der Flammen. Der alte Wädhensbesitzer Knappe, der auf dem historischen Besitztum geboren und groß geworden war, kam in den Flammen um, ebenso sein Hund und sein Pferd. Der Verdacht, daß Verbrecher den Brand angelegt hatten, bestätigte sich. Ein Berliner Kriminalkommissar, der mit den Ermittlungen betraut wurde, kam durch die Keuzierung eines Schlossers, den er in Bunzlau fand, auf die Spur der Brandstifter und nahm zwei von ihnen, die Maurer Wilhelm und Reinhold Vietz, fest. Diese gestanden, mit Sternidel das Verbrechen verübt zu haben. Die Brandstifter und Mörder waren nachts in das Gehöft eingestiegen, hatten den alten Müller in seiner im Obergeschoss gelegenen Schlafkammer umgebracht und beraubt und dann das Anwesen in Brand gesetzt. Sternidel, der auch in Berlin gewesen war, wußte sich allen Nachforschungen zu entziehen.

Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, bestehend aus ehemaligen Patienten der Lungenheilanstalt hält eine Reihe von Vorträgen im Bürgercafé des Rathauses ab. Der erste beginnt am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, und spricht Chefarzt Dr. Landgraf-Velzig über: „Was können Patienten von der Heilanstaltbehandlung für ihr späteres Leben lernen?“

Ein Orgelsonneri veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr der Königl. Musikdirektor Bernh. Artgang in der St. Marienkirche unter Mitwirkung von Frä. Wili. Kewitsch (Sopran), Frä. Hilda Elger (Alt), Herrn Georg Dieburtz (Violine) und Herrn Heinrich Scholz (Orgel). Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstagsabend 9 Uhr: 4. Abteilung für Lichtenberg und Umgegend: Vortag Übungsabend des Sommerkurses. Vortrag über: „Krankenspflege und Transport Verunglückter und Erkrankter“. Daran anschließend praktische Übungen. Der Winterkursus in dieser Abteilung beginnt am 18. Oktober, wozu die neuen Lehrpläne zu haben sind. Um zahlreiche Beteiligung wird erlucht. Nach dem Vortage gemüthliches Beisammensein.

Das Radrennen in Steglitz findet heute abend 6 1/2 Uhr statt. Zu betraucht kommt der Große Preis von Europa.

Der Zoologische Garten ist neuerdings in den Besitz eines Paares Sandwürgans gelangt, einer Vogelform, die wegen der Einbürgerung der Raken auf dem Hawaiiarchipel ihrem Aussterben nahe und daher äußerst schwer lebend zu beschaffen sind. Diese zierliche Würgans, die im wesentlichen gelbbraun erscheint und an dem schwarzen Längsstrich über Kopf, Nacken und Hals im Verein mit dem ebenso gefärbten Schnabel und den Füßen leicht kenntlich ist, ist durch die besonders ausgebildeten Längsflügel im Hals-gefeieder und durch die tief ausgeschnittenen Schwimnhäute ausgezeichnet. Das seltene und kostbare Paar ist auf dem oberen Teich an der Waldfhänke untergebracht.

Im Berliner Aquarium findet der Besucher gleich nach Betreten des Schlangenganges einige soeben neuangelommene Gäste. Der an Kopf- und Arzanzahl überaus reichen und speziell aus allen Faunengebieten der alten und neuen Welt enthaltenden Sammlung von Giftschlangen sind wieder zwei Exemplare aus der Gattung der Schildotter (Naja) zugeführt worden, die in der Kraft zwar den ungeschwätigen Kattern gleichen oder ähneln, durch den Besitz von Giftzähnen und Giftdrüsen aber zu den gefährlichsten unter Insekten zählen. Die neuen Antommilge zeichnen sich durch ein bronzefarbenes Rot ihres oberseitigen Schuppenkleides aus und bilden somit eine Varietät jener über fast ganz Afrika südlich des Atlasgebirges verbreiteten Napis- oder Nadeschlange, die schon in der Geschichte Moses und der alten Ägypter eine Rolle spielt und bisher hier im Aquarium nur durch eine ganz dunkle Spielart ver-

treten war, die jedoch nicht mit der schwarzköpfigen Hülshlange verwechselt werden darf. Dem Namen nach am bekanntesten von diesen Najas ist die wegen einer brünnlichen roten Zeichnung „Brünnenschlange“ benannte indische Cobra, deren im Aquarium befindliche Vertreter eine handgrobe Grundfärbung zeigen, während andere schwarz, grau oder braun erscheinen.

Eine größere Verleserhöhung gab es gestern nachmittags 4 Uhr in der Potsdamerstraße. Unmittelbar unter der Hochbahnüberführung an der Bülowstraße sprang ein Straßenbahnwagen aus dem Gleise. Bevor er wieder eingehoben werden konnte, verließen fast 20 Minuten. Während dieser Zeit stockte der gesamte Straßenbahnverkehr im Besten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die 4. Kompanie nach der Vorstraße 5 gerufen. Dort war um 5 Uhr eine Spiritusflasche in der Küche explodiert und hatten, außer Einrichtungsgegenständen, die Kleider der Wohnungsinhaberin Feuer gefangen. Es gelang die Flammen schnell zu löschen. Der Wohnungsinhaberin, die Brandwunden an den Beinen erlitten hatte, legte die Feuerwehr Notverbände an. Nachts um 3 Uhr wurde die Feuerwehr böswilligertweise nach dem Gesundbrunnen alarmiert. Als die Wehr an dem Weider in der Soldinerstraße nahe der Reichsbahngrenze von Panow ankam, war der Täter längst über alle Berge. Wegen einer Gasexplosion wurde der Noaditer Löschzug nach der Verlebergerstraße 34, Ecke Birken- und Lübeckerstraße, gerufen. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Derselbe Zug hatte bald darauf in der Paulstraße 20c zu tun, wo ein Ballon Gasfächer explodiert war. Eine Wagenremise brannte nachts in der Frankfurter Allee 128 und Gärdenen usw. in der Cronienstraße 2a. Im Keller des Seitenflügels Immanuelstraße 10 und Cuxenstraße 45 hatte die Wehr gleichzeitig zu tun. An beiden Stellen brannten Fett, Gardinen, Schaldecken u. a.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung dem Antrage des Magistrats zu, dem Verein zur Förderung der Kunst eine Kula und einen Geldbetrag zur Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden zur Verfügung zu stellen.

Ohne wesentliche Debatte wurde dem Magistrat für eine Reihe von Jahresrechnungen die Entlastung erteilt. Gemäß dem Antrage des Rechnungsausschusses beschließt die Versammlung, um eine Verschleuderung der Altimaterialien zu verhindern, eine Zentralstelle für die Sammlung und den Verkauf derselben einzurichten.

Bei der Jahresrechnung der Feuerlöschverwaltung kam der Stadtv. Lulag auf den vor einiger Zeit erfolgten Unfall der Schöneberger Feuerwehr zu sprechen. Er protestierte gegen die vom Leiter der Wehr in die Öffentlichkeit getragene Ansicht, daß an dem Unglücksfall die Straßeneinteilung schuld wäre. Er habe die Straßenanlagen vieler Städte studiert und habe dabei gefunden, daß es dort genau ebenso aussehe. Eine derartige Verteilung des Leiters könne nur Kopfschütteln hervorrufen. — Am Magistrats-tisch schwieg man diesen Äußerungen gegenüber.

Erregte Debatten brachte dann die zum Schluß der öffentlichen Sitzung vorgenommene Wahl von sechs unbedeutenden Stadträten. Da zwei von diesen ihr Amt sofort nach erfolgter Befähigung zu übernehmen haben, während die Amtsperiode der übrigen vier Herren erst am 1. April 1907 beginnt, so beantragten die Liberalen, entgegen dem Vorschlage des Vorsitzers, zunächst die Wahl der beiden Erstgenannten vorzunehmen. Hieron wollten nun aber die Herren der Hausbesitzerfraktion absolut nichts wissen, da ihre Taktik auf dem Vorschlage des Vorsitzers aufgebaut war. Die Debatte, die zum großen Teil auf das persönliche Gebiet hinüberging, brachte recht widerliche Szenen. Der Hausbesitzerfraktion wurde zum Vorteil gemacht, daß sie sich von antihumilitären Strömungen leiten lasse und aus diesem Grunde die vom Wahl-ausschuss einstimmig empfohlene Wahl des liberalen Stadtverordneten Kaufmann zum Stadtrat zu verhindern suche. Auch der Vor-sitzer spielte sich wieder als Schlichter der Hausbesitzerfraktion auf und glaubte dem Stadtv. Rheinbader Belehrungen über die parlamentarischen Anstandsregeln erteilen zu müssen. Durch die treffenden Zwischenrufe verlor er aber das Konzept zu seiner Rede und brach dann plötzlich ab. Stadtv. Hoffmann (Soz.) benutzte die Gelegenheit, die Ausführungen der bürgerlichen Redner einer Kritik zu unterziehen, dabei betonend, daß für die Sozialdemokratie die Wahl der Stadträte mehr gleichgültiger Natur sei, da ja von der Wahl eines Sozialdemokraten in den Magistrat doch nicht die Rede sein kann.

Nach Ablehnung des Vorschlages der Liberalen erfolgte dann die Wahl der Stadträte, wobei die Liste der Hausbesitzerfraktion, zum Teil mit einer kleinen Majorität, den Sieg davontrug. Es wurden wiedergewählt die Herren Klotz, Stauß, Leonhardt, Nordhausen und neugewählt die Herren Jährlich, Selmecher und Sanitätsrat Dr. Wagner.

Der Stadtverordnete v. Frankenberg hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Er gehörte der zweiten Abteilung an und war das älteste Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Seine äußerst reaktionären Ansichten gaben unseren Parteigenossen oftmals Veranlassung zu besonderen Auseinandersetzungen mit ihm. Auch ließ er selten eine Gelegenheit vorbegehen, um nicht dabei die Sozialdemokratie anzurempeln.

Die Bautätigkeit in Schöneberg im Jahre 1905 ist nach den jetzt veröffentlichten Feststellungen des Statistischen Amtes eine größere gewesen als im vorhergehenden Jahre. Es sind 150 Häuser mit 3002 Wohnungen entstanden, während im Jahre 1904 nur 124 Häuser mit 2527 Wohnungen zu verzeichnen waren. Am härtesten war die Bautätigkeit im zweiten Stadtbezirk, der allein 61 Neubauten aufzuweisen hat. Die Durchschnittszahl der Wohnungen in jedem Hause ist von 20 im Jahre 1904 auf 19 heruntergegangen. Weniger als 10 Wohnungen haben 8 Häuser, 10—20 Wohnungen 84, 20—30 Wohnungen 54 und über 30 Wohnungen 13 Häuser. Unter den 3002 neu entstandenen Wohnungen sind am meisten vertreten diejenigen mit zwei Zimmern, nämlich 990, gleich 32% Proz.; 428 Wohnungen haben nur ein Zimmer, 583 drei Zimmer, 448 vier Zimmer, 360 fünf Zimmer, 189 sechs Zimmer, 72 sieben und nur 4 Wohnungen acht Zimmer. Selbstverständlich hat man die Wohnungen mit den höchsten Zimmerzahlen in den Stadtteilen der Reichen zu suchen. Auch sind diese Wohnungen mit allen möglichen Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten ausgestattet. So können z. B. 73 Häuser Zentralheizungen, 35 Häuser Personenfahrstühle und 80 Häuser elektrische Beleuchtung der Wohnungen aufweisen. Ein Badezimmer haben 2203 Wohnungen und ein sogenanntes Mädchenzimmer 1707 Wohnungen. In den 150 neu erbauten Häusern befinden sich 227 Läden. Die gesamte durch die Bebauung des Jahres 1905 in Anspruch genommene Fläche beläuft sich auf 143 161 Quadratmeter, und zwar fallen auf die Vorgärten 13 916, auf die Hofräume 41 068 und auf die eigentliche Bebauung 88 177 Quadratmeter. — Auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres 1906 ist abermals eine Steigerung der Bautätigkeit eingetreten, es sind entstanden 78 Neubauten gegen 50 Neubauten im ersten Halbjahr 1905.

Steglitz.

Appetitliches von der Freibank. Schon seit längerer Zeit hat auch Steglitz die „soziale Einseitigkeit“ einer Freibank. Da bei den jetzt herrschenden ungeheuerlichen Fleischpreisen eine immer größere Zahl von Arbeitern mit ihren Familien zum Zwangsvegetarismus verurteilt werden, ist es begreiflich, wenn der Antrag zur Freibank immer größer wird. Vorige Woche erschien eine amtliche Bekanntmachung des Gemeindevorstandes, daß auf der Freibank das Fleisch einer Kuh in 100 kg Zustände zum Preise von 40 Pf. das Pfund verkauft werden solle. Wie immer hatten sich zahlreiche Frauen eingefunden und erwarteten den Beginn des Verkaufes. Der Fleischer schien jedoch keine Lust zu haben, mit dem Ausschneid zu beginnen, hielt es aber auch nicht für nötig, die Wartenden über den Grund seiner Untätigkeit

aufzuklären. Den Frauen kam die Sache verdächtig vor und einige brängten sich vor, um das so heiß begehrte Fleisch zu beschaffen. Jetzt wurde ihnen klar, warum der Mann zögerte. Offenbar waren ihm schwere Gedanken aufgelegt, derartiges Fleisch abzugeben. Wie man uns glaubwürdig versichert, schillerte dasselbe in allen Regenbogenfarben und war außerdem von zahllosen Lebewesen bevölkert. Voller Ekel und Abscheu wendeten sich die in ihren Erwartungen getäuschten Frauen ab und verzichteten auf dieses Fleisch, das zwar als mindertwertig, aber doch zur menschlichen Nahrung geeignet amonciert worden war. Auch dem Schlichter scheint der Appetit vergangen zu sein, denn wie berichtet wird, rettete er sich mit seiner Frühstücksstulle ins Freie. Was aus dem verschmähten „Vollnahrungsmittel“ schließlich geworden ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. — Wenn sich alles so verhält, wie oben berichtet, muß man an unsere Gemeindebehörde denn doch die Frage richten: Wie ist so etwas möglich, trotz amtlicher Kontrolle? Wir bezweifeln nicht, daß das Fleisch vorher tierärztlich untersucht und als genießbar bezeichnet wurde. Es ist aber doch wohl klar, daß „mindertwertiges“ Fleisch viel weniger haltbar ist wie gesundes, und daß es, wie dieser Fall beweist, schon nach einem oder zwei Tagen völlig verdorben sein kann. Da wäre es doch wohl Pflicht, am Morgen vor dem Verkauf noch eine Untersuchung vornehmen zu lassen, nicht nur, um die unbedingte Unschädlichkeit festzustellen, sondern auch um zu verhindern, daß derartig verdorbenes Fleisch überhaupt dem Publikum zu Gesicht kommt. Oder man sollte wenigstens in solchem Falle dem mit dem Ausschneid beauftragten die Befugnis zugesetzen oder besser noch, es ihm zur Pflicht machen, den Restanten von dem Sachverhalt Kenntnis zu geben mit dem Bemerkten, daß er derartige Ware nicht verkaufen könne. Es ist dringend zu wünschen, daß die zuständige Behörde den Fall untersucht und den Schuldigen zur Rechenschaft zieht, um derartige Ungehörigkeiten in Zukunft zu verhindern.

Rigdorf.

Zu unserer gestrigen Notiz teilt uns Herr Brandt mit, daß Walterstr. 19 vor seinem Lokal wohl ein junger Dursche mit dem Revolver geschossen habe, eine Schlägerei aber nicht stattgefunden hat.

Nieder-Schöne-weide.

Die Ermittlungen betreffend die verhängnisvolle Gasexplosion in der ersten Gemeindegasse in Nieder-Schöne-weide sind jetzt zum Abschluß gelangt. Die Schuld an dem Unglück, bei dem bekanntlich der Schaubdiener und dessen Frau schwer verletzt wurden, trifft einen Malergehilfen, der im Schulgebäude beschäftigt war. Der junge Mensch machte Kraftübungen an einem Gasarm, der unter seinem Gewichte abbrach, so daß das Gas ungehindert ausströmen konnte. Der Malergehilfe ging dann heim, ohne zu ahnen, welches Unheil er angerichtet.

Adlershof.

Die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend hat auch in ihrem letzten Geschäftsjahre eine gute Entwicklung gezeigt. Ihr Umsatz, welcher im Vorjahre 172 691 M. betrug, hat sich in diesem Jahre in den drei Verkaufsstellen auf 202 759 M. erhöht. In Adlershof wurden umgesetzt für 80 744 M. (im Vorjahre 77 500 M.), Alt-Glienide für 48 547 M. (45 319 M.) und in Grünau 68 672 M. (49 772 M.). Die Mitgliederzahl stieg von 600 auf 767. Unter letzteren befinden sich jetzt sechzig Mitglieder der Arbeiter-Laugenossenschaft „Paradies“, welche auf ihrem Laubengelände bei Lohndorf in den Monaten April bis August für 6500 M. an Waren geliefert wurden. Von der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, der Konzentration des genossenschaftlichen Einkaufes, wurden für 47 300 M. Waren bezogen; das sind 29 Proz. des gesamten Wareneinkaufes, welcher 163 379 M. betrug. Trotz der bedeutenden Abschreibungen für Inventar und Rücklagen für den Reservefonds und anderen Fonds wird auch in diesem Jahre die Genossenschaft ihren Mitgliedern 5 Proz. des Umsatzes als Rückvergütung zuwenden können. Der Bericht zeigt wiederum, daß der Gedanke der konsumgenossenschaftlichen Zusammengehörigkeit immer tiefer in die Massen dringt.

Pankow.

Die Annahme der Wertzuwachssteuer durch die Gemeindevertretung hat nunmehr den Grundbesitzerverein zu Protestaktionen veranlaßt. Der Gemeindevertretung soll eine Resolution unterbreitet werden, in der um eine Abänderung resp. Veseitigung der Steuerordnung ersucht wird. Gleichzeitig soll an den Minister des Innern, den Oberpräsidenten und Landrat das Ersuchen gerichtet werden, der Wertzuwachssteuer die Genehmigung zu verweigern. Daß zu der Belämpfung der Steuerordnung die schabigsten und lächerlichsten Gründe herhalten müssen, verzieht sich ohne weiteres. Da muß die arme Witwe mit ihren Kindern, welche das Grundstück unter den größten Entbehrungen gehalten haben und, um nicht zu verhungern, das Grundstück von Jahr zu Jahr mehr belasten. Es wird dann ausgerechnet, daß bei dem Verlauf 12 140 M. Steuer zu zahlen sind, während das Guthaben im günstigsten Falle 10 000 M. beträgt, so daß die Witwe mit den Kindern ruiniert ist. Auch bei Terrainspekulationen werden ähnliche Berechnungen angeführt um zu beweisen, wie hart und ungerecht diese Steuer sei. Daß in der Praxis die Dinge nicht so liegen, steht ohne weiteres fest, wird aber besonders an einem interessanten Prozeß bewiesen, den die Gemeinde Pankow zu führen gezwungen wird. Der Besitzer eines Grundstückes muß nach dem bestehenden Fluchtlinienplan von einem 2000 Quadratmeter großen Grundstück 1000 Quadratmeter abtreten und will den entstehenden Schaden ersetzt haben, wozu er auch berechtigt ist. Im vorigen Jahre hat er gegen die Einschätzung zur Grundsteuer mit Erfolg Einspruch erhoben, weil das Grundstück nicht 50 000 M., sondern nur 35 000 M. wert sei. Jetzt nach kaum Jahresfrist verlangt der Herr für die Abtretung eine Entschädigung von 250 000 M., also das Vierzehnfache des Wertes vom vorigen Jahre. Dergleichen hat ein Maurermeister für ein vor drei Jahren für den Preis von 40 000 M. erworbenes, in der Schönholzerstraße gelegenes Grundstück den respektablen Preis von 150 000 M. erzielt. Die Haus- und Grundstücksagrarier haben dieselbe Natur wie die Land-agrarier; auch sie versichern nur einzuhelfen, sich aber vor Lasten zu drücken.

Trebbin (Kreis Teltow).

Ueber den Mannheimer Parteitag referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Bödeker-Misdorf. Bei den Punkten Raiffeier und Massenstreik, betonte Redner, werde der Parteitag auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft eingehen müssen und seine Stellung dazu festzulegen haben.

An Stelle des Genossen Cani, der sein Amt als Bericht-erstatter für die Parteipresse niedergelegt hat, wurde Genosse Maucher gewählt und an Stelle des in voriger Versammlung zum Vorsitzenden gewählten Genossen Stramann Genosse Heim mit dem Amte eines Revisors betraut.

Unter Vereinsmitteilungen wurde der Eingang des Entwurfes des preussischen Organisationsstatuts zur Kenntnis gebracht; die eingehende Besprechung desselben soll Gegenstand der nächsten Versammlung sein. Ferner bemerkte der Vorsitzende, daß es leider nicht gelungen sei, dem Parteivorstand ein Exemplar der „Partei-korrespondenz“ für den Verein zu erhalten. Der Bericht der Delegierten zur Kreis-Generalfammlung wurde ohne Debatte entgegengenommen. Unter Verschiedenem wurden einzelne Mißstände (Bierpreishöhung usw.) in den Parteilokalen zur Sprache gebracht und ein Antrag angenommen, wonach Vorstand und Lokalkommission gemeinsam mit dem Gewerkschaftsrat die Angelegenheit weiter verfolgen sollen. In den Wahlverein wurden acht Genossen aufgenommen.

Erker.

Ein schweres Baumunglück ereignete sich gestern nachmittags in der Kolonie Neu-Seeland bei Erker. Ein dem Eigentümer stauert

gehöriger dreistöckiger Neubau ist im Rohbau hochgeführt und wird gegenwärtig abgeputzt, zu welchem Zweck ein Stangengerüst aufgestellt ist. Von dem Gerüst sollte gestern nachmittags, nachdem der Abputz unter dem Dachstuhl fertiggestellt war, die oberste Stufen-lage entfernt werden. Hierbei brach eine der längs ge-laudenen Rüststangen durch und das Gerüst brach zusammen, die auf demselben stehenden drei Arbeiter mit sich in die Tiefe reichend. Es waren dies die Pauer Richard Dietrich, Karl Dudow und Karl Voigt, welche von den übrigen Bauarbeitern aus ihrer entsetzlichen Lage befreit wurden. Alle drei Personen hatten nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Dietrich hat einen Armbruch und schwere innere Kontusionen davongetragen, Dudow eine Schädel-kontusion und Voigt außer verschiedenen äußeren Verletzungen inneren Unterleibs erlitten. Die drei Verunglückten wurden nach der Heil-anstalt in Wilhelmshagen übergeführt.

Spandau.

Gehälter und Löhne der städtischen Beamten und Arbeiter. Durch die mehr als eigentümliche Art der Spandauer Stadtväter, die Gehalts- und Lohnverhältnisse der städtischen Beamten und Arbeiter in geheimer Sitzung zu verhandeln, wird den Bewohnern Spandaus die Möglichkeit genommen, Kenntnis von der Gehalts- und Lohnhöhe der Beamten und Arbeiter überhaupt zu erhalten. Wir nehmen deshalb Gelegenheit, an der Hand der Magistratsvorlage die bisher geltenden und von jetzt in Vorschlag gebrachten Gehälter und Löhne unseren Lesern so weit als möglich zu unterbreiten. Daß die Gehalts- und Lohnaufbesserungen der niedrigen Beamten und Arbeiter eine recht bescheidene Rolle als der Vorlage spielen, sei vorweg erwähnt. In der Spitze der Gehaltsaufbesserungen marschieren außer dem Oberbürgermeister Köpke, Bürgermeister Wolf, Stadtkau-rat Paul, Stadtrat Weber, die der Reihenfolge pensionsberechtigten Zulagen in Höhe von 3000 M., 1000 M., 1000 M. und 500 M. er-halten, der Schlachthofdirektor mit einem Anfangsgehalt von 3600 M. (3300 *) und einem Endgehalt von 5100 (4500) bei Alterszulagen von 5 a 300 (4 a 300). In dieselbe Gehaltsklasse gehören der Wasserwerksdirektor und der Stadtgeometer, deren Anfangsgehalt bisher 3600 M. und Endgehalt 4800 M. betrug. Es folgen alsdann der Bureaudirektor und Rechnungsdirektor mit einem Anfangsgehalt von 3300 M., Endgehalt 4800 M. (4500) bei vier Alterszulagen a 400 M. und 1 a 100 M., der Rentant der Hauptkasse und der Sparkasse, deren Endgehalt gleichfalls 4800 M. beträgt. Der Stadtsekretär und Polizeikommissar erhalten 2800 M. Anfangs-, 4700 M. Endgehalt (4200), der Stadtbauführer 2300 M. Anfangs- (2160) und 4500 M. Endgehalt (4000). Es folgen dann Sekretäre, Buchhalter, Polizeikommissare, Schlachthofassistenten techn. Revisor mit 2200 M. Anfangsgehalt (2100) und 4000 M. Endgehalt (3500). Der in der Kriminalabteilung beschäftigte Polizeikommissar erhält monatlich 30 (10) M. Dienstaufwandgelder. Registratoren und Assistenten er-halten 1900 M. Anfangs- und 3350 (3000) M. bzw. 3200 (2850) M. Endgehalt.

Das Gehalt der Strafreinigungsinspektoren, Votenmeister und Polizeiwachmeister beträgt 1800 M. Anfangs- und 3200 bzw. 2700 M. Endgehalt. Polizeiergeanten erhalten 1500 (1400) M. Anfangs- und 2500 (2000) M. Endgehalt. Das Grundgehalt des Rathhauskassiers, Armenhausverwalter, Schlachthauskassenmeister, Schlachthausförstner, Materialienverwalter der Gasanstalt, Forst-anseher und Bureauhilfsarbeiter beträgt 1800 (1600) M., 1800 (1100) M., 1800 (1400) M., 1500 (1400) M., 1800 (1600) M., 1320 (1200) M. und 1440 (1200) M. Die Techniker werden mit einer Probebesoldung angestellt und bei Bewährung nach halb-jähriger Probebesoldung mit einer von der zuständigen Deputation festzusetzenden Anfangsbesoldung von mindestens 1050 M. weiter-besoldet. Diese Anfangsbesoldung steigt von drei zu drei Jahren einmal um 150 M. und von da ab alle drei Jahre um 200 M. bis zum Betrage von 2800 M. Die älteren Techniker, d. h. diejenigen, welche das 27. Lebensjahr vollendet haben und drei Jahre im hiesigen Dienst sind, beziehen dasselbe Dienstverhältnis wie die Sekretäre; diesen Technikern kann das Einkommen der Sekretäre auch dann zugebilligt werden, wenn sie die für ihre technische Aus-bildung geforderten drei Jahre nicht im hiesigen, sondern in einem gleichwertigen auswärtigen Dienstverhältnis zugebracht haben.

Persönliche Zulagen erhalten ab 1. April 1906: Erster Kranken-hausarzt Dr. Radig 500 M., zweiter Krankenhausarzt Dr. Japel 500 M., der königliche Stabsbeamte Bischof 200 M., der Architekt Heimert erhält eine Besoldungszulage wie die Stadtbauführer.

Das Grundgehalt der Lehrer in den Elementarschulen beträgt 1250 (1200) M., das der Rektoren 1850 (1700) M. und das der Lehrerinnen 1080 (1000) M.

Lehrer, die nach nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienst ge-lunden haben, erhalten ein Jahresgehalt von 1000 (960) M., und Lehrerinnen von 840 (800) M.

Die Alterszulagen betragen für Lehrer und Rektoren 250 (200) M. und für Lehrerinnen 150 M. Die Mietsentschädigung beträgt für Lehrer mit eigenem Hausstand 500 M., für Lehrer und Lehrerinnen ohne eigenen Hausstand 333,33 M.; für Rektoren mit eigenem Hausstand 700 M., ohne eigenen Hausstand 466,67 M. Das Grundgehalt der an den städtischen Mittelschulen angestellten Lehrer beträgt für Elementarlehrer 1400 (1350) M., Mittelschullehrer 1600 (1500) M., wissenschaftliche Lehrerinnen 1200 (1150) M. und Rektoren 2250 (2200) M. Die Alterszulagen betragen je 9 a 250 (200) M. Für die Lehrer an der städtischen höheren Mädchenschule ist ein Grundgehalt von 1800 (1600) M. für ordentliche und 1400 (1350) M. für Elementarlehrer festgesetzt. Oberlehrerinnen erhalten 1500 (1450) M., ordentliche Lehrerinnen 1200 (1150) M. Für erstere beträgt die Mietsentschädigung 500 M. und für letztere 333,33 M. Die Alterszulagen betragen für Lehrer 9 a 250 (200) M. und für Lehrerinnen 9 a 150 M. Das Grundgehalt des Direktors Schulz beträgt 3800 M., die Mietsentschädigung 900 M. und Alterszulagen 7 a 250 M. Das der Oberlehrer Apel und Grube 2250 resp. 2850 M. mit einer Mietsentschädigung von 700 M. und Alters-zulagen 7 a 200 resp. 7 a 250 M.

Mit den Lebensverhältnissen nicht gleichen Schritt hält die Lohn-lage der ungelerten Arbeiter sowohl als auch die der gelernten. Bei ersteren ist ein Stundenlohn von 40 Pf. in den ersten drei Jahren vorgegeben, steigend nach 3 Jahren um 3 Pf., nach 6 Jahren um 5 Pf., nach 9 Jahren um 7 Pf. und nach 12 Jahren um 10 Pf. pro Stunde! Die Feststellung des Lohnes für gelernte und quali-fizierte Arbeiter und die Feststellung der Qualifikation der Arbeiter bleibt den Deputationen unter Zustimmung des Magistrats über-lassen. Die Zulagen sind jedoch die gleichen wie die der ungelerten Arbeiter. Die Altentlohnung und die bei der Straßenreinigung be-schäftigten Arbeiter erhalten einen Monatslohn von 100 M., steigend in 12 Jahren ununterbrochener Tätigkeit bis 120 M. Kolonnen-führer erhalten monatlich 10 M. mehr.

Die Lohnsala der niedrigen Beamten und Arbeiter läßt die Haltung der Stadtverordnetenmajorität erklärlich erscheinen. Der ungeheuer Kontrast, der zwischen der Gehaltserhöhung der höheren Beamten und der Lohnerhöhung der unteren Beamten und Arbeiter besteht, läßt sich öffentlich schwer rechtfertigen. Das, was die Arbeiter als Lohnzulage nach so langer Zeit erhalten, wird durch die Miets-erhöhung und Lebensmittelverteuerung bei weitem überholt. Die minimale Lohnsteigerung ist um so weniger zu begreifen, als der Magistrat für 1906 außerordentlich günstige Einkommensverhältnisse in Aussicht stellt und eine Mehrbelastung der Steuerzahler nicht zu erwarten sein soll. Wenn eine Gehalts- und Lohnaufbesserung im allgernein vorgenommen wird, so sollte bei den Vertretern einer Kommune auch die nötige Rücksicht für die den heutigen Verhält-nissen entsprechend am schlechtest bezahlten Beamten und Arbeiter vorhanden sein.

Mittelswert ist eine Feuerung, welche in den Spandauer Musterbetrieben geschaffen worden ist. Die Direktion hat sich an-gelassen sein lassen den Arbeitern die schon längst fehlenden Umklee-räume zu schaffen. Zu diesem Zweck sind einige austrangierte Wie-bwagen zur Verfügung gestellt. Doffentlich sind die Arbeiter sehr mit den Einrichtungen zufrieden.

*) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die jetzigen Gehälter usw.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. ...

einbart ist, ist jede Form der Kündigung zulässig. ...

S. Paner. Ja. - G. S. 25. 1. Es kann nur Alters- oder Invalidenrente gezahlt werden. ...

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

GOLOSCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Spazienliebe.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.

Jeden Abend 8 Uhr: Zum Gastspiel Ad. Philipp. 29. Im wilden Westen.

Apollo-Theater

8 1/2 Der Affe als Jockey. 9 1/2 The Seldoms. 10 1/2 Berlin im Omnibus.

Theater.

Mittwoch, 19. September. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cyberhaus, Manon. Schauspielhaus, Klein Dorrit. Weiten, Jar und Zimmermann.

Berliner. Eberhard Helms. Schiller O. (Wallner-Theater.) Hasemanns Töchter.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges-Theater.) Weh dem, der lügt!

Reifung, Die Wildente. Neues, Bürgerlicher Edelmann. Der Stammgast.

Komische Oper, Hoffmanns Erzählungen. Residenz, Triplepatte.

Trianon, Der Hausfreund. Volkstheater, Spazienliebe.

Zentral, Tausend und eine Nacht. Kleines, Ein idealer Gatte.

Carl Weich, Atele. Deutsch-Amerikanisches, Im wilden Westen.

Thalia, Wenn die Bombe platzt! Luffen, Ein Kind des Glücks.

Walhalla, Spezialitäten. Metropol, Auf ins Metropol.

Wolke, Berlin im Omnibus. Sternwarte, Invalidentheater.

Kajano, Alexander der Große. Jolico Caprice, Der General-Konul, Ständen der Väter.

Wintergarten, Spezialitäten. Passag, Spezialitäten.

Reichshallen, Stettiner Sänger. Reichshallen, Täglich: Stettiner Sänger.

Ein Kind des Glücks. Donnerstag: Eine Nacht in Berlin. Freitag zum erstenmal: Jungfrau von Orleans.

Sonnabend: Eine Nacht in Berlin. Sonntag nachmittag: Ein Kind des Glücks.

Abends: Jungfrau von Orleans. Montag: Eine Nacht in Berlin.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

GROSSE

Dahlien-(Georginen)-Ausstellung

vom 14. bis 23. September in der Westhalle des Landes-Ausstellungsparkes.

Eingänge sowohl von der Kunst-Ausstellung als auch von der Invalidenstrasse. Eintritt 50 Pfennig.

Deutsche Dahlien-Gesellschaft.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg, Hauptbahnhof Nr. 8. Jeden Sonntag im Königssaal: Großer Ball.

Willy Walde-Sänger.

Zirkus Busch.

Mittwoch, 19. September 1906, abends 7 1/2 Uhr: Die größte Löwen- und Tigergruppe.

Mlle. Léris Loyal. Demimondaine-Kellnerin. Herr Ernst Schumann.

Folies Caprice

Lilienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße. Zum 19. Male: Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Kasino-Theater

Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr. Alexander der Große von Emil Thomas und Adolf Selig.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Reichshallen, Täglich: Stettiner Sänger.

Kolossaler Erfolg

des sensationellen neuen September-Programms. 22 Nummern.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Der Hausfreund.

Schweizer Garten

Vom Königsplatz - Am Friedrichshain. 48. Sommer-Saison. Jeden Sonntag: Extravorstellung neuer Spezialitäten.

Passage-Theater.

Gastspiel Josefine Dora in der Komödie „Riecke“.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor. Täglich abends 8 Uhr: Chevalier Thorn.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Täglich: Die junge Garde.

Buggenhagen

Moritzplatz. Täglich: Gustav Gottschalk's humoristische Konzerte.

Märkischer Hof

Admiral-Strasse 18c. Neu renoviert. Sonnabend, 20. Oktober, der große Saal freigegeben.

Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Façons. Tuchkammgarn, Ripkammgarn u. Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu den billigsten Preisen, empfiehlt.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurterstr. 141 Ecke Fruchtstraße. 2062L. Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens.

Reste

Damentuche, schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe, Seidenplüsch, Sammete, Astrachan.

Konfektion:

Kavelocks, Paletots, Abendmäntel, Capes, Kostüm-Röcke, Pelz-Stolas in großer Auswahl.

C. PELZ, Kottbuserstrasse 4.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin I. Nachruf! Den Mitgliedern blene hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege August Neumann

am 15. September 1906 verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 7/17 Die Ortsverwaltung.

Etablissement Neue Welt

Hasenheide 108/114. Heute Mittwoch, den 19. September: Gr. Eröffnungs-Gastspielvorst. des Bernh. Rose-Theaters.

Germania-Pracht-Säle.

N. Chausseestr. 163, Karl Richter. Jeden Mittwoch: Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Colosseum

Dresdenstr. 97. 15 erstklassige Spezialitäten. Täglich: Konzert- u. Volkskabarett.

Welt-Ausstellungs-Biograph

(St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.

W. Mühring, Admiralstr. 18c.

Neu renoviert. Sonnabend, 20. Oktober, der große Saal freigegeben.

Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Façons. Tuchkammgarn, Ripkammgarn u. Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu den billigsten Preisen, empfiehlt.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurterstr. 141 Ecke Fruchtstraße. 2062L. Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens.

Reste

Damentuche, schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe, Seidenplüsch, Sammete, Astrachan.

Konfektion:

Kavelocks, Paletots, Abendmäntel, Capes, Kostüm-Röcke, Pelz-Stolas in großer Auswahl.

C. PELZ, Kottbuserstrasse 4.

Kios-Cigaretten

seit einem Jahrzehnt bereits in allen Kreisen der Bevölkerung als vornehmste deutsche Marke anerkannt, befriedigen auch in Zukunft den verwöhnten Cigaretten-Raucher und empfehlen sich wie bisher vermöge ihrer vorzüglichen Qualitätseigenschaften ohne marktschreierische Reklame von selbst.

Türk. Tabak- und Cigarettenfabrik * Kios * E. Robert Böhme, Dresden. □ Spezialität: „Kleine Kios“ beliebteste 2 1/2 Pfg. Cigarette. Garantiert feinste Handarbeit.

Kufeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Beste Bettenfüllung
Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen.
Monopoldaunen
(gerüst, gefächelt) Pfund Mk. 2,85, 2-4 Pfund gemäss 1. gr. Oberbett. Werk geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Bestes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Besichtigen Sie unsere erprobten und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H.
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Brennspiritus
Marke „Herold“
30 Pf. ca. 90 Vol.-Proz. Original-Literflasche exkl. Glas.
33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz. Ueberall erhältlich.
Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Garbinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Bettenlagerer. Garbinenverkauf, Steppdecken, spottbillig Handledhans Weidenweg neungzehn. +41
Bauernbetten. Garderobenlagen, Ausflurerwische, spottbillig Weidenweg neungzehn. +41
Brautbetten. Bettinette, Gardinenverkauf, Tischdecken, Teppichleger, staumenerregend, Weidenweg neungzehn. +41
Bettenverkauf. Wandbühnen, Tischdecken, Urtheiten, Festgeschenke, Handledhans Weidenweg neungzehn. +42
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odestr. Markt 4, Bahnhofsstr. 206/14
Fahrräder. Teilzahlungen. Bergstr. 28, Falterstr. 40, 10638
Kinderwagen. Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 9028
Herrenfahrrad. Damenfahrrad, wie neu 45,00. Holz, Blumenstr. 36 b. 18149
Geschäftsdreirad. äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstr. 36 b. *
Steppdecken billig Herbst Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Teppiche mit Gardenschirmen Handledhans Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Steppdecken spottbillig, Herbst Große Frankfurterstr. 60, 18428
Deckbett. Unterbett, Kissen mit glattstem Quilt, 10,50. Wandliche Hindenburgstr. achtunddreißig, 17748
Katzen-gestrichenes Deckbett. Unterbett, zwei Kissen, 18,00. Hindenburgstr. achtunddreißig, Wandliche. *
Bauerndeckbett. Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laten 1,00. Leihhaus Hindenburgstr. achtunddreißig. Elektrische noch überdau. *
Möbelfabrik Dramenstr. 172/173, am Dramenplatz, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00 bis 428,00, elegante 650,00 bis 1000,00. Englische Schlafzimmern 200,00, Tischensofa 65,00, Kleiderstuhl, Vertiko 45,00, geschmücktes Bett, Tischelbettstelle mit Matratze 45,00, Schreibtisch 52,00, Spiegel 15,00, Spiegelbild 25,00, Tischgarnitur 100,00, verzierte und geschmückte Möbel spottbillig. Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. 17828
Teppiche. Räderte angehängt, unter Herbstpreis. Stoeck, Königstr. 17.
Möbel auf Teilzahlung Pringstr. 62. 158/15
Kleiderstuhl 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, luxuriöses Kleiderstühlverteilte, modern 40, Säulenstuhl 54, Garderobenschrank 24, Waschtisch 21, Regal 27, Schlafsofa 38, Tischelbettstelle, englische Schlafzimmern, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Falterstr. 61. 159/6
Wandfoto. billig, Palladenstr. 95, 159/9
Dame verkauft Kleiderstuhl 28 Mark, moderne Küchenmöbel, Ausziehtisch 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 29, Kleiderstuhl 25, Waschtisch, Regal, Sofa, Tisch 15, Kommode, Kleiderstühl, Vertiko 15, Tischensofa 75, Tischensofa 50, Kleiderstuhl, Tisch 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7, Dresdenstr. 38, vorn II links. *

Abfrierpumpen von 8,00 bis 100,00. Gartenpumpen aller Art, Schläuche, Erdbohrer umsonst. Pumpenwerk, Uderstr. 81. 18288
Billige Blumen, Kostüme, Kleiderstoffe, auch Nähmaschinen, direkt Herbst Blumenstr. 9. 158/17
Schleunig abgegebenes Kuchbaumspind, Kuchbaumstuhl, Säulenkommode 38,00, Nähmaschine. Waschtisch 18, parterre rechts. 12815
Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leihwagen, Uhren, Goldschmuck, spottbillig. Luft, Drantenstr. 131.
Reisekoffer. Operngläser, Reisezeuge, Regulatoren, Freiwinger, Harmonikas, Gelgen, Silber, Bilder, Teppiche, spottbillig. Luft, Drantenstr. 131. 13816
Wand- u. Baumaterialien. neu und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Balken, Leisten, Türen, Fenster, Kamine, Dachpappe usw. billig. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Dudenstr. 2 (am Hermannplatz). 4218
Möbel. billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik Gneisenaustr. 13, am Halleschen Tor, haben viele Wohnangelegenheiten, verleihe gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamt ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante 500 bis 1000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderstuhl 20, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Sprungfedernmatratze 23, Tischelplatte, Vertiko 34, Kleiderstuhl 18, Säulenkommode 30, Tischensofa 48, Wandelsofa mit Sattelkissen 78, englische Tischgarnitur 95, Tischelbettstelle mit Matratze 36, Schreibtisch 25, geschmücktes Bett 115, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gebrauchte Möbel werden kostenlos aufbereitet. Musterbuch gratis. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.
Wohnparzellen. guter Boden, 0,20 Lour. Endowa, Kellermann, Blumenstr. 9. 158/19
Vergütung bis 15,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft, nachweist Sämtliche Systeme. Alte Maschinen in Zahlung. Postkarte. Drauser, Küsterstr. 90. 744
Kleiderstuhl 50. Braunkante laufen Möbel, Spiegel, Goldeneisen spottbillig. Saalfelds Möbelgeschäft. Kein Laden. 13555
Restaurierung wegen Übernahme einer Kantine sofort sehr billig zu verkaufen Martin Lutherstr. 20. *
Restaurant. gutgehend, zu verkaufen, 40-50 Mark Woche, Preis 1800, Miete 1300 Mark. Zu erfragen Hagenbergstr. 47.
Leihwagen. Str. VI, prächtige Bauwerke sehr preiswert, bei keiner Anzahlung verlässlich. Eigentümer Wed. Stralauerallee 29a. +136
Kleiderwagen verkauft Bogdanowitsch, Rheinsbergerstr. 17. 792
Freiwinger. elegant, ein Mark, Bettchen billig. Gubenerstr. 3, Wandliche. 744
Tischlerer. für Anfänger passend, billige Preise, mit Kundsch. verlässlich. Lang, Maximalstr. 24.
Ringschlüssel 30,00, Langschlüssel 20,00, wie neu, vorzüglich nähend. Garante, Uderstr. 16, Wandliche. 745
Nähmaschinen. Abzahlung. Baby bis 10 Mark, wer kauft oder nachweist. Barth, Eintrachtstr. 7. *
Wilson - Maschine, Aquarium, Sportwagen und anderes verkauft billig. Fröhlich, Gubenerstr. 64.
Nähwagen. Kuchbaum - Möbel, Säulenkommode, Weidenweg 65, Dargenstraße, Schlo. 745

Ruhbauwirtschaft. Brauereien billig, auch einzeln, Königsbergerstr. 13, vorn I. 745
Betten, Teppich, Gardinen, Stores, Gastone, Steppdecken, Portieren billig. Hoffmann, Baumstr. 52
Kleiderstuhl. Vertiko, Bettstellen, Tischsofa, Säulenkommode, Kommode, Wandstühle, sämtliche Tischgeschäfte, auch Küche verkauft spottbillig. Schumann, Waldemarstr. 27, vorn I. 718
Monatsanlege und Sommerpaletts von 5,00 an. Duden von 1,50 an, Gedrosanlege von 12,00 an, Grad von 2,50 an, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu kleinem billigen Preise, auch Wandlehen verlässliche Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rag. Kulackstr. 14. 13566
Nähmaschinen. ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstr. 1-6, Barshauerstr. 67, Uderstr. 111.
Gänge! Gänge! Frischgeschlachtet, sind von Donnerstag, den 20., ab zum Verkauf Eidenstr. 23, Bettelheim-Berlin Paul Hof. *
Jeden annehmbaren Preis soll und muss bis Sonnabend Rest von 15 Nummern, elegante Garnituren, Vertikos, Tischsofa, Schreibtisch, Bettstellen, Kücheneinrichtung, vieles andere spottbillig. Händler verbeten. Invalidenstr. 40/41, parterre.

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütchenerstr. 94a. 9278
Wandliche. Pringstr. 62, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 10678
Kidder. Neues Festkleid, Kleiderstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partellant (600 Personen). Sonntags Ball. 7119
Platina. alte Goldschmuck, Silber, Schmuck, Gebisse, alte Uhren, Steingold, Staubgold, photographische Rückstände, Brillanten sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle und Rückstände tauf Gold- und Silber. Schneize Dros. Brangelstr. 4, Leipzig IV, 0958. 158/9
Wernau. Festkleid, Schwedterstr. 23. Ein Sonnabend im Oktober und November frei geworden. Wein Lokal zu Hochzeiten und Festlichkeiten auf das Beste zu empfehlen.
Bereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weibler!) Klubhaus, Annenstr. 16. 845/12
Wandliche Marktstr. 27. *
Stöholz. Komiker, Gropiusstr. 6. 12528
Vereinszimmer 20-100 frei. Engel, Seidelstr. 30. 11968
Aufzählung! Matratze 4,00, Sofa 5,00! Art, Wolkenmarkt 1.
Polstuhlmöbel Holz. Auch Gesellschaftlich. Wandstr. 41. 7101
Stöbner Bogdanowitsch, Rheinsbergerstr. 17. 792
Erkläre Frau Koppel als eine ehrenhafte Frau. Schöder, Rheinsbergerstr. 8. 7146
Kocher! Junger Mann sucht jemand der ihn kochen lehrt. Laeger, Reinsdendorf, Sommerstr. 12

Vermietungen.

Wohnungen.
Balkonwohnung von 2 Stuben und Küche, Markt 35, Gartenwohnung, Etage und Küche, Markt 22, Seestraße 68 H. Näheres beim Wirt.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 2 Betten, vermietet. Krebs, Ritterstr. 124, Hof I. 764
Inseratenteil gratis.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoby, Kolbergerstr. 26, III.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer sucht junger Mann in der Nähe der Hochbahn. Offerten mit Preisangabe unter W. 26 Postamt 19. 13435
Zwei Zimmer suchen per 1. Oktober möbliertes Zimmer, Nähe Hallesches Tor. Preisofferten unter Frau Vogel Barwalderstr. 44. 7111

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Widder Stuhlreiter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäber, Kulackstr. 27. 14085
Tischschneider, spottbillig, gutgehend, tüchtig, geübt, Reparaturen, Garderobeneinrichtung, sucht Kundsch. Ebert, Friedrichstr. 31, vorn. 745

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u. Co. Friedenau, Nollstr. 5. 18592
Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch verfilzen kann, gesucht. Otto u. Birnig, Köpenickerstr. 111. 13526
Sattler. tüchtigen Kammerbedienten, dauernde Beschäftigung, für Anfang Oktober, suchen Bloch u. Demantler, Charlottenburg, Spandauer Berg 2. 13476
Gebilde Lederbeschläger bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Köpenickerstr. 55.
Arbeiter für Konstruktions- und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhoferweg 46. 13495
Aufwärterin verlangt Arnold, Bergstr. 55, III. 7119
Schulmeisterin gesucht, im und anderem Hause sucht Buchmann, Pfandstr. 8. 13506
Arbeiterin wird verlangt Fortstr. 19 bei Weinger. 718
Herrschenden Näherinnen. Kurz, Holzstr. 3, 2. Luersgedäude, hinter Aufgang. 7101
Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringstr. 41. 159/15

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird zu erstklassigem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstr. 11/12. 274/16
Kofferarbeiter gesucht, welche zu Hause arbeiten. Mehrere das ganze Material bei regelmäßiger Beschäftigung. Offerten unter C. 3 befördert die Expedition des Blattes. 18608
Tischlerlehrling. Duttenhoff, Wartenstr. 22. 718
Grundriker verlangt Bienele, Gubenerstr. 23. 718
Verlänger verlangt Briegerstr. 6. 7101
Leihwäber verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37. 159/13
Kleidermacher verlangen Wieje u. Borchardt, Waldstr. 37.
Maurer. Ausbau, Schornstein, Str. 24 (Osten). 773
Tüchtige Klempner auf Dachrinnen verlangen H. Deneke u.